

Dreizehnte Verordnung
über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus
SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt
(Dreizehnte SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung – 13. SARS-CoV-2-EindV).
Fassung nach Änderungsverordnung vom 01.06.2021

Begründung

Zweck des Infektionsschutzgesetzes ist es, übertragbaren Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern. Gemäß § 32 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes kann die Landesregierung Maßnahmen nach § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 in Verbindung mit § 28a des Infektionsschutzgesetzes durch Verordnung für das ganze Land regeln.

Durch den vorherrschenden Übertragungsweg von SARS-CoV-2 (Tröpfchen), z. B. durch Husten, Niesen oder teils mild erkrankte oder auch asymptomatisch infizierte Personen, kann es zu Übertragungen von Mensch zu Mensch kommen. Übertragungen kommen im privaten und beruflichen Umfeld, aber auch bei Veranstaltungen und Ansammlungen von Menschen vor. Größere Ausbrüche wurden im Zusammenhang mit Gottesdiensten, privaten Feiern oder beengten Arbeitsstätten (z. B. Fleischverarbeitungsbetrieben) beschrieben, bei denen der Abstand von 1,5 Metern zwischen den Personen nicht eingehalten wurde bzw. nicht eingehalten werden konnte. Die Bekämpfung der Ausbreitung von SARS-CoV-2 stellt für Sachsen-Anhalt die größte Herausforderung seit seiner Wiedegründung vor 30 Jahren dar. Das Pandemiegeschehen machte umfangreiche Eindämmungsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit aller Menschen und zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitssystems erforderlich.

Zur Vermeidung einer akuten nationalen Gesundheitsnotlage ist es weiterhin erforderlich, durch eine befristete erhebliche Reduzierung der Kontakte in der Bevölkerung insgesamt das Infektionsgeschehen aufzuhalten und zu senken. Ohne Beschränkungen würde die Zahl der Infizierten hingegen schnell wieder ansteigen und damit unweigerlich zu einer Überforderung des Gesundheitssystems führen. Zudem würde die Zahl der schweren Verläufe und der Todesfälle erheblich ansteigen. Die Zahl der Infektionen liegt derzeit bundesweit bei über dreieinhalb Millionen. Während sich die Zahl der Neuinfektionen über einen langen Zeitraum auf hohem Niveau befand, ist sie zwischenzeitlich landes- und bundesweit gesunken. Aktuell ist auch die Zahl der intensivpflichtigen Patientinnen und Patienten rückläufig. Gleichwohl wird die Corona-Pandemie das Leben auf absehbare Zeit weiter beherrschen. Dies gilt insbesondere aufgrund der erhöhten Gefahr durch Mutationen des Coronavirus mit veränderten Eigenschaften, wie insbesondere die Varianten B.1.1.7 („Alpha“), B.1.351 („Beta“), P.1 („Gamma“) und B.1.617.2 („Delta“, „Kappa“), welche als besorgniserregend eingestuft wurden. Es ist davon auszugehen, dass neben witterungsbedingten Einflüssen auch die fort-

schreitende Impfkampagne dazu beitragen wird, dass weitere pandemiebedingte Einschränkungen in naher Zukunft entbehrlich werden. Seit Ende Dezember wird gegen das SARS-CoV-2-Virus geimpft. Die Impfkampagne macht gute Fortschritte. In Sachsen-Anhalt haben bereits 40,2 v.H. der hier lebenden Menschen mindestens eine Impfdosis erhalten. Vollständig geimpft sind bereits 17 v.H.

Die erforderliche Grundimmunität der Gesamtbevölkerung wird jedoch noch nicht so schnell erreicht sein. Darüber hinaus ist die sterile Immunität nach erfolgter Impfung noch nicht wissenschaftlich belegt.

Sinn und Zweck der Maßnahmen ist es daher, die Infektionszahlen zu reduzieren, sodass die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems, auch im Hinblick auf das bundesweite Infektionsgeschehen, aufrechterhalten bleibt. Nur auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass Leben und Gesundheit der gesamten Bevölkerung durch staatliche Stellen geschützt werden können. Der Staat erfüllt damit seine Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG in Verbindung mit Art 1. Abs. 1 GG. Vor dem Hintergrund der aktuellen pandemischen Lage hält die Landesregierung weitreichende regionale Öffnungsschritte für vertretbar. Für die Beurteilung aller Aspekte der Pandemie werden weitere Indikatoren zur Überlastung des Gesundheitssystems sowie solche, die zusätzliche Aussagen insbesondere zur Infektionsdynamik ermöglichen, wie der R-Wert oder die Verdopplungszeit, herangezogen. Die getroffenen Regelungen werden auf der Basis des § 28a des Infektionsschutzgesetzes und mit Blick auf die aktuelle Entwicklung fortlaufend überprüft und angepasst.

Die bestehenden Kontaktbeschränkungen sind unverändert geeignet, erforderlich und auch angemessen. Eine zeitlich befristete, erhebliche Einschränkung persönlicher Kontakte ist nach den Erfahrungen aus der ersten Welle der Pandemie geeignet, die durch die Infektionszahlen bestehende konkrete Gefahr einer Überlastung des deutschen Gesundheitssystems abzuwenden und insbesondere vulnerable Personengruppen zu schützen. Dies ist von wissenschaftlicher Seite überzeugend bestätigt worden. Eine solche Einschränkung ist auch erforderlich, weil mildere, gleich wirksame Mittel aktuell nicht zu Verfügung stehen. Zur Zeit reichen die aufgebauten Strukturen der stationären Krankenversorgung einschließlich der intensivmedizinischen Versorgung aus; dies kann sich bei zu umfangreichen Lockerungen und dann wieder steigenden Zahlen von Neuinfektionen schnell ändern. Um eine Kontaktreduzierung in dem erforderlichen Umfang zu erreichen, müssen die Maßnahmen unverändert auch andere Bereiche als die private Freizeitgestaltung umfassen. Dies gilt unabhängig davon, ob sich der Anteil der betroffenen Bereiche am Infektionsgeschehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt genau und im Einzelnen sicher feststellen lässt. Da nur durch eine generelle Reduzierung von persönlichen Kontakten das Infektionsgeschehen beherrscht werden kann, ist entscheidend, dass in der Gesamtschau der beschlossenen Einschränkungen diese angestrebte Wirkung erreicht werden kann und im Hinblick auf die Belastung nicht außer Ver-

hältnis steht. Würden jetzt keine oder weniger einschneidende Maßnahmen getroffen, würde sich das Infektionsgeschehen nicht im gebotenen Umfang eindämmen lassen. Angesichts des hohen Schutzguts der öffentlichen Gesundheit sind grundrechtsbeschränkende Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren gerechtfertigt.

Von zentraler Bedeutung für die Angemessenheit der Maßnahmen ist und bleibt neben der bereits beschlossenen zeitlichen Befristung auch die vereinbarte erneute Beratung und ggf. notwendige Anpassung anhand des bis dahin beobachteten Infektionsgeschehens. Die von den Einschränkungsanordnungen betroffenen Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen erhalten durch den Bund weitere finanzielle Hilfen, so dass im Rahmen einer Gesamtbewertung die Angemessenheit der Maßnahmen auch insoweit gewährleistet ist.

In Anbetracht der gesunkenen Sieben-Tage-Inzidenz unter den Schwellenwert von 35 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner sind ambitionierte Öffnungsschritte vertretbar, die sich an der örtlichen epidemiologischen Lage orientieren. So können unter bestimmten Auflagen Lockerungen u.a. in der Gastronomie, der Hotellerie und dem Sportbereich vorgenommen werden.

Die Corona-Warn-App des Robert Koch-Instituts sowie die luca App, deren Nutzung ausdrücklich empfohlen wird, können einen weiteren Beitrag zur Verbesserung der Kontaktnachverfolgung leisten. Die Risikoeinschätzung wird auch weiterhin kontinuierlich an die epidemiologische Lage angepasst werden. Perspektivisch soll es für die nächsten Wochen bei einem stabilen Infektionsgeschehen einen Vierklang geben aus Impfen, Testen, Kontaktnachvollziehung und Öffnungen. Als eine weitere Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie stellt das Land Sachsen-Anhalt nach dem „Konzept zur Ausweitung der Testungen auf SARS-CoV-2“ den Schulen und Kindertageseinrichtungen Selbsttests zur Verfügung, um die Kinder und Jugendlichen sowie das Personal dieser Einrichtungen zweimal wöchentlich testen zu können.

In der Präambel werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert verantwortungsvoll mit den Regelungen umzugehen und die Grenzen des Erlaubten nicht oder nicht vollständig auszunutzen. In diesem Sinne enthält die Präambel selbst keine Regelung, sondern hat nur Appell-Charakter. Eine Befolgung der Regelungen der Verordnung soll damit nicht relativiert werden.

Zu § 1 Allgemeine Hygieneregeln, Testung, Anwesenheitsnachweis:

(1) Die Hygieneregeln gelten grundsätzlich für alle Bereiche dieser Verordnung. Deshalb werden sie der Verordnung vorangestellt. Zugleich wird durch die systematische Stellung deren besondere Wichtigkeit verdeutlicht. Sie beruhen auf § 28a Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 4 des Infektionsschutzgesetzes. Entsprechend den aktuellen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umfassen Hygienestandards vor allem die Einhaltung des Mindestabstands von 1,5

Metern zu anderen Personen, die Vermeidung größerer Ansammlungen und die Entwicklung von Hygienekonzepten. Zur weiteren Kontaktminimierung und zur Verhinderung einer Ausbreitung der Krankheit COVID-19 ist es deshalb erforderlich, Hygieneregeln, Zugangsbeschränkungen, Einlasskontrollen und Abstandsregelungen festzulegen. Zu einem verstärkten Desinfektions- und Reinigungsregime kann beispielweise die Desinfektion von Gegenständen, die regelmäßig von vielen Menschen angefasst werden (insbesondere Einkaufswagen und -körbe), gehören. Zugleich wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung von Aktivitäten in Innenräumen einer regelmäßigen und gründlichen Lüftung besondere Bedeutung zukommt. Die Stellungnahme der Kommission Innenraumlufthygiene am Umweltbundesamt Dessau-Roßlau unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/dokumente/irk_stellungnahme_lueften_sars-cov-2_0.pdf kann hierzu weitere nützliche Hinweise geben. Von der empfohlenen Anschaffung von CO₂-Sensoren kann jedoch abgesehen werden, wenn die übrigen Empfehlungen im Wesentlichen beachtet werden. Grundsätzlich ist ein Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen einzuhalten, sofern dies zumutbar und möglich ist. Dies ist erforderlich, um eine direkte Exposition gegenüber Tröpfchen und Aerosolen zu vermeiden und dadurch das Risiko einer Übertragung des SARS-CoV-2-Virus zu reduzieren. Beim gemeinschaftlichen Gesang (z. B. Gesangsgruppen, Chöre) besteht ein erhöhtes Infektionsrisiko, sodass ein Mindestabstand von 2 Metern zu anderen Personen eingehalten werden muss. Es wird generell der alternative Einsatz geeigneter Trennvorrichtungen zwischen Personen oder Personengruppen (z. B. Plexiglaswänden) ausdrücklich gestattet (Satz 4). Bei verschiedenen Einrichtungen sind zudem weitere Ausnahmen von der Abstandsregelung zugelassen, diese finden sich in der jeweiligen Spezialnorm. Um zu verhindern, dass sich das Virus über Kontakte vor allem in Ladengeschäften und anderen Einrichtungen weiter verbreitet, erfolgt eine Zugangsbegrenzung für alle Einrichtungen, in denen die Einhaltung des Mindestabstands nicht gewährleistet werden kann, weil sich Personen in der Einrichtung weitgehend frei bewegen und dies auch durch örtliche Vorkehrungen nur bedingt begrenzt werden kann. Satz 5 stellt klar, dass die Zugangsbeschränkungen und Einlasskontrollen nur dort erforderlich sind, wo die in jedem Fall erforderlichen Vorkehrungen zur Kontaktminimierung allein keinen ausreichenden Schutz bieten. Dies gilt vor allem für Ladengeschäfte, Einkaufszentren und andere Einrichtungen, in denen es üblich ist, dass die Kundinnen und Kunden sich frei bewegen und die gewünschten Waren selbst den Regalen oder Warentischen entnehmen. Durch eine Reduzierung der anwesenden Personen sollen beengte Verhältnisse und größere Menschenansammlungen vermieden werden. Zusätzlich ist es zur weiteren Kontaktminimierung und zur Verhinderung einer Ausbreitung der Krankheit COVID-19 erforderlich, die bestehenden Hygieneregeln, Zugangsbeschränkungen, Einlasskontrollen und Abstandsregelungen weiterzuführen. Derartige Beschränkungen beruhen auf § 28a Abs.

1 Nr. 14 des Infektionsschutzgesetzes und gelten insbesondere für große Supermärkte sowie Bau- und Gärtenmärkte, die aufgrund ihrer Größe auch mehr Kundinnen und Kunden anziehen. Aber auch kleinere Geschäfte müssen darauf achten, dass nicht zu viele Kundinnen und Kunden auf einmal im Geschäft sind und ggf. den Zugang begrenzen. Um zu verhindern, dass die Kontakte in Ladengeschäften zu einer Weiterverbreitung des Virus beitragen, erfolgt insbesondere eine Zugangsbegrenzung für alle Ladengeschäfte und Einkaufszentren. Diese ist geeignet eine Kontaktreduzierung der Personen effektiv umzusetzen und so das derzeitige Infektionsgeschehen einzudämmen. Bis zu 800 Quadratmetern Verkaufsfläche gilt, dass sich maximal eine Kundin oder ein Kunde je 10 Quadratmeter Verkaufsfläche in der jeweiligen Einrichtung aufhalten darf. Für die weitere Verkaufsfläche über 800 Quadratmeter hinaus gilt, dass sich zusätzlich maximal eine Kundin oder ein Kunde je 20 Quadratmeter Verkaufsfläche in der jeweiligen Einrichtung aufhalten darf.

Das Verkaufspersonal kann durch Beratung den Verkaufsvorgang begleiten, ggf. beschleunigen und auf die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln hinwirken. In Ladengeschäften ab 800 Quadratmetern kommt erheblich weniger Verkaufspersonal im Verhältnis zur Anzahl der Kundinnen und Kunden zum Einsatz.

Ab 800 Quadratmetern Verkaufsfläche beginnt nach der Baunutzungsverordnung die Großflächigkeit und es besteht die Gefahr, dass große Einrichtungen auch große Menschenmengen anziehen, deren Ansammlungen es aufgrund der Pandemie zu verhindern gilt. Auch wenn sich die Kundinnen und Kunden auf einer größeren Fläche besser verteilen können, besteht bei den großflächigen Einrichtungen die Gefahr, dass sich aufgrund der größeren Anzahl von Menschen zu bestimmten Zeiten oder an bestimmten Stellen innerhalb der Verkaufseinrichtung ein größerer Andrang etwa im Kassenbereich bildet, der gegebenenfalls auch durch zusätzliche Kassenöffnungen oder Abstandsmarkierungen im Wartebereich nicht gefahrlos zu bewältigen ist. Dies gilt auch für Produkte besonderen Interesses einschließlich Sonderverkaufsflächen und -stände (z. B. Sonderangebote und Saisonartikel).

Die Begrenzung des Zugangs im Verhältnis zur Quadratmeterzahl des Ladens ist das mildere Mittel im Gegensatz zu einer Sperrung der Verkaufsfläche, die größer als 800 Quadratmeter ist. Eine Steuerung des Zutritts zum Ladengeschäft oder Einkaufszentrum ist dagegen problemloser möglich. Hier kann neben einer Steuerung des Zutritts am Eingang zum Ladengeschäft auch bereits die Zufahrt zum Parkplatz oder Parkhaus eingeschränkt und damit eine größere Ansammlung verhindert werden.

Die Begrenzung der Personenzahl ist auch angemessen, da der Schutz von Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie die Verhinderung der Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus nur gewährleistet werden kann, indem eine weitreichende Kontaktreduzierung erfolgt. Insbesondere im Bereich des Einzelhandels kommen regelmäßig viele verschiedene Personen auf engstem Raum zusammen, sodass ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht. Dem kann nur ef-

fektiv begegnet werden, indem durch eine Flächenbegrenzung ausreichend Platz zum Einkaufen zur Verfügung gestellt und der Kontakt zu anderen Menschen dadurch vermieden wird.

In einer Einrichtung mit 1 600 Quadratmetern Verkaufsfläche dürfen somit für die ersten 800 Quadratmeter 80 Personen und für die weiteren 800 Quadratmeter weitere 40 Personen, insgesamt also 120 (80+40) Personen eingelassen werden. Je weiterer 800 Quadratmeter kommen 40 Personen hinzu. In einem Supermarkt mit 3 000 Quadratmetern Verkaufsfläche dürfen sich demnach 190 Kundinnen und Kunden gleichzeitig aufhalten. In einen Baumarkt mit 12.000 Quadratmetern Verkaufsfläche dürfen gleichzeitig 640 Kundinnen und Kunden eingelassen werden. Ein Einkaufszentrum mit 35 000 Quadratmetern Verkaufsfläche muss den Zugang auf maximal 1 790 Kundinnen und Kunden, die sich zeitgleich dort aufhalten dürfen, beschränken. Als Verkaufsfläche gilt nur, die tatsächlich zum Verkauf genutzte Fläche, so dass geschlossene Läden und Verkehrsflächen in Einkaufszentren oder Sonderflächen zur Kinderbetreuung, Spielflächen oder Restaurants dagegen nicht mit in die Berechnung einzubeziehen sind.

Die Regelungen für Einkaufszentren sind entsprechend denen für Ladengeschäfte festzusetzen. Den Betreibern von Einkaufszentren, die als übergreifende Hülle für zahlreiche, oftmals auch großflächigen Ladengeschäfte dienen, obliegt eine besondere Verantwortung dafür, dass es nicht zur Verletzung des Abstandsgebotes und der Bildung größerer Ansammlungen kommt. Sie müssen sicherstellen, dass sich nicht zu viele Menschen gleichzeitig in den Passagen aufhalten und bei Begegnungen ausreichend Platz für die Einhaltung der Mindestabstände bleibt. Dies umfasst neben Zugangssteuerung und Einlasskontrollen die Entwicklung entsprechender Konzepte und deren Überwachung. In diesen müssen gegebenenfalls auch Einbahnregelungen getroffen und Einrichtungsgegenstände oder Bänke aus den Verkehrsflächen entfernt, bzw. ein kostenfreies W-LAN-Angebot für Kundinnen und Kunden deaktiviert werden, soweit ansonsten Anreize für ein unnötiges Verweilen geschaffen werden. Für die in § 1 Abs. 1 Nr. 5 dargestellte Kundenbegrenzung nach Verkaufsfläche gilt für Einkaufszentren, dass hierfür die Verkaufsflächen der Ladengeschäfte zusammengerechnet werden. Verkehrsflächen im Center sind in die Berechnung nicht einzubeziehen. Für die Zutrittsbeschränkung ist auch ausdrücklich die Gesamtverkaufsfläche der Einkaufszentren maßgeblich und nicht die Anzahl der Kundinnen und Kunden, die sich bei Addition der in den einzelnen Ladengeschäften zulässigen Kundenzahl ergeben würde. Durch die große Verkaufsfläche ist die Anziehungskraft der Einkaufszentren besonders groß und zieht regelmäßig auch Einkaufsverkehr aus dem Umland an. Um größere Ansammlungen mit mehr als fünf Personen vorzubeugen ist daher eine entsprechende Begrenzung zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der COVID-19-Pandemie erforderlich. Bei Verstößen und Uneinsichtigkeit müssen im Rahmen des Hausrechts Hausverbote erlassen werden.

Ferner wird klargestellt, dass für jede Einrichtung, jeden Betrieb, jedes Angebot und jede Veranstaltung ein Hygienekonzept erstellt werden muss, mit dem die Umsetzung der allgemeinen Hygieneregeln vor Ort gewährleistet wird. In der Praxis wurden inzwischen eine ganze Reihe von Rahmenkonzepten für die unterschiedlichen Einrichtungen und Veranstaltungen entworfen, die bei der Erstellung und Umsetzung helfen können. Das Konzept muss nicht genehmigt werden, von einer Übersendung an das örtliche Gesundheitsamt sollte daher abgesehen werden. Im Rahmen von Stichproben ist eine Prüfung und die Erteilung weiterer Auflagen jedoch möglich.

(2) Absatz 2 Satz 1 definiert für die Bereiche, in denen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung, also einer nichtmedizinischen Alltagsmaske oder eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes vorgeschrieben wird, weil die Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern nicht immer möglich ist (z. B. Ladengeschäfte, Einkaufszentren, in engen Bereichen von bestimmten Einrichtungen), die Beschaffenheit der Mund-Nasen-Bedeckung sowie des medizinischen Mund-Nasen-Schutzes und Ausnahmen von der Tragepflicht. In öffentlichen Verkehrsmitteln müssen Nutzer ab Vollendung des 16. Lebensjahres eine FFP2-Maske oder eine vergleichbare Maske nach § 3 Abs. 2 tragen.

Durch den textilen Schutz einer Mund-Nasen-Bedeckung werden beim Husten, Niesen und Sprechen ein Teil der Tröpfchenpartikel aufgefangen. Das Risiko der Weiterverbreitung des Virus verringert sich daher beim konsequenten Tragen dieses textilen Schutzes. Das führt zwar nicht zu einem Schutz der Person, welche die Mund-Nasen-Bedeckung trägt, jedoch zu einem effektiven Schutz aller anderen Personen (Fremdschutz). Als entsprechende textile Barriere im Sinne einer Mund-Nasen-Bedeckung nach Satz 1 ist dabei jeder Schutz anzusehen, der aufgrund seiner Beschaffenheit geeignet ist, eine Ausbreitung von übertragungsfähigen Tröpfchenpartikeln durch Husten, Niesen, Aussprache und Atmung zu verringern, unabhängig von einer Kennzeichnung oder Zertifizierung. Um die Beschaffungswege für die Bevölkerung dabei so niederschwellig wie möglich zu halten, sind aus Baumwolle oder anderem geeigneten Material, etwa Rohseide, selbst hergestellte Masken, aber auch Schals, Tücher und Buffs aus diesen Materialien ausreichend. Dies können auch bereits in jedem Haushalt vorzufindende Dinge aus Baumwollstoff, wie beispielsweise ein Geschirrtuch aus Baumwolle, ein T-Shirt aber auch ein Halstuch aus Rohseide, usw. sein.

Satz 2 definiert, was im Sinne der Verordnung unter einem medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu verstehen ist. Darunter fallen einerseits alle mehrlagigen Einwegmasken, zu denen insbesondere die medizinischen Gesichtsmasken der europäischen Norm EN 14683:2019-10 oder vergleichbare Produkte zählen. Vergleichbare Produkte sind die handelsüblich als OP-Masken, Einwegmasken oder Einwegschutzmasken bezeichneten Produkte. Andererseits fallen auch die partikelfiltrierenden Halbmasken z. B. der Schutzklassen

FFP1, FFP2 und FFP3 unter den medizinischen Mund-Nasen-Schutz im Sinne der Verordnung.

Ergänzend wird auf die Regelungen zum Mund-Nasen-Schutz der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung (Corona-ArbSchV) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 21. Januar 2021, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. April 2021 (BAnz AT 22.04.2021 V1) geändert worden ist, verwiesen. Danach müssen die zur Verfügung gestellten medizinischen Gesichtsmasken bis einschließlich 25. Mai 2021 den Anforderungen der Richtlinie 93/42/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über Medizinprodukte (ABl. L 169, 12.7.1993, S. 1), die zuletzt durch Artikel 2 der Richtlinie 2007/47/EG (ABl. L 247, 21.9.2007, S. 21) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, entsprechen. Die FFP2-Masken oder vergleichbare Atemschutzmasken müssen der Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51) oder der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BAnz AT 26.5.2020 V1), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. April 2021 (BAnz AT 30.04.2021 V4), genügen.

Ein medizinischer Mund-Nasen-Schutz im Sinne dieser Verordnung sind allerdings auch alle vergleichbaren Atemschutzmasken. Der medizinische Mund-Nasen-Schutz muss keine ausdrückliche CE-Kennzeichnung aufweisen. Umfasst sind daher auch Masken des Standards KN95, N95 oder KF94.

Aufgrund der Zahl an Neuinfektionen mit dem Coronavirus, sowie der Verbreitung der als besorgniserregend eingestuften Mutationen des Coronavirus B.1.1.7, B.1.351, P.1 und B.1.617 ist die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes unverändert notwendig. Durch die hauptsächlichliche Verbreitung des Coronavirus mittels Tröpfcheninfektionen stellt das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung eine wirksame Schutzmaßnahme gegen die weitere Ausbreitung dar. Da in gewissen öffentlichen Bereichen (z. B. öffentlicher Personennahverkehr, Ladengeschäfte) regelmäßig eine Vielzahl an Menschen über einen längeren Zeitraum in geschlossenen Räumen zusammenkommt, ist es notwendig die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung auf die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes zu erweitern, mit der Besonderheit, dass Nutzer öffentlicher Personenverkehrsmittel ab Vollendung des 16. Lebensjahres FFP2-Masken oder vergleichbare Masken tragen müssen.

Der medizinische Mund-Nasen-Schutz hat eine höhere Schutzwirkung als die textilen Mund-Nasen-Bedeckungen nach Satz 1, da er aus speziellen mehrlagigen Kunststoffen hergestellt ist und bestimmte Filtereigenschaften besitzt. Durch die Filterleistung der medizinischen Gesichtsmasken werden andere Menschen in der nahen Umgebung vor Tröpfchen aus Mund und Nase geschützt. Sie verringert nachweisbar die Geschwindigkeit und Distanz, mit der

sich auch die sogenannten Aerosole ausbreiten. Sie bieten zusätzlich einen gewissen Eigenschutz des Trägers vor einem direkten Auftreffen von ausgeatmeten Tröpfchen des Gegenübers oder eines Aerosols.

Für die partikelfiltrierenden Halbmasken ohne Ventil gilt dies ebenso. Sie dienen dabei nicht nur dem Fremdschutz, sondern auch dem Eigenschutz. Darüber hinaus bieten sie durch die vorhandenen Filterschichten einen höheren Schutz vor der Übertragung des Coronavirus SARS-CoV-2 als herkömmliche textile Mund-Nasen-Bedeckungen. Masken mit Ventil dienen für sich allein vorwiegend dem Eigenschutz. Bei diesen Maskentypen werden die ausgeatmeten Aerosole nicht durch das Filtermaterial abgefangen, sondern nur abgebremst und verwirbelt. Deshalb ist zur Gewährleistung des Schutzes anderer Personen (Fremdschutz) über der Maske mit Ventil ein medizinischer Mund-Nasen-Schutz im Sinne der Verordnung zu tragen. Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts und die Verwendungshinweise des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte sind zu beachten.

Die zusätzlichen Hinweise zu den Maskentypen und ihrer Verwendung finden sich auf der Internetseite unter

<https://www.bfarm.de/SharedDocs/Risikoinformationen/Medizinprodukte/DE/schutzmasken.html>.

Die regelmäßige Reinigung bzw. der Austausch von Einmal-Artikeln wird dringend empfohlen, um einer erhöhten Keimbelastung entgegenzuwirken.

Zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen vor Gesundheitsgefahren werden Ausnahmen von der Tragepflicht festgelegt. Eine Mund-Nasen-Bedeckung oder einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz müssen Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres nicht tragen. Durch diese bestehen bis zum Alter von zwei Jahren akute Gesundheitsgefahren. Auch darüber hinaus kann ein korrektes Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung oder des medizinischen Mund-Nasen-Schutzes nicht sichergestellt werden, so dass die Gefahren, die durch falsche oder unsachgemäße Benutzung entstehen können, die Vorteile eines Fremdschutzes überwiegen und deshalb eine Ausnahme geboten ist.

Gehörlose und schwerhörige Menschen sind in ihrer Kommunikation darauf angewiesen, von den Lippen des Gegenübers ablesen zu können. Gleiches gilt für deren Begleitpersonen. Deshalb muss für diese Menschen und ihre Begleitperson und im Bedarfsfall, also kurzzeitig auch für Personen, die mit diesen kommunizieren, ebenfalls eine Ausnahme von der Tragepflicht gemacht werden.

Auch Personen, denen die Verwendung einer Mund-Nasen-Bedeckung oder eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes wegen einer Behinderung, einer Schwangerschaft oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich oder unzumutbar ist, werden von der Tragepflicht ausgenommen.

Als Beispiele seien hier Atemwegserkrankungen, wie symptomatisches Asthma bronchiale, symptomatische COPD (chronisch obstruktive Lungenerkrankung) genannt. Aber auch bei Patienten mit Langzeitsauerstofftherapie über Sauerstoffversorgung (Maske/Nasenbrille), Patienten mit Kehlkopfkrebs oder im Endstadium einer COPD, welche ein Tracheostoma haben, psychiatrische Patienten mit Angststörungen (u.a. Zwänge und Panikstörungen), kardinalen Symptomkomplexen: Fortgeschrittene Herzinsuffizienz mit Belastungsdyspnoe oder instabile Angina pectoris Symptomatik, Patienten mit erschwerter Nasenatmung z. B. durch allergisches Asthma (Frühblüher, Gräser, Pollen), Fehlbildungen des Nase-Rachen-Raums (Polypen, Tumore, Verletzungen) könnten durch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung oder eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes in akute Atemnot gebracht werden. Zudem kann dies auch medikamentös bedingt sein (z. B. durch Antihypertonika, Antidepressiva). Auch im Rahmen von Schwangerschaften kann es zu entsprechender Atemnot-Symptomatik kommen. Menschen mit bestimmten Behinderungen können unter Umständen nicht verstehen, warum sie plötzlich im öffentlichen Raum eine Mund-Nasen-Bedeckung oder einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz tragen müssen und werden das Tragen nicht dulden. Hierdurch kann es zu unsachgemäßer Anwendung und einer Gefährdung dieser Personengruppe führen, so dass eine Trageverpflichtung nicht verhältnismäßig wäre.

Das Vorliegen der Ausnahmegründe ist in geeigneter Weise glaubhaft zu machen, spezielle ärztliche Atteste oder die Vorlage des Schwerbehindertenausweises sind ausdrücklich nicht erforderlich. Hierfür kann bereits eine plausible Erklärung des Betroffenen ausreichen, insbesondere, wenn keine zumutbare Möglichkeit eines schriftlichen Nachweises besteht. Die Anforderungen an die Glaubhaftmachung sind niedrighochschwellig anzusetzen, um die Ausnahmen nicht durch überhöhte Anforderungen bei der Einlasskontrolle faktisch außer Kraft zu setzen. Aus diesem Grunde ist das mit der Überwachung eingesetzte Personal darüber in Kenntnis zu setzen, welche Personengruppen von der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung oder eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes befreit und welche Anforderungen an die Glaubhaftmachung zu stellen sind.

(3) Absatz 3 regelt die Anforderungen, die an eine Testung im Sinne dieser Verordnung zu stellen sind. Neben den PCR-Tests sind auch die PoC-Antigen-Tests (Schnelltests) und die Tests zur Eigenanwendung (Selbsttests) zulässig, sodass eine Verwendung nicht hinreichend aussagekräftiger Tests vermieden wird. Die Vorlage eines negativen Testergebnisses ist nur erforderlich, soweit dies bei der speziellen Regelung für den Zutritt zu der jeweiligen Einrichtung ausdrücklich vorgesehen ist. Eine Testung der Bürgerinnen und Bürger ist geeignet, die Anzahl der Neuinfektionen zu reduzieren und dadurch die weitere Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus zu verhindern. Durch eine Testung können Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 frühzeitig festgestellt werden, da auch Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 bei asymptomatischen Personen (Personen ohne Krankheits-

symptome oder Personen mit untypischen Krankheitssymptomen) erkannt werden und die zuständige Behörde die entsprechenden Schutzmaßnahmen gegenüber der betroffenen Person anordnen kann. Gleichzeitig ist die Testung auch erforderlich, da die durch die Testung entstehenden Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich gehalten werden. Zudem ist eine Testung auch eine angemessene Maßnahme, da sie den Schutz von Leib und Leben dient und die allgemeine Handlungsfreiheit nur geringfügig beeinträchtigt und zukünftig weitere Öffnungsschritte möglich sein werden. Die Tests müssen die jeweils geltenden Anforderungen des Robert Koch-Instituts erfüllen, um möglichst genaue und sichere Testergebnisse garantieren zu können. Darüber hinaus müssen Schnelltests die vom Paul-Ehrlich-Institut in Abstimmung mit dem Robert Koch-Institut festgelegten Mindestkriterien für Antigen-Tests erfüllen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte veröffentlicht auf seiner Internetseite unter https://www.bfarm.de/DE/Medizinprodukte/Antigentests/_node.html eine Liste der Schnelltests sowie eine Übersicht über die zugelassenen Selbsttests.

Nummer 1 regelt, wie lange der PCR-Test zurückliegen darf und das Erfordernis einer Bestätigung durch die den Test durchführende Stelle. Der PCR-Test ist durch geschultes Personal vorzunehmen und von einem anerkannten Labor auszuwerten.

Die negative Bescheinigung für einen PoC-Antigen-Test (Schnelltest) nach Nummer 2 kann in schriftlicher oder elektronischer Form vorgelegt werden. Der Schnelltest darf nur durch Anbieter, die eine ordnungsgemäße Durchführung, insbesondere nach einer Schulung, garantieren, durchgeführt werden.

Der PCR-Test und der Schnelltest dürfen nicht älter als 24 Stunden sein, da diese nur eine Momentaufnahme darstellen und die Aussagekraft des Testergebnisses mit der Zeit abnimmt. Bei einem längeren Zeitraum kann nicht mehr sicher ausgeschlossen werden, dass keine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorliegt. Derzeit ist es vertretbar, wenn die getesteten einen Testnachweis für 24 Stunden als Bescheinigung nach Nr. 1 und 2 verwenden können. Das bedeutet, dass ab dem Zeitpunkt der Vornahme des Tests, das negative Testergebnis für die nächsten 24 Stunden bei der entsprechenden Einrichtung als Nachweis vorgelegt werden kann. Erfolgt eine Testung der betroffenen Person beispielsweise erst um 17 Uhr, kann diese das negative Testergebnis bis 17 Uhr des folgenden Tages als Bescheinigung verwenden. Wenn auf dem Testergebnis keine Uhrzeit ausgewiesen ist, verliert der Nachweis am selben Tag um 24 Uhr seine Gültigkeit. In begründeten Verdachtsfällen hat die getestete Person ein amtliches Ausweisdokument (z. B. Personalausweis) zur Bestätigung der Kontaktdaten vorzulegen. Der Selbsttest nach Nummer 3 ist vor Ort unter Aufsicht des jeweiligen Verantwortlichen oder einer von ihm beauftragten Person, vor dem Betreten der jeweiligen Einrichtung vorzunehmen. Nur auf diese Art und Weise kann sichergestellt werden, dass es sich um einen aktuellen und ordnungsgemäß durchgeführten Selbsttest der zu

testenden Person handelt. Dienstherren bzw. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die ihren Beschäftigten eine kostenlose Testung anbieten, können über einen Schnelltest ihren Beschäftigten einen Nachweis ausstellen. Die Testung muss durch fachkundiges oder geschultes Personal im Sinne der Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung – SchAusnahmV) vom 8. März 2021 (BAnz AT 09.03.2021 V1), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 03.05.2021 (BAnz AT 04.05.2021 V1) geändert worden ist, vorgenommen werden. Die Testung und Nachweiserteilung kann entweder durch beauftragte Firmen, Apotheken etc, oder durch die eigenen Beschäftigten der Betriebe erfolgen. Der Nachweis über den Schnelltest soll den Ort und Namen des testveranlassenden Dienstherrn, der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers, Datum und Uhrzeit des Abstrichs, Name und Anschrift der oder des Getesteten, das Testergebnis sowie den Namen und die Unterschrift des Verantwortlichen enthalten. Eine Bestätigung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers über einen Selbsttests wird nicht anerkannt. Auch die Vorlage einer qualifizierten Selbstauskunft reicht nicht aus.

Ein positives Testergebnis ist mit den Kontaktdaten unverzüglich von dem Verantwortlichen an das zuständige Gesundheitsamt weiterzuleiten. Die Bescheinigungen nach Nummer 1 und 2 oder den Selbsttest der anwesenden getesteten Person hat der Verantwortliche der zuständigen Gesundheitsbehörde bei einer Vor-Ort-Kontrolle vorzulegen. Eine weitere Aufbewahrung der Bescheinigungen und Selbsttests über den Zeitraum des Aufenthalts der getesteten Person in der Einrichtung hinaus ist nicht notwendig. Ist die vorgegebene Aufbewahrungsfrist abgelaufen, sind diese unverzüglich zu löschen. Im Falle eines positiven Schnell- bzw. Selbsttests ist die getestete Person grundsätzlich verpflichtet, sich unverzüglich einem PCR-Test zu unterziehen.

(4) Absatz 4 regelt Ausnahmen von der Testverpflichtung. Nummer 1 regelt, dass Kinder die das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, von der Testpflicht ausgenommen sind. Die Teststrategie des Landes Sachsen-Anhalt bleibt davon unberührt. Die Regelung orientiert sich an der Verordnung zur Regelung von Erleichterungen und Ausnahmen von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 vom 08.05.2021 (BAnZ-AT 08.05.2021 V1).

Personen, die bereits über einen vollständigen Impfschutz gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 verfügen und keine typischen Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen, Geruchs- oder Geschmacksverlust aufweisen, sind ebenso von der Testverpflichtung ausgenommen. Ein vollständiger Impfschutz gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 liegt nach Ablauf von 14 Tagen nach der letzten Impfung vor, die nach der Empfehlung der Ständigen Impfkommision beim Robert Koch-Institut für ein vollständiges Impfschema erforderlich ist. Der vollständige Impfschutz ist dem Verantwortlichen

oder einer von ihm beauftragten Person schriftlich oder elektronisch nachzuweisen. Eine Ausnahme von der Testpflicht für diese Personen ist vertretbar, da nach derzeitigem Stand der Erkenntnisse anzunehmen ist, dass das Risiko einer Übertragung des Virus durch Personen, die vollständig geimpft sind, ab dem 15. Tag nach der letzten erforderlichen Impfung reduziert ist. Dieses Risiko kann durch weitere Schutzmaßnahmen, insbesondere das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung oder eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes, zusätzlich reduziert werden. Der Wegfall aller Schutzmaßnahmen für vollständig geimpfte und genesene Personen kann noch nicht erfolgen. Denn nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen des Robert Koch-Instituts ist das Risiko einer Virusübertragung durch eine Impfung zwar reduziert, jedoch ist nicht von einer sterilen Immunität auszugehen.

https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/19_21_2.pdf?blob=publicationFile). Daher ist davon auszugehen, dass einige Menschen nach SARS-CoV-2-Exposition trotz Impfung PCR-positiv getestet werden und das Virus möglicherweise weiterverbreiten. Um vollständig geimpfte Personen von weiteren antiepidemischen Maßnahmen auszunehmen, ist das aktuelle Infektionsgeschehen, die Wirkung der Maßnahmen sowie die Impfquote in der Bevölkerung entscheidend. Angesichts des landesweit weiterhin kritischen und diffusen Infektionsgeschehens sowie der aktuellen geringen Impfquote sind weitergehende Lockerungen der Maßnahmen für Geimpfte noch nicht vertretbar.

Nummer 3 nimmt auch genesene Personen, die im Besitz eines ausgestellten Genesenennachweises sind und keine typischen Symptome einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus aufweisen, von der Testpflicht aus. Bei genesenen Personen ist nach dem derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis und den Einschätzungen des Robert Koch-Instituts nur von einer Immunisierung für maximal sechs Monate auszugehen.

Als Genesenennachweis ist ein positiver PCR-Test mit entsprechendem Datum anzusehen. Die Durchführung eines Antikörpertests reicht nicht aus, um als genesene Person zu gelten. Nach aktuellem Kenntnisstand des Robert Koch-Instituts und des Bundesministerium für Gesundheit lässt ein Antikörpertest keine eindeutige Aussage zur Infektiosität oder zum Immunstatus zu.

Zudem sind Personen, die glaubhaft machen, dass sie aus medizinischen Gründen der Testverpflichtung nicht nachkommen können, von der Testverpflichtung ausgenommen. Für die Glaubhaftmachung kann bereits eine plausible Erklärung des Betroffenen ausreichen, insbesondere, wenn keine zumutbare Möglichkeit eines schriftlichen Nachweises besteht. Soweit jedoch etwa nur eine Testung über einen Nasenabstrich aus medizinischen Gründen ausgeschlossen ist, kann dennoch z. B. eine Testung durch tiefen Rachenabstrich oder durch sogenannte Spucktests erfolgen. Für die verpflichtenden Testungen in Schulen kommt es jedoch auch auf die Verfügbarkeit geeigneter Selbsttests in der jeweiligen Schule vor Ort an. Die Ausnahme von der Testpflicht soll auch diesen Personen ermöglichen, an Angeboten

teilzunehmen und Einrichtungen zu betreten, bei denen eine Verpflichtung zur Testung besteht.

(5) Absatz 5 stellt klar, dass die Verpflichtung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Einhaltung der jeweiligen Arbeitsschutzbestimmungen unberührt bleibt. Während die Regelungen dieser Verordnung epidemiologisch begründet sind und dem Schutz der gesamten Bevölkerung vor einer Ausbreitung der COVID-19-Pandemie dienen, sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf Basis des § 5 Arbeitsschutzgesetz zu einer umfassenden Gefährdungsbeurteilung zum Schutz der Beschäftigten verpflichtet. Dabei sind neben der biologischen Gefährdung – etwa durch das SARS-CoV-2-Virus – auch physische und psychische Belastungsfaktoren zu berücksichtigen und entsprechende Schutzmaßnahmen abzuleiten. Unterstützung bei der konkreten Umsetzung und Operationalisierung der Maßnahmen bieten Technische Regeln, insbesondere der aktuell vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard (GMBI 2020, 303), die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel (GMBI 2020, 484) und die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung vom 21.01.2021, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 14. April 2021 (BAnz AT 15.04.2021 V1), welche auf der Internetseite unter <https://www.gesetze-im-internet.de/corona-arbschv/Corona-ArbSchV.pdf> veröffentlicht ist. Darüber hinaus haben einzelne Berufsgenossenschaften für bestimmte Branchen noch konkretere Hilfestellungen entwickelt. Soweit die Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber diese Vorgaben einhalten, können sie davon ausgehen, keine Verstöße gegen die Bestimmungen des § 5 Arbeitsschutzgesetz zu begehen. Umgekehrt besteht jedoch keine zwingende Verpflichtung, diese Bestimmungen 1:1 umzusetzen. Die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber müssen bei Abweichungen jedoch nachweisen, wie sie den notwendigen Schutz der Beschäftigten gegebenenfalls durch andere Schutzmaßnahmen ebenso effektiv gewährleisten können.

(6) Nach Absatz 6 ist ein Anwesenheitsnachweis zu führen, soweit dies bei der speziellen Norm für die jeweilige Einrichtung ausdrücklich vorgesehen ist. Grundsätzlich ist das Führen eines Anwesenheitsnachweises auch in Bereichen sinnvoll, für die zwar keine ausdrückliche Anordnung vorgesehen ist, aber eine Kontaktnachverfolgung nur eingeschränkt möglich ist. Den Verantwortlichen ist es daher im Rahmen des Hausrechts weiterhin möglich und anzuraten, die Kontaktdaten von den Besucherinnen und Besuchern zu erheben. Der Anwesenheitsnachweis soll für den Fall einer Infektion eine schnelle und effektive Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsbehörden sicherstellen und dadurch eine weitere Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus verlangsamen. Die Verarbeitung der Daten ist wegen ihrer Zweckbindung nur für Zwecke der Pandemiebekämpfung durch die zuständigen Gesundheitsbehörden zulässig. Die Daten sind in Textform zu erheben. Die Kontaktdatenerhebung kann in Papierform oder auf elektronischem Weg erfolgen. Bei der Erhebung in elektronischer Form, müssen die Daten der Gesundheitsbehörde kostenfrei in einem nutzbaren Format zur Verfü-

gung gestellt werden. Empfohlen wird dafür insbesondere die Nutzung der luca App. Eine Verwendung für andere Zwecke ist unzulässig. Die Übermittlung der aufgeführten Daten darf nur an die zuständigen Gesundheitsbehörden erfolgen. Daher sind die Daten so zu erfassen und aufzubewahren, dass eine Kenntnisnahme unbefugter Dritter, z. B. anderer Teilnehmer an der Veranstaltung, ausgeschlossen ist. Diese muss freiwillig, für einen konkreten Fall, nach ausreichender Information des Betroffenen und unmissverständlich abgegeben werden. Sind die erhobenen Daten nicht von der unteren Gesundheitsbehörde abgerufen worden, sind sie nach Ablauf der vorgegebenen Aufbewahrungsfrist zu löschen. Dies muss datenschutzkonform erfolgen, also durch irreversible Unkenntlichmachung. Die einfache Entsorgung über den Papierkorb genügt nicht, da hierbei die Kenntnisnahme Dritter nicht sicher ausgeschlossen werden kann.

Zu § 2 Veranstaltungen, Zusammenkünfte, Ansammlungen, Versammlungen:

(1) Die Beschränkungen für Veranstaltungen, Zusammenkünfte, Ansammlungen, Versammlungen haben ihre Grundlage in § 28a Abs. 1 Nrn. 3, 5 und 10 des Infektionsschutzgesetzes. Bei der Entscheidung, bis zu welcher Größe Menschenansammlungen zugelassen werden, sind die medizinisch-fachlichen und epidemiologischen Erkenntnisse zu berücksichtigen, dass auch schon bei kleineren Menschenansammlungen die latente und erhöhte Gefahr einer Ansteckung besteht. Durch den vorherrschenden Übertragungsweg von SARS-CoV-2 (Tröpfchen), z. B. durch Husten, Niesen oder teils mild erkrankte oder auch asymptomatisch infizierte Personen, kann es zu Übertragungen von Mensch zu Mensch kommen. In Fällen von Veranstaltungen, Versammlungen, Zusammenkünften und Ansammlungen von Menschen ist daher von einer Gefahr für die weitere Verbreitung der COVID-19-Pandemie auszugehen. Aufgrund aktueller Entwicklungen und Erkenntnisse ist weiterhin eine erhebliche Kontaktreduzierung zwischen Menschen erforderlich, um die Ausbreitung deutlich zu verringern. Daher ist ein Aufenthalt im öffentlichen Raum nur allein, im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstandes und mit den Angehörigen eines weiteren Hausstandes, wobei die Anzahl der Angehörigen des weiteren Hausstandes die Personenzahl von fünf nicht überschreiten darf, gestattet. Das bedeutet, dass es einem Hausstand gestattet ist, sich mit bis zu fünf Personen eines weiteren Hausstandes zu treffen. Die maximale Personenbeschränkung gilt dabei, nur für einen der beiden Hausstände. Das bedeutet, dass es beispielsweise einer Großfamilie bestehend aus mehr als fünf Personen gestattet ist, sich mit einer anderen Familie mit bis zu fünf Personen im öffentlichen Raum aufzuhalten. Umgekehrt ist es ebenfalls rechtlich zulässig, wenn sich ein kleinerer Hausstand (z. B. beide Elternteile und 1 Kind über 14 Jahre) mit einer Großfamilie, die mehr als fünf Personen umfasst, im öffentlichen Raum aufhält. Bei der Ermittlung der Anzahl der Personen werden vollständig geimpfte und genesene Personen nicht berücksichtigt. Dies folgt aus § 8 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung, der für private Zusammenkünfte unmittelbar gilt. Die Maßnahmen zu

Zusammenkünften und Ansammlungen sind ein wichtiger Bestandteil der Kontaktreduzierung. Trotz rückläufiger Fallzahlen, ist es weiterhin notwendig die Infektionszahlen auf ein niedriges Niveau abzusenken. Insbesondere besteht eine Belastung für das Gesundheitswesen aufgrund der behandlungsbedürftigen SARS-CoV-2-Patienten in den Krankenhäusern. Die Kontaktbeschränkungen sind auch weiterhin erforderlich, um die Gesundheitsämter in die Lage zu versetzen, die Kontakte nachverfolgen zu können und die Zahl der Neuinfektionen nachhaltig zu senken. Aus diesem Grund sind die Kontakte zu reduzieren. Wie sich bereits im Frühjahr 2020 zeigte, sind die Kontaktbegrenzungen geeignet die Übertragungsgeschwindigkeit des SARS-CoV-2-Virus und dadurch auch die Infektionszahlen zu verringern. Um das Ziel zu verwirklichen, die Zahl der Erkrankungen mit COVID-19 in Deutschland allgemein und in Sachsen-Anhalt im Besonderen noch einmal deutlich zu reduzieren, damit möglichst auch bei einem erneuten Anstieg schwerer Krankheitsfälle stets genügend Intensivplätze zur Verfügung stehen und die gesundheitliche Versorgung weiterhin gesichert bleibt, sind die hier ausgesprochenen befristeten Kontaktbeschränkungen erforderlich. Nach aktueller Erkenntnislage muss davon ausgegangen werden, dass gleich effektive, aber weniger eingriffsintensive Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen. Zudem steht gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 zurzeit und auch in den kommenden Monaten nur ein begrenztes Impfstoffkontingent zur Verfügung. Daher stellen die kontaktreduzierenden Maßnahmen für die breite Bevölkerung das einzig wirksame Mittel zum Schutz der Gesundheit der Allgemeinheit und zur Aufrechterhaltung zentraler Infrastrukturen dar. Die Kontaktbegrenzungen sind auch verhältnismäßig im engeren Sinne, da das Sozialleben des Einzelnen gegenüber dem Leben und der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger sowie die Erhaltung des Gesundheitssystems als überragend wichtige Rechtsgüter nicht unangemessen beeinträchtigt werden.

Ein Aufenthalt mit den Angehörigen des eigenen Hausstandes ist unabhängig von der Personenzahl auch im öffentlichen Raum weiter möglich. Zum eigenen Hausstand gehörend ist dabei als tatsächliche Einheit zu verstehen, nicht im melderechtlichen Sinne. Wenn also studierende Kinder wegen der Schließung der Hochschulen zu ihren Eltern zurückkehren, gehören sie zum Hausstand, auch wenn sie dort nicht gemeldet sind. Ebenso sind Kinder für die ein Sorge- oder Umgangsrecht besteht, zum eigenen Hausstand zu zählen. Nicht zusammenlebende Paare gelten als ein Hausstand. Es wird klarstellend darauf hingewiesen, dass auch notwendige Assistenzkräfte sowie Begleitpersonen oder Betreuungskräfte für Menschen mit Behinderungen nicht als Personen eines zweiten Hausstandes anzusehen sind. Diese Personen stehen den Menschen mit Behinderungen notwendigerweise ähnlich nah, wie Personen des eigenen Hausstandes. Sie unterstützen die Personen mit Behinderungen bei alltäglichen Dingen und ermöglichen diesen eine Teilhabe am sozialen Leben. Deshalb sind sie auch dem Hausstand der Person mit Behinderung zuzuordnen. In Pflege-

Wohngemeinschaften im Sinne des § 4 WTG LSA bilden die Bewohnerinnen und Bewohner zusammen einen Hausstand; bei Besuchen von Angehörigen kommt es jedoch regelmäßig nicht zu „Zusammenkünften“ im Sinne der Vorschrift. Die Bewohner empfangen die Besucher nicht gemeinschaftlich, sondern einzeln bzw. getrennt voneinander. Die Anbieter solcher Wohnformen können dafür Sorge tragen, dass sich Besucher nur im Bewohnerzimmer oder in eigens dafür abgetrennten Bereichen mit den Bewohnern treffen. Durch die Regelung von Besuchszeiten kann zudem vermieden werden, dass alle Bewohner gleichzeitig Besuch erhalten und dadurch evtl. die Abstandsregeln nicht mehr eingehalten werden können. Unter diesen Voraussetzungen können auch mehr als zwei Hausstände oder mehr als fünf Personen gleichzeitig in einer Pflege-Wohngemeinschaft zur Besuch sein.

Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bleiben bei der Ermittlung der Personenzahl unberücksichtigt. Treffen von Mehrkindfamilien sollen möglich bleiben und die für kleinere Kinder besonders notwendigen sozialen Kontakte nicht zu sehr eingeschränkt werden. Um eine Umgehung der Kontaktbeschränkungen durch Zusammenkünfte verschiedener Kinder aus unterschiedlichen Hausständen und ohne die entsprechende Verwandtschaftsbeziehung beispielsweise im Rahmen von Kindergeburtstagen zu vermeiden, bleiben nur Kinder, die mit einer der in Satz 1 genannten Personen verwandt sind oder deren Hausstand angehören, unberücksichtigt. Kinder, die nicht mit einer der in Satz 1 genannten Personen verwandt sind oder deren Hausstand angehören, sind bei der Ermittlung der Personenzahl mitzuzählen.

Patchwork-Familien werden durch die Regelung nicht benachteiligt. Diese können sich wie andere Familien innerhalb des eigenen Hausstandes und mit den Angehörigen eines weiteren Hausstandes, wobei die Anzahl der Angehörigen des weiteren Hausstandes die Personenzahl von fünf nicht überschreiten darf, im öffentlichen Raum aufhalten. Darüber hinaus ist der Aufenthalt mit mehr als den genannten Personen immer nur dann zulässig, wenn die Kinder mit einer Person unterwegs sind, mit der sie verwandt sind oder deren Hausstand sie angehören.

Diese Personenbeschränkungen des Absatzes 1 gelten nicht für Kitagruppen oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Bei diesen Einrichtungen gehört es zum gewöhnlichen und üblichen Betrieb der Einrichtung, dass die Betreuerinnen und Betreuer sich mit den unter ihrer Obhut stehenden Kindern im öffentlichen Raum bewegen und aufhalten.

Der zulässige Betrieb von Einrichtungen, in denen Menschen bestimmungsgemäß zumindest kurzfristig zusammenkommen müssen, (z. B. ÖPNV, Einkaufen, der Aufenthalt am Arbeitsplatz) bleibt unberührt. Hier sind die allgemeinen und zum Teil spezielle Hygieneregeln einzuhalten, um den Infektionsschutz auf andere Weise sicherzustellen.

(2) Es gilt ein Verbot für Veranstaltungen aus geschäftlichen, beruflichen, dienstlichen oder vergleichbaren Gründen wie Meetings, Seminare, Führungen, Fachveranstaltungen, Fach-

kongresse, Mitglieder- und Delegiertenversammlungen, Informationsveranstaltungen für Volksbegehren und Volksinitiativen, Veranstaltungen von Vereinen, Organisationen, Einrichtungen und Parteien. Vergleichbare Zwecke im Sinne des Satzes 1 können auch politische, kulturelle oder touristische Veranstaltungen sein, z. B. politische Werbeveranstaltungen, Stadtrundgänge als besondere Form der Führung, geführte Radtouren u. ä. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Die genannten Veranstaltungen sind weder systemrelevant noch unaufschiebbar. In vielen Bereichen ist zudem die Umstellung auf digitale Formate möglich und zumutbar. Mit dem Verbot soll insbesondere der Kontakt von Menschen unterschiedlicher Einrichtungen deutlich reduziert werden. Der Infektionsschutz in den Einrichtungen selbst erfolgt über den Arbeitsschutz und wird in der Verordnung nicht geregelt. Aus diesem Grund gebietet sich im Rahmen der erforderlichen Kontaktbegrenzung auf diese Veranstaltungen zu verzichten.

Vom Verbot nicht betroffen sind notwendige interne Zusammenkünfte beim zulässigen Betrieb von Einrichtungen, z. B. Dienstberatungen, Teambesprechungen u. ä. Soweit die Zusammenkünfte üblich und notwendige Verrichtungen im Normalbetrieb der Einrichtung sind, handelt es sich daher um keine Veranstaltung. Zu Veranstaltungen gehören daher in der Regel Fachtagungen, Fachkongresse oder öffentliche Werksführungen. Keine Veranstaltungen sind grundsätzlich jedoch notwendige Gremiensitzungen von juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Betriebsversammlungen und Gespräche der Tarifpartner. Zum Zwecke der Klarstellung und besseren Abgrenzbarkeit von Zusammenkünften nach Absatz 1 ist in Satz 2 zudem eine Definition der Veranstaltung im Sinne dieser Verordnung enthalten.

Professionell organisierte Veranstaltungen im Freien mit höchstens 20 Teilnehmern sind unter den in den Sätzen 3 bis 9 angeführten Voraussetzungen gestattet, sofern die allgemeinen Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden. Mit Blick auf die verbesserte epidemiologische Situation ist diese Lockerung vertretbar. Professionell organisiert bedeutet, dass die Organisation durch eine oder mehrere Personen erfolgt, die üblicherweise im Rahmen ihrer geschäftlichen, beruflichen, dienstlichen oder vergleichbaren Tätigkeit zumindest gelegentlich derartige Veranstaltungen organisieren und sich daher wiederkehrend mit den jeweils geltenden Organisationsbedingungen auseinandersetzen müssen. Diese umfassen aktuell auch die Vorkehrungen zur Einhaltung der Kontaktminimierungs- und nachverfolgungs- sowie Hygieneregulungen. Die verantwortliche Person muss dennoch nicht zwingend über besondere Kenntnisse im Bereich der Hygiene verfügen. Die Durchführung derartiger Veranstaltungen in einer Gaststätte oder einem Hotel reicht in der Regel zur Annahme einer professionellen Organisation aus. Diese Veranstalter bieten eine erhöhte Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung. Als professionell organisierte Veranstaltungen können beispielsweise auch Hochzeitsfeiern, wenn diese durch einen Event-Manager

organisiert werden, durchgeführt werden. Für Feierlichkeiten zum Schulabschluss (z. B. Zeugnisausgaben) gilt dies nur, wenn diese durch die Schule organisiert werden. In diesen Fällen ist auch die Unterschreitung des Mindestabstands möglich, wenn es sich um Personen des eigenen Hausstands oder eines weiteren Hausstandes handelt (z. B. beim gemeinsamen Tanzen). Gleichermaßen umfasst ist auch die Durchführung von Veranstaltungen von Vereinen wie beispielsweise Vereinsversammlungen oder Vorstandssitzungen. In Vorbereitung derartiger Veranstaltungen sind die Vereine im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung regelmäßig verpflichtet, sich mit den Organisationserfordernissen und Hygieneanforderungen auseinanderzusetzen.

Es besteht keine Genehmigungspflicht für das Hygienekonzept. Die Eignung und die Umsetzung des Konzepts kann durch die zuständigen Behörden im Rahmen von Kontrollen jedoch geprüft und weitere Auflagen erteilt werden. Dass vollständig geimpfte und genesene Personen bei der Ermittlung der Teilnehmerzahl unberücksichtigt bleiben und diese folglich erhöhen, wurde klarstellend geregelt. Das beruht auf § 8 Abs. 2 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung. Das Personal des Veranstalters zählt nicht zu den Teilnehmern. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass für das Personal die arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben gelten.

(3) Nicht von dem Veranstaltungsverbot erfasst sind Veranstaltungen der Verfassungsorgane Sachsen-Anhalts, der Kommunalparlamente, anderer Selbstverwaltungskörperschaften, der Behörden (einschließlich der kommunalen Behörden, Polizei und Feuerwehr), der Justiz, anderer Hoheitsträger (insbesondere Behörden des Bundes) sowie anderer Stellen oder Einrichtungen, die öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnehmen sowie Veranstaltungen, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der öffentlich-rechtlichen Leistungserbringung, der Versorgung der Bevölkerung oder der Gesundheitsfürsorge der Bevölkerung dienen. In Anerkennung des Selbstorganisationsrechts der Kirchen und der gemeinsam durch die Kirchen und großen Religionsgemeinschaften mit den Ländern und dem Bundesinnenministerium entwickelten umfassenden Konzepte für die Durchführung von Gottesdiensten und religiösen Handlungen unter Beachtung des Infektionsschutzes, deren Einhaltung zugesichert und die durch Beschluss der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 30.04.2020 bestätigt wurden, sind auch Versammlungen zur Religionsausübung weiter möglich. Gleiches gilt für Weltanschauungsgemeinschaften. Eine Übersicht hinsichtlich der von den Kirchen und Religionsgemeinschaften vorgesehenen Maßnahmen für Gesundheits- und Infektionsschutz bei der Durchführung von Gottesdiensten und religiösen Handlungen während der Corona-Pandemie wurde als Anlage 1 zum Beschluss vom 30.04.2020 veröffentlicht:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973812/1749804/353e4b4c77a4d9a724347ccb688d3558/2020-04-30-beschluss-bund-laender-data.pdf>.

Aufstellungsversammlungen der Parteien und Wählergruppen, als Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen, können ohne ausdrückliche Personenbegrenzung stattfinden. Diese sind gesetzlich unabdingbare Voraussetzung für die Durchführung der Kommunalwahlen, der am 6. Juni 2021 anstehenden Landtagswahl und der am 26. September 2021 stattfindenden Bundestagswahl. Ausnahmen vom Versammlungsverbot für Aufstellungsversammlungen der Parteien und Wählergruppen nach § 24 Kommunalwahlgesetz (KWG LSA) und der Parteien nach § 19 Landeswahlgesetz (LWG) sind demnach dringend geboten, um die späteren Wahlen ordnungsgemäß vorbereiten und durchführen zu können. Aufstellungsversammlungen von Parteien und Wählergruppen sind auch von sonstigen allgemeinen Parteitage und -veranstaltungen zu trennen. Die Aufstellung der Bewerber durch die nach § 24 KWG LSA vorschlagsberechtigten Parteien und Wählergruppen sowie durch die nach § 19 LWG vorschlagsberechtigten Parteien ist wesentlicher Teil der nichtamtlichen Wahlvorbereitung und unentbehrliche Voraussetzung für die Durchführung der Wahl. Diese parteiinterne Kandidatenaufstellung ist eine der wichtigsten und bedeutsamsten Aufgaben der internen Parteiwillensbildung und zugleich Teil der staatlichen Wahlvorbereitung.

Für die Veranstaltung des Landtages von Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021 zur Berichterstattung über die Landtagswahl bedarf es wegen der herausragenden verfassungsrechtlichen Bedeutung der Wahl eines neuen Landtages von Sachsen-Anhalt und zur Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Grundrechte der Pressefreiheit sowie der freien Rundfunkberichterstattung einer Ausnahmeregelung.

Da nach der Wahl des Landtages von Sachsen-Anhalt Gremiensitzungen der im Landtag vertretenen Parteien und Wählergruppen für die Herbeiführung von Entscheidungen für oder gegen die Bildung einer Landesregierung erforderlich sind (z. B. Landesvorstandssitzungen, Parteitage), ist auch hier eine Ausnahme vom Veranstaltungsverbot bzw. von einer Personenbegrenzung geboten. Diese Ausnahme kann sich jedoch nur auf Veranstaltungen beziehen, die üblicherweise Grundlage für eine partei- und wählergruppeninterne Willensbildung für oder gegen die Bildung des Verfassungsorgans „Landesregierung“ bzw. der Wahl eines Ministerpräsidenten/einer Ministerpräsidentin sind (insbesondere Vorbereitungsgespräche und Koalitionsverhandlungen an sich). Allgemeine Veranstaltungen oder Parteitage sind davon abzugrenzen. Die Ausnahme vom Veranstaltungsverbot dient der Funktionsfähigkeit des obersten Organs der vollziehenden Gewalt im Land Sachsen-Anhalt.

Die Ausnahmeregelung des Absatzes 3 bezieht sich ausdrücklich nur auf die zulässige Personenzahl und das Verbot von Veranstaltungen. Bei den Zusammenkünften und Veranstaltungen gelten dennoch die allgemeinen Regeln aus § 1, wie die Verpflichtung zur Einhaltung des Abstandgebotes und zur Erstellung von Hygieneplänen. Darüber hinaus können die Gesundheitsbehörden zusätzliche Auflagen erlassen. Für das gastronomische Angebot gilt der § 6 entsprechend.

(4) Absatz 4 trägt dem kirchlichen Selbstorganisationsrecht Rechnung. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben sich verpflichtet, für ihre Zusammenkünfte verbindliche Hygienekonzepte aufzustellen und diese jeweils an die besondere Infektionslage anzupassen. Hierzu wird in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit einer Reduzierung der Teilnehmerzahl oder der Dauer der Zusammenkünfte oder auch der Verzicht auf gemeinschaftlichen Gesang oder die Einführung von Onlineangeboten ohne anwesende Gemeinde hingewiesen.

(5) Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit sind Trauer- und Bestattungszereemonien im Zusammenhang mit Beisetzungen zulässig und können im engsten Familien- und Freundeskreis stattfinden, wenn die Abstandsregelung von 1,5 Metern und eine Erfassung der Teilnehmenden zur Nachverfolgung durch die Gesundheitsbehörden sowie die Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln sichergestellt werden. Bei der Personenbegrenzung gilt als Orientierungspunkt die zulässige Personenanzahl von 30 Personen nach § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Infektionsschutzgesetzes. Zum engsten Familienkreis gehören sowohl der Partner oder die Partnerin und die Verwandten des oder der Verstorbenen bis zum 2. Grad (Großeltern, Eltern, Kinder, Enkelkinder, Geschwister) sowie deren Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Zum engen Freundeskreis gehören die Freunde der oder des Verstorbenen, wenn zwischen diesen Personen zu Lebzeiten eine besonders innige Beziehung bestand, die mit der zwischen den engsten Familienkreis üblicherweise bestehenden Beziehung vergleichbar ist. Für Trauungszereemonien gilt Entsprechendes. Bei der Eheschließung dürfen neben den Eheschließenden und dem Standesbeamten lediglich die Trauzeugen, die Eltern, Kinder und Geschwister der Eheschließenden teilnehmen. Für die anschließend stattfindenden Feierlichkeiten gilt die Regelung des Absatzes 6. Bei der Ermittlung der Anzahl der Personen werden vollständig geimpfte und genesene Personen nach § 8 Absatz 2 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung nicht berücksichtigt. Zur Klarstellung wurde dies daher in Satz 3 aufgenommen. Für den erforderlichen Anwesenheitsnachweis wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 1 Abs. 6 verwiesen.

(6) Private Zusammenkünfte und Feiern sind nur im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstandes und mit den Angehörigen eines weiteren Hausstandes erlaubt, wobei die Anzahl der Angehörigen des weiteren Hausstandes die Personenzahl von fünf nicht überschreiten darf. Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und mit einer dieser Personen verwandt sind oder deren Hausstand angehören, bleiben bei der Berechnung der Personenzahl unberücksichtigt. Es wird auf die Ausführungen in der Begründung zu Absatz 1 verwiesen. Bei der Ermittlung der Anzahl der Personen werden vollständig geimpfte und genesene Personen nach § 8 Absatz 2 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung nicht berücksichtigt. Um eine Eindämmung des Infektionsgeschehens zu erreichen, ist der physische Kontakt zu anderen Menschen außerhalb des eigenen Hausstandes zu reduzieren. Diese erhebliche Kontaktreduzierung ist dabei auch im privaten

Bereich notwendig, um einer weiteren Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus entgegenzuwirken. Vor allem private Treffen stehen immer noch häufig im Zusammenhang mit einer hohen Anzahl an Neuinfektionen, sodass die Beschränkung der Anzahl der Personen, die zusammenkommen können, notwendig ist. Deshalb sind die Begegnungen auf den eigenen Hausstand und die Angehörigen eines weiteren Hausstandes, wobei die Anzahl der Angehörigen des weiteren Hausstandes die Personenzahl fünf nicht überschreiten darf, zu beschränken. Die Beschränkung muss auch über den Aufenthalt im öffentlichen Raum hinaus für die privaten Räumlichkeiten gelten. Nur auf diesem Weg kann eine Verlagerung des Infektionsgeschehens in die häuslichen Räumlichkeiten vermieden werden.

Klarstellend ist darauf hinzuweisen, dass bei einem Treffen zwischen den Angehörigen zweier Hausstände nur für einen der beiden Hausstände die maximale Personenbegrenzung von fünf Personen gilt. Das bedeutet, dass es beispielsweise einer Großfamilie bestehend aus mehr als fünf Personen gestattet ist, eine andere Familie mit bis zu fünf Personen im privaten Umfeld zu treffen. Umgekehrt ist es ebenfalls rechtlich zulässig, wenn sich ein kleinerer Hausstand (z. B. beide Elternteile und 1 Kind über 14 Jahre) mit einer Großfamilie, die mehr als fünf Personen umfasst, im privaten Raum trifft. Auch hier gelten für die Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die in der Begründung zu Absatz 1 formulierten Privilegierungen. Es wird weiter auf die Begründung zu Absatz 1 verwiesen, welche Personen dabei als zum eigenen Hausstand gehörend, zu verstehen sind.

(7) Aufgrund des besonderen verfassungsrechtlichen Schutzes für Versammlungen wird unbeschadet der Regelung in Absatz 7 von einer weiteren Begrenzung des Versammlungsrechts abgesehen. Vielmehr bleibt es dabei, dass Versammlungen von mehr als zehn angemeldeten Teilnehmern die zuständige Versammlungsbehörde nach Beteiligung der zuständigen Gesundheitsbehörde die Versammlung zum Zwecke der Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 verbieten, beschränken oder mit infektionsschutzbedingten Auflagen versehen kann. Insbesondere in stark von Neuinfektionen betroffenen Regionen, in denen die Kontaktnachverfolgung schon jetzt nicht mehr möglich ist, sollte hiervon Gebrauch gemacht werden.

(8) Absatz 8 regelt, dass Zusammenkünfte, die der Vorbereitung und Durchführung von öffentlichen Wahlen dienen, zulässig sind. Eine solche Klarstellung ist notwendig, um Unsicherheiten bei den Wahl- bzw. Wahlkampfakteuren zu beseitigen und einen einheitlichen Verwaltungsvollzug im Land zu gewährleisten. Derartige Zusammenkünfte, insbesondere Wahlinformationsstände und Wahlkampfveranstaltungen, haben eine herausragende Bedeutung, auch im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl. Sie dienen der demokratischen Willensbildung des Volkes nach Art. 2 Abs. 1 bis 3, Art. 42, 80 f. der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Für die wahlkämpfenden Parteien sind Wahlkämpfe unverzichtbar, um diesem Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Gerade für kleine Parteien sind derartige Stän-

de ein probates Mittel, sich bekannt zu machen. Die Wahlen sind entsprechend dem verfassungsrechtlich verankerten Demokratieprinzip, vgl. Art. 20 Abs. 2 GG und Art. 2 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt nach den gesetzlichen Regeln in bestimmten Abständen durchzuführen und können somit nicht ohne weiteres zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Die Durchführung von Online-Wahlen ist ausgeschlossen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steht einer Online-Wahl der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl entgegen, der unmittelbar aus dem Demokratie-, Rechtsstaats- und Republikprinzip in Art. 20 Abs. 1 bis 3 GG abgeleitet wird.

Zu § 3 Öffentlicher Personenverkehr:

§ 3 beinhaltet sowohl Regelungen für den Personennahverkehr als auch für den öffentlichen Personenfernverkehr. Gemäß § 28a Abs. 1 Nr. 2 des Infektionsschutzgesetzes sind besondere Schutzmaßnahmen auch im öffentlichen Personennahverkehr möglich und notwendig. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in § 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) definiert sowie im ÖPNV-Plan des Landes erläutert. Er umfasst die allgemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr mit Straßenbahnen, Bussen und Kraftfahrzeugen sowie normal- und schmalspurigen Eisenbahnen. Er ist Teil der Daseinsfür- und -vorsorge und zur Gewährleistung der Mobilitätsanforderungen großer Bevölkerungsteile unentbehrlich und wird deshalb nicht eingeschränkt. Dies gilt auch für die notwendigerweise zum Betrieb erforderlichen Reisezentren und Fahrkartenverkaufsstellen. Gleichzeitig kommt im ÖPNV sowie im Fernverkehr eine Vielzahl von Menschen auf engem Raum zusammen und der Mindestabstand von 1,5 Metern kann nicht immer eingehalten werden. Wie bereits dargestellt, handelt es sich bei Covid-19 um eine hauptsächlich durch Tröpfcheninfektionen übertragene Atemwegserkrankung. Die Übertragung findet also durch Husten, Niesen, Aussprache und Atmung statt. Die Infektionszahlen und die Gefahr der weiteren Ausbreitung der neuartigen Mutationen des Coronavirus, insbesondere der als besorgniserregend eingestuften Virusvarianten erfordern eine landeseinheitliche Regelung bezüglich der Anforderungen, die an die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung zu stellen sind.

Deshalb wird zum Schutz aller mitfahrenden Personen im ÖPNV und in Fernverkehrsmitteln, soweit diese das Land durchqueren, für die Fahrgäste das Tragen einer partikelfiltrierenden Halbmaske (FFP2-Maske oder eine vergleichbare Maske) vorgeschrieben, soweit keine Ausnahme eingreift. Ausgenommen von der Verpflichtung zum Tragen einer FFP2-Maske sind Personen die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Es ist ausreichend, wenn diese eine mehrlagige Einwegmaske im Sinne des § 1 Absatz 2 tragen (z. B. OP-Maske). Kinder unter sechs Jahren brauchen keine Maske zu tragen. Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres ist auf freiwilliger Basis alternativ weiterhin das Tragen einer partikelfiltrierenden Halbmaske (FFP2-Maske oder vergleichbare Atemschutzmaske)

im ÖPNV und Fernverkehr gestattet. Gleiches gilt für die von den Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes freigestellte Schülerbeförderung (freigestellter Schülerverkehr) nach § 71 Abs. 4a Landesschulgesetz. Um eine einheitliche Verfahrensweise im Land zu gewährleisten und mögliche Unsicherheiten bei den Nutzerinnen und Nutzern zu vermeiden, wenn diese z. B. mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt im Inzidenzbereich über 100, in einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt im Inzidenzbereich unter 100, in der § 28b Abs.1 Nr. 9 des Infektionsschutzgesetzes folglich nicht gilt, zu vermeiden, ist das Begründen einer einheitlichen bzw. durchgehenden Maskenpflicht geboten.

Die Verpflichtung zum Tragen einer FFP2-Maske oder vergleichbaren Maske mit der erforderlichen Schutzwirkung ist verhältnismäßig, da diese Verpflichtung wegen des Infektionsgeschehens erforderlich ist, um Infektionen in Situationen erhöhter Infektionsgefahr zu vermeiden, und – insbesondere unter Berücksichtigung der Beschränkung der Trageverpflichtung auf wenige Situationen des Alltagslebens – auch kein milderer Mittel mit demselben Schutzniveau ersichtlich ist. Die Tragepflicht ist auch angemessen, da die negativen Folgen aus der Maskenpflicht nicht außer Verhältnis zu dem mit den Maßnahmen verfolgten Zweck der Gefahrenabwehr zum Schutze der Gesundheit stehen. Die zugelassenen Atemschutzmasken (FFP2 oder vergleichbar) ergeben sich aus der Anlage zu der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung. Es gelten die Ausnahmen von der Tragepflicht nach § 1 Abs. 2 Satz 3.

Für das Fahrpersonal gilt dies ausdrücklich nicht. Das Fahrpersonal unterliegt den allgemeinen und SARS-CoV-2-spezifischen Arbeitsschutzbestimmungen, so dass entsprechende Maßnahmen durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber festgelegt werden müssen, vgl. § 1 Abs. 5.

Die Leistungserbringer des ÖPNV haben die Einhaltung der Tragepflicht des medizinischen Mund-Nasen-Schutzes zu überwachen. Dies soll insbesondere im Rahmen von ohnehin stattfindenden Kontrollen z. B. Fahrscheinkontrollen erfolgen. Bei Nichtbeachtung sind die jeweiligen Benutzerinnen und Benutzer von der Beförderung auszuschließen.

Zu § 4 Bildungs-, Kultur-, Freizeit-, Spiel-, Vergnügungs- und Prostitutionseinrichtungen:

Die Untersagungen bzw. Beschränkungen der genannten Einrichtungen beruhen auf dem § 28a Abs. 1 Nrn. 5, 6 und 7 des Infektionsschutzgesetzes.

(1) In den nach Absatz 1 vom Verbot der Öffnung für den Publikumsverkehr betroffenen Tanzlustbarkeiten – wie z. B. Clubs, Diskotheken, Musikclubs oder vergleichbaren Gewerbebetrieben, bei Messen und Ausstellungen sowie bei Volksfesten und Jahr- und Spezialmärkten besteht aufgrund der besonderen Nähe der im üblichen Betrieb anwesenden Menschen zueinander sowie aufgrund der durchschnittlichen Dauer ihres Verbleibs regelmäßig ein ho-

hes Infektionsrisiko. Dieses wird dadurch gesteigert, dass sich derartige Einrichtungen in geschlossenen Räumen befinden.

Eine Messe ist eine zeitlich begrenzte, im allgemeinen regelmäßig wiederkehrende Veranstaltung, auf der eine Vielzahl von Ausstellern das wesentliche Angebot eines oder mehrerer Wirtschaftszweige ausstellt und überwiegend nach Muster an gewerbliche Wiederverkäufer, gewerbliche Verbraucher oder Großabnehmer vertreibt. Eine Ausstellung ist eine zeitlich begrenzte Veranstaltung, auf der eine Vielzahl von Ausstellern ein repräsentatives Angebot eines oder mehrerer Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete ausstellt und vertreibt oder über dieses Angebot zum Zweck der Absatzförderung informiert. Darunter sind auch Kleintierschauen und ähnliche Veranstaltungen zu verstehen.

Tanzlustbarkeiten haben, anders als der ÖPNV oder Ladengeschäfte, auch keinen besonderen Versorgungsauftrag oder gar systemrelevanten Charakter. Hiervon werden auch vergleichbare Einrichtungen erfasst, in denen bei gewöhnlichem Betrieb Menschenansammlungen mit räumlicher Enge nicht ausgeschlossen werden können. Da Diskotheken, Clubs und vergleichbare Gewerbebetriebe in der Regel von einem wechselnden Publikum besucht werden, ist es weiterhin erforderlich, den Betrieb zu untersagen, da dadurch die weitere Verbreitung des Coronavirus eingedämmt werden kann.

Ein Volksfest im Sinne der Gewerbeordnung ist eine regelmäßig wiederkehrende, zeitlich begrenzte Veranstaltung, auf der eine Vielzahl von Anbietern unterhaltende Tätigkeiten ausüben und Waren feilbieten, die üblicherweise auf Veranstaltungen dieser Art angeboten werden. Aufgrund der großen Zahl an Menschen, die üblicherweise von Volksfesten in der Regel auch überregional angezogen werden, und des meist ungesteuerten Zugangs besteht hier trotz des begrenzten Zeitraums ein erhebliches Infektionsrisiko. Das Verbot erfasst auch kleinere Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungsangeboten einschließlich unterhaltender Tätigkeiten von Schaustellern oder nach Schaustellerart. Vom Verbot sind auch Zirkusse umfasst. Während der Veranstaltungsdauer kommt ein deutlich fluktuierender Personenkreis zusammen, der im Falle einer Kontaktnachverfolgung die Gesundheitsämter an ihre Kapazitäten bringen würde. Hiervon umfasst ist auch der Betrieb nur einzelner Fahrgeschäfte die regelmäßig, vergleichbar mit anderen Freizeitangeboten, eine hohe Anziehungskraft besitzen und ein Infektionsrisiko durch die damit einhergehenden Menschenansammlungen darstellen. Aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens ist es nicht angemessen, einzelne Fahrgeschäfte zu gestatten.

Bei den erfassten Spezialmärkten im Sinne der Gewerbeordnung handelt es sich um regelmäßig in größeren Zeitabständen wiederkehrende, zeitlich begrenzte Veranstaltungen, bei denen eine Vielzahl von Anbietern bestimmte Waren feilbieten (z. B. Flohmärkte). Ausdrücklich sind damit (spezialisierte) Einzelhandelsgeschäfte nicht erfasst. Ein Jahrmarkt im Sinne

der Gewerbeordnung ist eine regelmäßig in größeren Zeitabständen wiederkehrende, zeitlich begrenzte Veranstaltung, auf der eine Vielzahl von Anbietern Waren aller Art feilbietet.

(2) In Prostitutionsstätten und Prostitutionsveranstaltungen im Sinne des Prostituiertenschutzgesetzes besteht aufgrund des besonders intensiven körperlichen Kontakts der anwesenden Personen einschließlich der für die Prostituierten häufig wechselnden Partner regelmäßig ein besonders hohes Ansteckungsrisiko. Gleiches gilt für den Betrieb von Prostitutionsfahrzeugen und die Prostitutionsvermittlung. Dies gilt entsprechend in den weiteren Vergnügungsstätten, also Gewerbebetrieben, die in unterschiedlicher Weise durch eine kommerzielle Freizeitgestaltung und einen Amüsierbetrieb gekennzeichnet sind. Hier besteht bei ihrem üblichen Betrieb aufgrund der Nähe der anwesenden Personen und ihrer Verweildauer ein hohes Ansteckungsrisiko.

(3) In den in Absatz 3 genannten Einrichtungen besteht aufgrund der Nähe der im üblichen Betrieb anwesenden Menschen zueinander sowie aufgrund der durchschnittlichen Dauer ihres Verbleibs regelmäßig ein hohes Infektionsrisiko. Zum Zwecke der Kontaktreduzierung ist es notwendig, dass die aufgezählten Einrichtungen für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben, um eine weitere Reduzierung der Neuinfektionen zu erreichen. Bei der Entscheidung, welche Einrichtungen konkret zu schließen sind, erfolgte eine typisierende Abwägung nach Relevanz für die Gesellschaft. Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen sind nicht von übergeordneter gesellschaftlicher Bedeutung. Der vorübergehende Verzicht ist daher zumutbar. Medizinisch, mindestens aber gesundheitlich intendierte Angebote hingegen haben einen deutlich höheren Stellenwert. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesunderhaltung der Bevölkerung und sind auch nicht ohne gesundheitliche Nachteile aufschiebbar. Eine Kontaktreduzierung zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 kann nur effektiv durchgesetzt werden, wenn die Kontakte so weit wie möglich eingeschränkt werden. Die in Absatz 3 genannten Angebote sind dabei regelmäßig aufschiebbar und der Verzicht ist im Hinblick auf das Schutzgut der Gesundheit der Bevölkerung zumutbar. (4) Die in Absatz 4 aufgezählten Einrichtungen und Angebote dürfen nur unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen nach § 1 Abs. 1 für den Publikumsverkehr öffnen. Im Hinblick auf die epidemiologische Lage ist es vertretbar, die in Nummer 1 genannten Museen und Gedenkstätten, Bibliotheken und Archive sowie Ausstellungshäuser wieder für den Publikumsverkehr zu öffnen. Insbesondere in Sachsen-Anhalt kommt diesen Einrichtungen eine besondere kulturelle Bedeutung für die Bevölkerung zu, sodass diese nicht länger geschlossen bleiben sollen. Die Öffnung von Bibliotheken ist notwendig, da diesen für die Bildung, insbesondere im Gleichlauf mit der Wiederaufnahme des Regelbetriebs in den Schulen, eine besondere Bedeutung zukommt. Dem in den Archiven aufbewahrten Archivgut kommt eine besondere Funktion im Zusammenhang mit dem wissenschaftlichen Arbeiten zu. Unter Ausstellungshäusern sind Einrichtungen zu verstehen, die wechselnde Ausstellungen musealen

Charakters führen, aber keine eigenen Sammlungen anbieten. Aufgrund der Vergleichbarkeit zu den Museen, sind diese Einrichtungen für den Publikumsverkehr zu öffnen.

Soweit sichergestellt wird, dass die Abstands- und Hygieneregeln nach § 1 Abs. 1 entsprechend eingehalten werden, dürfen die Freiflächen in Tierparks, zoologischen und botanischen Gärten sowie ähnlichen Freizeitangeboten für den Publikumsverkehr geöffnet werden. Unter diesen Voraussetzungen besteht hinsichtlich des Ansteckungsrisikos kein Unterschied zu Stadtparks und anderen geöffneten Grünflächen. Für alle Angebote gilt, dass zur Vermeidung von Warteschlangen und Abstandsreduzierungen, soweit wie möglich Online-Ticket Lösungen und kontaktloses Bezahlen vorzuhalten sind.

Aufgrund der besonderen Bedeutung der Bildungsangebote im Gesundheitswesen und der Aus- und Fortbildung im Brand- und Katastrophenschutz für das Gesundheitssystem sowie der Sicherheit und Ordnung bleiben diese Bildungsangebote zulässig. Bei Geburtsvorbereitungskursen und Rückbildungskursen ergibt sich die fehlende Aufschiebbarkeit aus der Natur der Schwangerschaft.

Aufgrund gesundheitlicher Aspekte ist der in Nummer 4 aufgeführte ärztlich verordnete Rehabilitationssport kontaktfrei im Freien als Gruppentraining zulässig, sofern die maximale Personenzahl von 25 Personen einschließlich der Trainerin oder des Trainers nicht überschritten wird. In geschlossenen Räumen kann dieser nach Nummer 9 Buchst. a ebenfalls kontaktfrei wahrgenommen werden, sofern aufgrund der erhöhten Infektionsgefahr durch die Ansammlung von Tröpfchen und Aerosolen durchgehend ein Mindestabstand von 1,5 Metern und die Teilnehmerzahl von 10 Personen zuzüglich der Trainerin bzw. des Trainers eingehalten wird, sowie alle Personen vor Zutritt eine Testung mit negativem Testergebnis im Sinne des § 1 Abs. 3 durchführen, sofern keine Ausnahme nach § 1 Abs. 4 vorliegt. Bei der Ausübung des Rehabilitationssport handelt es sich um private Zusammenkünfte, sodass vollständig geimpfte und genesene Personen unmittelbar nach § 8 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung bei der Ermittlung der Anzahl der Personen unberücksichtigt bleiben.

Bei den zulässigen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes kann auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden, soweit die pädagogische Zielrichtung dies erfordert. Insofern wird ein Gleichlauf mit anderen pädagogischen Angeboten und Maßnahmen hergestellt. Auf diese Angebote kann auch nicht vorübergehend verzichtet werden. Insbesondere die offene Kinder und Jugendarbeit ist für die körperliche und geistig-seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen erforderlich. Dies gilt umso mehr in dieser herausfordernden Pandemiezeit. Kinder und Jugendliche aus Problemfamilien bedürfen insbesondere jetzt einer stärkenden Einwirkung. Die Angebote sind nicht aufschiebbar, da es im Falle einer Verschiebung zu er-

heblichen Gefährdungen des Kindeswohls kommen könnte und dies zwingend vermieden werden muss.

Autokinos und Seilbahnen dürfen für den Publikumsverkehr öffnen. In Autokinos, halten sich die Besucher im eigenen Auto auf, sodass sie nicht, über die Kontaktbeschränkung in § 2 Abs. 1 und 6 hinausgehend, mit Personen in Kontakt kommen und aus diesem Grund von einem geringeren Infektionsrisiko auszugehen ist. In Seilbahnen findet ein nur vorübergehender Kontakt zu wenigen Personen statt, bei dem ein medizinischer Mund-Nasen-Schutz getragen wird.

Es ist den in Nummer 8 aufgeführten Fahr- und Flugschulen unter Einhaltung der angegebenen Personenbegrenzung gestattet, praktische Fahr- bzw. Flugstunden und theoretische Unterrichtsstunden durchzuführen. Vor dem Hintergrund der längeren Schließung sowie der Bedeutung für die Bildung, insbesondere von Jugendlichen, sind diese nicht ohne weiteres aufschiebbar. Unter Würdigung der aktuellen epidemiologischen Lage ist daher eine Öffnung verhältnismäßig. Gleichzeitig ist damit auch die Ausbildung in den Fahrlehrerausbildungsstätten mitumfasst, da diese dem Bereich der Fahrschulen zuzuordnen ist. Durch die Ausbildung der Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer wird erst die Durchführung der theoretischen und praktischen Unterrichtsstunden sowie der Prüfungen der Fahrschülerinnen und Fahrschüler ermöglicht, sodass diese ein notwendiger Bestandteil der Fahrschulausbildung sind. Vergleichbar mit den Fahrschulen ist auch den Bootsschulen die Durchführung der praktischen Stunden sowie des theoretischen Unterrichts unter Einhaltung der Voraussetzungen gleichermaßen gestattet.

Eine weitere Ausnahme von der Schließungsverfügung für Bildungsträger gilt für Angebote der berufsbezogener Aus- und Weiterbildung. Berufsbezogen bedeutet, dass die ausgewählte Weiterbildung für den beruflichen Kontext wichtig sein muss – für die aktuelle oder eine geplante neue Tätigkeit. Dies umfasst auch berufsbezogene Sprachkurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte ist von erheblicher Bedeutung für die Gesellschaft. Die meisten Angebote konnten nun schon längere Zeit nicht mehr in Präsenz durchgeführt werden. Es ist jedoch nicht immer möglich, auf digitale Lernformen auszuweichen, insbesondere bei berufspraktischen Inhalten. Der Bedarf, entsprechende Inhalte nun auch wieder in Präsenz vermitteln zu können, steigt. Im aktuellen Ausbildungsjahr stehen in kurzer Zeit die nächsten Prüfungen an. Die Zeit, aufgeschobene Bildungsinhalte nachzuholen, wird damit immer knapper. Ähnliches gilt für Angebote der Berufsorientierung. Diese müssen rechtzeitig vor dem Verlassen der Schule erfolgen, um einen möglichst naht- und reibungslosen Übergang junger Menschen von der Schule in die Berufsausbildung zu gewährleisten. Analog zum Regelbetrieb in den Schulen, erfolgt die Durchführung der Angebote der berufsbezogenen Aus- und Weiterbildung ebenfalls in festen, stetig gleichen Gruppen. Dadurch kann eine Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus über die festen

Gruppen hinaus eingeschränkt und das Infektionsrisiko möglichst gering gehalten werden. Es ist daher vertretbar, die berufsbezogenen Angebote der Aus- und Weiterbildung, in der halben Klassengröße, zuzulassen.

Zudem sind Angebote zur Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme nach § 53 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) zulässig. Dies gilt jedoch nur für Gruppen, deren Abschlussprüfung in absehbarer Zeit bevorsteht. Bereits erreichte Bildungserfolge sollen bei entsprechender Prüfungsnähe bis 31. August 2021 nicht mehr gefährdet werden. Die erwachsenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Bildungsmaßnahmen sind in besonderem Maße förderungsbedürftig. Deshalb ist die Unterrichtung mittels digitaler Kommunikations- und Lernformen nicht in gleichem Maße geeignet wie der Präsenzunterricht, um einen erfolgreichen Abschluss sicherzustellen. Die Durchführung von Sprach- und Integrationskursen der Integrationskursträger ist ebenfalls zulässig.

Die Alphabetisierungs- und Grundbildungskurse stellen einen wesentlichen Schwerpunkt der Erwachsenenbildung dar und sind daher ebenfalls erlaubt. Für Menschen mit geringer Literalität, welche die Zielgruppe dieser Kurse darstellen, ist die Durchführung der genannten Kurse entscheidend, um gesellschaftliche Angebote wahrzunehmen. Somit erfüllen diese Kurse, auch im Hinblick auf die hohe Zahl an Betroffenen (in Sachsen-Anhalt ca. 100.000 Betroffene), einen wesentlichen Bildungsauftrag, der durch eine weitere Schließung gefährdet wäre. Gleiches gilt für Kurse zur Vorbereitung auf sogenannte „Nichtschülerprüfungen“ an den allgemeinbildenden Schulen, welche u.a. an einigen Volkshochschulen stattfinden, sowie für Angebote in Kooperation mit öffentlichen Schulen oder Schulen in freier Trägerschaft.

Durch die erforderlichen Schulschließungen in den vergangenen Monaten haben sich bei einem Großteil der Schülerinnen und Schüler erhebliche Lerndefizite entwickelt, die abgebaut werden sollen. Die Schulen und ihre Lehrkräfte sind dazu allein nicht in der Lage, sodass die anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung Unterstützungsangebote zur Aufarbeitung des verpassten Schulstoffs in den Kernfächern darstellen.

Außerschulische Nachhilfeangebote sind erlaubt. Sie dienen unterstützend der Ergänzung des Schulunterrichts und sind in der Gesamtheit der Maßnahmen – insbesondere der Öffnung der Schulen – notwendig. Dies betrifft nicht nur klassische Nachhilfeinstitute, sondern auch andere geeignete Bildungsträger wie beispielsweise Volkshochschulen.

Die Erste-Hilfe-Kurse können in Präsenz durchgeführt werden. Diese Kurse leisten einen Beitrag zur Gesunderhaltung, indem sie u. a. die Kenntnisse über die Erstversorgung von verletzten Personen sicherstellen.

Den Musikschulen ist es ebenso gestattet, ihre Angebote für den Publikumsverkehr anzubieten. Bei den Angeboten der Musikschule handelt es sich um einen wichtigen Teil der musikalischen Bildung, sodass es vertretbar erscheint die Musikschulen zu öffnen. Davon ausge-

nommen ist der Gesangsunterricht. Aufgrund der besonderen Gefährdungslage ist der Gesangsunterricht an Musikschulen und durch selbständige Musiklehrkräfte nur als Einzelunterricht und unter Einhaltung eines Mindestabstands von zwei Metern zulässig. Durch Singen besteht die Gefahr, dass sich Tröpfchen als Hauptüberträger des SARS-CoV-2-Virus über größere Entfernungen ausbreiten, sodass die Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern nicht ausreicht.

Eine Testverpflichtung besteht bei den in Nummer 8 genannten Angeboten nicht, da der Zugang zu diesen, für den Bildungserfolg wesentlichen, Einrichtungen nicht beeinträchtigt werden soll.

Dennoch ist zur effektiven Durchsetzung der Kontaktreduzierungen, der Personenkreis auf eine nachverfolgbare Größenordnung zu reduzieren. Die in Nummer 8 genannten Angebote sind daher nur zulässig, sofern die maximale Personenzahl von zehn Personen zuzüglich der Lehrkraft nicht überschritten wird. Die Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern ist zu gewährleisten oder wenn dies nicht möglich ist, durch die Schülerinnen und Schüler eine Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 Satz 1 zu tragen. Für die Lehrkräfte der genannten Bildungseinrichtungen und die Fahr- und Fluglehrerinnen bzw. Fahr- und Fluglehrer müssen entsprechende Maßnahmen durch die Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber festgelegt werden, vgl. § 1 Abs. 5. Klarstellend ist darauf hinzuweisen, dass theoretische und praktische Prüfungen durch die mit öffentlichen und rechtlichen Aufgaben Beliehenen (z. B. DEKRA) weiter zulässig sind.

Der Rehabilitationssport ist – wie bereits in der Begründung zu Absatz 3 ausgeführt – in geschlossenen Räumen unter Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern und Vorlage eines negativen Testergebnisses oder Durchführung eines Selbsttest vor Ort zulässig.

Die Öffnung der Spielbanken, Spielhallen und Wettannahmestellen ist zulässig, sofern ein negatives Testergebnis vorgelegt oder ein negativer Selbsttest vor Ort durchgeführt wird. Bei dem reinen Abgeben des Wertscheins unterbleibt regelmäßig das längere Verweilen vor Ort, sodass in diesem Fall die Testpflicht entfallen kann.

Fortan dürfen auch Seniorenbegegnungsstätten und -treffpunkte wieder für den Publikumsverkehr öffnen. Im Hinblick auf den fortschreitenden Impffortschritt und die insbesondere bei den älteren Bevölkerungsgruppen mit höchster bzw. hoher Impfpriorität (Über-80-Jährige und Über-70-Jährige) bereits erreichte hohe Quote an Zweitimpfungen, sind Lockerungen zur Ermöglichung sozialer Kontakte vertretbar. Aufgrund der Vielgestaltigkeit der Angebote in den Einrichtungen ist von einer Personenbegrenzung abzusehen. Hinsichtlich der Anforderungen an die Testung wird auf die Ausführungen in § 1 Abs. 3 und Abs. 4 hingewiesen. Die rückläufige Anzahl an Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 ermöglicht den übrigen aufgezählten öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen sowie vergleichbare Einrichtungen ihre Angebote für den Publikumsverkehr anzubieten. Beim Gesangsunterricht in

Musikschulen ist nur der Einzelunterricht gestattet, sodass vollständig genesene und geimpfte Personen nicht unberücksichtigt bleiben. Unter vergleichbaren Einrichtungen sind insbesondere Kurse der Volkshochschulen, Jugend- und Familienbildungsstätten, Jugendkunstschulen oder Einrichtungen der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu verstehen. Voraussetzung für die Öffnung ist die Vorlage eines negativen Testergebnisses oder die Durchführung eines negativen Selbsttest vor Ort im Sinne des § 1 Absatz 3 durch die Besucherinnen und Besucher, sofern keine Ausnahme vorliegt. Aus § 7 der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung ergibt sich, dass die negativ getesteten Personen mit den vollständig geimpften und genesenen Personen gleichzustellen sind. Diese Personengruppen sind daher von der Testverpflichtung im Sinne dieser Verordnung befreit. Hinsichtlich des Anwesenheitsnachweises wird auf die Ausführungen in § 1 Abs. 6 hingewiesen.

Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass die Einrichtungen in Nr. 8 und Nr. 9 Buchst. e gleichermaßen auch Prüfungen (z. B. Jagdprüfungen) durchführen können.

Besucherinnen und Besucher der in den in Satz 1 Nrn. 2, 3 und 8 und 9 Buchst. e aufgeführten Einrichtungen haben in Bereichen, in denen die Abstandsregelung nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 nicht eingehalten werden kann, eine textile Barriere im Sinne einer Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 Satz 1 zu tragen. Dies trifft beispielsweise zu, wenn in engen Gängen Besucherströme aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht nur in eine Richtung gelenkt werden können und damit Publikumsverkehr in beide Richtungen unvermeidbar ist. In diesen Bereichen gilt zur Verminderung des Ansteckungsrisikos die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung für alle Personen. Sind die Sitzplätze, für die die Abstandsregelungen einzuhalten sind, erreicht, kann die Mund-Nasen-Bedeckung wieder abgenommen werden. Die Besucherinnen und Besucher der in Satz 1 Nrn. 1, 7 und 9 Buchst. b bis d aufgeführten Einrichtungen sowie die Fahr- oder Fluglehrer und die Schülerinnen und Schüler bei der praktischen Fahr- und Flugschulung haben einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 2 zu tragen.

(5) Die in Absatz 5 genannten Angebote von Literaturhäusern, Theatern, Filmtheatern und Konzerthäusern und –veranstaltern dürfen unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen sowie der Zugangsbegrenzungen nach § 1 Abs. 1 für den Publikumsverkehr öffnen. Unter Angebote von Konzerthäusern und -veranstaltern fallen dabei alle professionellen Musikveranstaltungen im Freien unabhängig von der jeweiligen Art der Musikrichtung. Durch die rückläufige, epidemiologische Lage ist eine Öffnung, auch vor dem Hintergrund der längeren Schließung der Einrichtungen, vertretbar. An den Einrichtungen besteht aufgrund der hohen kulturellen Bedeutung ein besonderer Bedarf in der Bevölkerung. Im Freien an der frischen Luft können sich die Tröpfchen und Aerosole weniger gut ansammeln als in geschlossenen Räumen, sondern werden stark verdünnt und besser verteilt, sodass die Teilnehmerzahl auf 100 zu begrenzen ist. Daraus ergibt sich in geschlossenen Räumen eine geringere Teilneh-

merzahl von maximal 50 Personen. Die notwendige Begrenzung der Personenanzahl, sowie die Vorlage eines negativen Testergebnisses durch jede Besucherin und jeden Besucher sorgen zusätzlich dazu, dass das Infektionsrisiko verringert wird. Die Personenzahl ist dabei derart begrenzt, dass nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 der erforderliche Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen allen anwesenden Besucherinnen und Besuchern jederzeit eingehalten werden kann, höchstens aber 50 Personen, im Freien 100 Personen der Zutritt gewährt wird. Durch die notwendige professionelle Organisation der Angebote kann sichergestellt werden, dass die Vorgaben des Hygienekonzeptes eingehalten werden sowie die durchzuführende Testung vorgenommen wird, sodass die Personenbegrenzung angemessen erscheint. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Berechnung der maximalen Anzahl der Besucherinnen und Besucher sowohl vollständig geimpfte als auch genesene Personen unberücksichtigt bleiben. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 1 Absatz 4 verwiesen. Als zusätzliche Schutzmaßnahme haben die Besucherinnen und Besucher in geschlossenen Räumen und im Freien auf Verkehrs- und Gemeinschaftsflächen (z. B. WC-Anlagen) einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz im Sinne des § 1 Absatz 2 Satz 2 zu tragen. Der medizinische Mund-Nasen-Schutz darf während der Veranstaltungen zum Verzehr von Speisen und Getränken abgenommen werden. Die Ausführungen in der Begründung zu § 1 Absatz 6 zum Führen eines Anwesenheitsnachweises finden hier ebenso Anwendung.

(6) Absatz 6 ermöglicht es den Badeanstalten, Schwimmbädern und Heilbädern, Fitness- und Sportstudios sowie den Yoga- und anderen Präventionskursen und Kursen im Fitness- und Sportstudio oder in Tanz- und Ballettschulen für den Publikumsverkehr unter den dort genannten Maßgaben zu öffnen. Im Außenbereich der Badeanstalten, Schwimmbäder sowie Heilbäder sind die Zutrittsbegrenzungen des § 1 Abs. 1 einzuhalten und im Innenbereich der Badeanstalten, Schwimmbäder, Heilbäder sowie Fitness- und Sportstudios ist die zulässige Personenzahl, wegen der erhöhten Infektionsgefahr, auf eine Person je 20 angefangene Quadratmeter begrenzt. Bei den Sportkursen gilt zusätzlich die Höchstbelegung von 10 Personen zuzüglich der Trainerin bzw. des Trainers und die Verpflichtung einen Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen einzuhalten. Da der Betreiber der jeweiligen Einrichtung verpflichtet ist, ein Hygienekonzept zu erstellen, welches auch die Abstandsregelungen des § 1 Abs. 1 berücksichtigen muss, ergibt sich mithin die zulässige Personenzahl stets aus der Größe des zur Verfügung stehenden Raumes, insbesondere auch aus der Größe der Schwimmbecken. Hier kann vor Ort individuell ermittelt werden, bei wie vielen Personen der Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten wird. In Badeanstalten, Schwimmbädern und Heilbädern ist es den Besucherinnen und Besuchern regelmäßig möglich, sich in den Einrichtungen frei zu bewegen, sodass die Einhaltung des Mindestabstands nicht durchweg gewährleistet ist und zusätzlich die Zugangsbegrenzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 5 gelten. Da-

nach gilt, dass sich bis zu 800 Quadratmetern Fläche maximal eine Person je 10 Quadratmeter Fläche in der jeweiligen Einrichtung aufhalten darf. Ab 800 Quadratmetern Fläche gilt, dass sich zusätzlich maximal eine Person je 20 Quadratmeter in der jeweiligen Einrichtung aufhalten darf.

In allen aufgeführten Einrichtungen sind Angebote, bei denen der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, außer Betrieb zu nehmen. Hier sind Strömungskanäle in Schwimmbädern beispielhaft zu nennen. Im Rahmen der Nutzung dieser Angebote werden Menschen durch die Strömung mitgezogen und können die Einhaltung des Mindestabstands dann nicht mehr selbst kontrollieren; selbst unmittelbarer körperlicher Kontakt kann dann nicht ausgeschlossen werden. Rutschen hingegen können in Betrieb bleiben, soweit diese sich ausschließlich im Außenbereich befinden und durch technische Vorrichtungen oder Beaufsichtigung die Einhaltung der Abstandsregelungen sichergestellt wird. Hinsichtlich der erforderlichen Testung wird auf die Ausführungen in § 1 Abs. 3 und 4 verwiesen.

Die Verantwortlichen der genannten Einrichtungen sind zusätzlich verpflichtet, für die Besucherinnen und Besucher Anwesenheitsnachweise nach § 1 Abs. 6 zu führen; siehe Ausführungen in § 1 Abs. 6.

Zu § 5 Beherbergungsbetriebe und Tourismus:

Die Regelungen zu Beherbergungsbetrieben und zum Tourismus finden ihre Grundlage in § 28a Abs. 1 Nrn. 11 und 12 des Infektionsschutzgesetzes. Das allgemeine Beherbergungsverbot, welches die Beherbergung aus touristischen Zwecken untersagt, entfällt. Aufgrund der epidemiologischen Lage und den erforderlichen Schutzmaßnahmen, insbesondere der Verpflichtung der Gäste eine Testung mit negativem Testergebnis vorzulegen oder durchzuführen, erachtet die Landesregierung eine Öffnung der Beherbergungsbetriebe zu touristischen Zwecken für vertretbar.

(1) In Absatz 1 finden sich die besonderen Voraussetzungen unter denen die Beherbergung, insbesondere in Hotels, Hostels, Jugendherbergen, Familienferienstätten, Pensionen und vergleichbaren Angeboten, Campingplätzen, Wohnmobilstellplätzen, Yacht- und Sportboothäfen sowie privaten und gewerblichen Vermietern von Ferienhäusern, Ferienhausparks, Ferienwohnungen, Ferienzimmern sowie von Übernachtungs- und Schlafgelegenheiten (homesharing) zulässig ist. Die Beherbergung ist unabhängig vom Wohnsitz der Gäste zulässig, sodass sie nicht auf Personen mit Wohnsitz in Sachsen-Anhalt beschränkt ist. Nach Nummer 1 sind die allgemeinen Hygienevorschriften nach § 1 Abs. 1 einzuhalten. Hierzu existieren Empfehlungen und Arbeitsschutzpapiere der zuständigen Berufsgenossenschaft, die in der praktischen Umsetzung eine Hilfestellung geben.

In Nummer 2 wird geregelt, dass der Vermieter vor der Weitervermietung eine gründliche Reinigung sicherzustellen hat, um Ansteckungsgefahren zu minimieren. Hierbei handelt es

sich um eine spezielle Regelung zu § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2. Die Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht dient der Prüfung, ob die Reinigungspflicht eingehalten wurde.

Für Gemeinschaftseinrichtungen gilt Satz 1 Nummer 1 entsprechend. Dies bedeutet insbesondere, dass bei einer Öffnung der gemeinschaftlichen Einrichtungen die Einhaltung der Abstandsregelungen sowie ein verstärktes Reinigungsregime nach § 1 Abs. 1 zu gewährleisten sind. Nach Nummer 3 ist eine Testung mit negativem Testergebnis der Gäste zu Beginn und dann alle 48 Stunden erforderlich, um Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 frühzeitig feststellen zu können und Neuinfektionen zu vermeiden. Hinsichtlich der erforderlichen Testung wird auf die Ausführungen in § 1 Abs. 3 und 4 verwiesen. Aufgrund des längeren Aufenthalts ist eine erneute Testung spätestens alle 48 Stunden erforderlich. Bei den Testergebnissen handelt es sich nur um eine Momentaufnahme, sodass es bei längeren Aufenthalten notwendig ist, eine Testung regelmäßig durchzuführen. Hierdurch sollen Neuinfektionen, die insbesondere beim Kontakt der Gäste auf den Verkehrs- und Gemeinschaftsflächen (z. B. in Speiseräumen) verursacht werden können, erkannt werden. Nach der Auffassung des Robert Koch-Instituts fördern regelmäßige und niederschwellige Testungen, Infektionen ohne Krankheitssymptome zu erkennen, und ermöglichen entsprechende Schutzmaßnahmen zu treffen. Im Rahmen des sogenannten autarken Tourismus ist nur bei der Anreise eine Testung erforderlich. Auf die Ausführungen zu Absatz 2 wird verwiesen. Bei der Beherbergung aus beruflichen Gründen besteht keine Verpflichtung zur Testung, da die Beherbergung nicht touristischen Zwecken dient und für die Berufsausübung zwingend notwendig ist. Zusätzlich erfolgt eine freiwillige Testung der Beschäftigten bereits am Arbeitsplatz, sodass eine erneute Testung vor Betreten der Beherbergungsstätte entbehrlich ist. Nach Nummer 4 sind Gäste in einem Anwesenheitsnachweis nach § 1 Abs. 6 zu erfassen. Im Falle einer Infektion soll so eine schnelle und effektive Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter sichergestellt werden. Die Bescheinigung über die negativen Testergebnisse bzw. die vor Ort durchgeführten Selbsttest der Gäste müssen nur für die Dauer ihres Aufenthalts aufbewahrt werden.

Es ist erforderlich, dass die Gäste in den Verkehrs- und Gemeinschaftsflächen sowie in den Speiseräumen bis zum Erreichen des Sitzplatzes einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz nach § 1 Abs. 2 Satz 2 tragen, da in diesen Bereichen der Mindestabstand zu anderen Menschen nicht immer eingehalten werden kann. Die Verpflichtung besteht nicht, wenn der Gast von der Trageverpflichtung nach § 1 Abs. 2 Satz 3 befreit ist.

(2) Bei der Beherbergung von Gästen auf Campingplätzen und Wohnmobilstellplätzen sowie in Ferienhäusern, Ferienhausparks, Ferienwohnungen, Yacht- und Sportboothäfen und vergleichbaren Unterkünften unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 ist eine Testung der Gäste nur zu Beginn der Nutzung erforderlich. Aufgrund der dort genannten Voraussetzungen besteht ein geringeres Infektionsrisiko im Vergleich zu den übrigen Beherbergungen.

Diese Beherbergungsstätten haben damit ein Wahlrecht. Sie können entweder von jedem Gast alle 48 Stunden eine Testung mit negativem Testergebnis vorlegen bzw. durchführen lassen oder die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen erfüllen.

Ausgenommen von der Testverpflichtung sind Dauercamper, die auf dem Campingplatz ihren Erst- oder Zweitwohnsitz angemeldet haben. Der Dauercampingplatz wird in diesen Fällen als dauerhafter Wohnsitz genutzt, sodass die Nutzung für die betroffenen Personen grundsätzlich uneingeschränkt, d.h. auch unter Nutzung der Gemeinschaftseinrichtungen, möglich sein muss.

Voraussetzung ist, dass die Beherbergung auf den zulässigen Personenkreis nach § 2 Abs. 1 und 6 beschränkt und eine Selbstversorgung ohne die Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen gewährleistet ist. Darüber hinaus muss im Rahmen des Absatzes 2 eine sogenannte autarke Versorgung, insbesondere durch eine Küche, sichergestellt sein. Das bedeutet, dass der Betrieb, Zutritt und die Nutzung gemeinschaftlicher Einrichtungen von Gemeinschaftsküchen und ähnlichem nicht stattfindet. Der Zutritt zu WC-Anlagen muss hingegen eröffnet sein, um bei Bedarf jederzeit das Händewaschen zum Zwecke der Minderung der Krankheitsübertragung zu ermöglichen. Duschen sind grundsätzlich zu schließen, es sei denn es ist gewährleistet, dass auch in diesen Einrichtungen die zeitgleiche Nutzung nur durch den zulässigen Personenkreis nach § 2 Abs. 1 und 6 erfolgt. Die Maßgaben des Absatzes 1 gelten – mit Ausnahme der Verpflichtung zur Testung alle 48 Stunden – entsprechend, sodass auf die Ausführungen in der Begründung dazu hingewiesen wird.

(3) Reisen mit Omnibussen (Reisebusreisen), Stadtrundfahrten und vergleichbare touristische Angebote (wie z. B. Ballonfahrten oder Rundflüge) werden vorübergehend untersagt, weil bei diesen aufgrund der räumlichen Nähe und der zeitlichen Dauer regelmäßig ein hohes Ansteckungsrisiko der Reiseteilnehmerinnen und Reiseteilnehmer besteht. In der Regel schließt sich an die Fahrt ein weiteres Ausflugsprogramm in der Reisegruppe an. Der räumliche, oft überregionale Kontakt von Menschen zueinander wird hierdurch gefördert, was dem aktuellen Ziel der deutlichen Kontaktreduzierung zuwider läuft.

(4) In Anbetracht der epidemiologischen Lage und den erforderlichen Schutzmaßnahmen erachtet die Landesregierung die Durchführung von Schiffsausflügen für vertretbar. Um dem Infektionsrisiko Rechnung zu tragen, insbesondere der Vielzahl an Personen und des längeren Aufenthalts, sind Schutzmaßnahmen erforderlich. Der Verantwortliche hat die allgemeinen Hygieneregeln nach § 1 Abs. 1 einzuhalten. Außerdem haben Fahrgäste einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz nach § 1 Abs. 2 zu tragen. Schließlich haben die Fahrgäste vor Betreten des Schiffs eine Testung mit negativem Testergebnis im Sinne des § 1 Abs. 3 vorzulegen oder durchzuführen. Schließlich haben die Verantwortlichen einen Anwesenheitsnachweis im Sinne des § 1 Abs. 6 zu führen. Auf die Ausführungen in der Begründung zu § 1 Abs. 6 wird verwiesen

(5) Fahrten mit Fähren, historischen Eisenbahnen und ähnlichen Einrichtungen sind unter Einhaltung von Hygieneregeln zulässig. Bei der Einhaltung der notwendigen Hygienestandards hat der Betreiber die Wahl, entweder die Einhaltung der Abstandsregelung in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 oder das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes nach § 1 Abs. 2 Satz 2 sicherzustellen. Die Pflicht zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes gilt nur für geschlossene Fahrzeuge. Ansammlungen von mehr als fünf Personen sind zu vermeiden (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3).

Zu § 6 Gaststätten:

(1) Nach Absatz 1 dürfen alle Gaststätten im Sinne des Gaststättengesetzes des Landes für den Publikumsverkehr unter Auflagen öffnen. Die gesunkenen Infektionszahlen lassen eine Öffnung, insbesondere durch die bestehende Testverpflichtung und Zugangsbegrenzungen vertretbar erscheinen. Durch die zeitliche Beschränkung sollen Ansammlungen in und vor der Gaststätte sowie die Unterschreitung des Mindestabstands zu späterer Stunde, insbesondere infolge alkoholbedingter Enthemmung, entgegen getreten werden. Zu den Gaststätten im Sinne des Gaststättengesetzes zählen neben Kneipen, Bars, Restaurants, Speisewirtschaften, Cafés, öffentliche Kantinen und Personalrestaurants. Der Ausschank alkoholischer Getränke ist nach dieser Verordnung nicht beschränkt, sollte jedoch mit besonderem Augenmaß erfolgen, um die Sorgfaltspflichten der Gäste bei der Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln nicht zu gefährden. Eine Bewirtung ist nur an Tischen erlaubt. Durch die Nutzung von Tischen soll vor allem die Einhaltung der Abstandsregeln sichergestellt werden. Gemäß Nummer 1 sind die allgemeinen Hygieneregeln nach dieser Verordnung und der zuständigen Berufsgenossenschaft einzuhalten. Eine Regelung für das Personal ist aufgrund des Verweises in Satz 3 auf die allgemeinen Arbeitsschutzvorschriften in § 1 Abs. 5 entbehrlich. Zudem ist die Anzahl der anwesenden Gäste auf eine Person je 2, 5 angefangene Quadratmeter zu begrenzen, um zu gewährleisten dass in der gesamten Gaststätte ausreichend Abstand zwischen den einzelnen Personen gehalten werden kann.

Zusätzlich soll nach Nummer 2 die ständige Verfügbarkeit der Handdesinfektion, insbesondere beim Angebot von Selbstbedienungsbuffets, das Ansteckungsrisiko weiter vermindern. In Nummer 3 werden die einzuhaltenden Abstände zwischen den einzelnen Tischen und damit zu Gästen an anderen Tischen geregelt. Damit werden die allgemeinen Abstandsregeln nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 für den Publikumsverkehr in Gaststätten ergänzt.

In Nummer 4 wird die Anzahl der Gäste an einem Tisch auf den zulässigen Personenkreis des § 2 Abs. 1 und 6 begrenzt. Das bedeutet, dass an einem Tisch Personen aus maximal zwei Hausständen, wobei die Anzahl der Personen eines der Hausstände fünf Personen nicht übersteigen darf, sitzen dürfen. Alternativ dürfen auch fünf Personen, unabhängig der Anzahl der Hausstände an einem Tisch sitzen. Bei der Ermittlung der Anzahl der Personen bleiben vollständig geimpfte und genesene Personen nach § 8 COVID-19-

Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung direkt unberücksichtigt, da es sich hierbei um private Zusammenkünfte handelt. Es sind größere Ansammlungen von Personen zur Minimierung des Infektionsrisikos zu vermeiden.

Nach Nummer 5 sind Gäste über die Abstandsregeln und Hygienevorschriften in Kenntnis zu setzen. Dies hat bereits bei der Begrüßung zu erfolgen und ist zudem durch Vorlagen oder Aushänge am Tisch zu bekräftigen. Dies passt die allgemeine Informationsregelung in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 für die Begebenheiten in Gaststätten an.

Nach Nummer 6 sind die Gäste darüber hinaus verpflichtet ein negatives Testergebnis vorzulegen oder einen Selbsttest vor Ort durchzuführen, sodass auf die Ausführungen in der Begründung zu § 1 Abs. 3 und 4 verwiesen wird.

Nach Nummer 7 haben die Verantwortlichen einen Anwesenheitsnachweis zu führen, siehe § 1 Abs. 6. Die Bescheinigung über die negativen Testergebnisse bzw. die vor Ort durchgeführten Selbsttests der Gäste müssen nur für die Dauer des Aufenthalts aufbewahrt werden. Als weitere Schutzmaßnahme haben die Gäste auf den Verkehrs- und Gemeinschaftsflächen (z. B. WC-Anlagen) einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Satz 3 beinhaltet zusätzliche Auflagen beim Betrieb von Selbstbedienungsbuffets. Bei dieser Form des Angebots besteht in besonderem Maße die Gefahr engen Kontakts zwischen den Gästen und damit ein erhöhtes Ansteckungsrisiko. Deshalb sind zusätzliche Schutzmaßnahmen erforderlich. So hat die Betreiberin oder der Betreiber des Angebots zu gewährleisten, dass die Gäste im Zusammenhang mit dem Buffet insbesondere die Abstandsregelungen einhalten als auch einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 2, soweit keine Befreiung vom Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 Satz 3 besteht, tragen. Durch den medizinischen Mund-Nasen-Schutz soll der möglichen Gefahr einer Abstandsunterschreitung bei der Warte- und Zugriffszeit begegnet werden. Zu Umsetzungsmöglichkeiten (z. B. Wartemarkierungen, Abdeckungen, Nieschutz aus Plexiglas u. ä.) wird auf die Begründung zu § 1 Abs. 1 verwiesen. Zudem kann das Hygienerahmenkonzept der DEHOGA weitere Hilfestellung bei der praktischen Umsetzung geben. Klarstellend gilt weiterhin, dass die besonderen Schutzmaßnahmen nur für Buffets mit Selbstbedienung gelten. Werden die Speisen oder Getränke hingegen buffetähnlich dargeboten, jedoch durch eine Servicekraft nach Wunsch des Gastes zusammengestellt und ausgereicht, gelten auch weiterhin nur die allgemeinen Regelungen in Satz 1. Auf die Regelungen zur Erteilung von Hausverboten und die Prüfbefugnis der Gesundheitsbehörden wurde an dieser Stelle verzichtet, da diese über § 1 Abs. 1 ohnehin für alle Einrichtungen gelten.

(2) Gaststätten wird auch weiterhin die Belieferung und der Außer-Haus-Verkauf ohne Testung und zeitliche Begrenzung gestattet. Unbenommen bleibt auch die Abgabe von Lebensmitteln durch die Tafeln. Hierbei sind die Abstandsregelungen zu beachten. Um Gruppenbil-

dungen zu vermeiden, muss sichergestellt werden, dass im Umkreis von 50 Metern um Abgabestellen weder in Einkaufszentren noch auf öffentlichen Straßen und Plätzen ein Verzehr stattfindet. Die Ausnahme dient dem Interesse der Bevölkerung an einer Versorgung mit zubereiteten Speisen und Getränken.

(3) Kantinen, die allein für die Belegschaft zugänglich sind dürfen auch ohne Test und zeitliche Begrenzung geöffnet werden, da beispielsweise in Krankenhäusern den Beschäftigten zu jeder Zeit ein Verzehr von Speisen und Getränken am Arbeitsplatz möglich sein oder die Nutzung der Kantine als Pausen und Sozialraum zur Verfügung stehen muss. Größtenteils erfolgt eine freiwillige Testung der Beschäftigten bereits am Arbeitsplatz, sodass eine erneute Testung vor Betreten der Kantine entbehrlich ist. Unbenommen bleibt in jedem Fall weiterhin die Abgabe von mitnahmefähigen Speisen und Getränken. In diesem Sinne ist auch der Betrieb von entsprechenden Automaten zulässig.

Für die übernachtenden Fahrerinnen und Fahrer an Autobahnraststätten und Autohöfen gilt die Testverpflichtung des Absatzes 1 nicht, da die Übernachtung im Rahmen der beruflichen Ausübung stattfindet und es sich nicht um einen touristischen Zweck handelt. Ausführungen hierzu finden sich auch in der Begründung zu § 5 Abs.1.

Für alle anderen Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer, die nicht an den Raststätten übernachten, ist vor Betreten der gastronomischen Einrichtung ein Test erforderlich. Dies gilt nicht, sofern Speisen und Getränken zum Mitnehmen und Verzehren im LKW abgeholt werden.

(4) Die Regelungen der Absätze 1 und 2 gelten für Einrichtungen der Hochschulgastronomie der Studentenwerke entsprechend. Dies gilt auch für die Ausführungen zu Kantinen.

(5) Während die allgemeine Bevölkerung gastronomische Angebote auch im häuslichen Bereich konsumieren kann, ist dies bei den Angeboten zur Versorgung Obdachloser (Suppenküchen) wegen der fehlenden Wohnung des betroffenen Personenkreises nicht möglich. Deshalb dürfen diese Angebote aus Verhältnismäßigkeitsgründen auch ohne Testung und eine zeitliche Begrenzung weiter betrieben werden, sofern die Zugangs- und Hygieneregelungen des Absatzes 1 eingehalten werden.

Zu § 7 Ladengeschäfte, Wochenmärkte, Dienstleistungen der Körperpflege:

(1) Im Ergebnis der Beobachtung des Infektionsgeschehens, ist es nicht mehr notwendig, Ladengeschäfte des Einzelhandels jeder Art zu schließen. Diese dürfen für den Publikumsverkehr öffnen, wenn die allgemeinen Hygieneregeln und Zugangsbegrenzungen nach § 1 Abs. 1 eingehalten werden. Die Lockerungen können unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zugelassen werden. Insbesondere stellen die Zugangsbeschränkungen gemäß § 1 Abs.1 Satz 2 Nr. 5, die Maskenpflicht und die Verpflichtung zum Führen eines Anwesenheitsnachweises für den Einzelhandel, der nicht die Versorgung des täglichen Bedarfs sicherstellt, eine angemessene Maßnahme dar, um die Infektionsdynamik zu verlang-

samen. Für den Einzelhandel wird daher kurzfristig eine Lockerung der Beschränkungen im Hinblick auf das sinkende Infektionsgeschehen in Sachsen-Anhalt geschaffen. Das soll den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen perspektivisch eine gesicherte und kontrollierte Rückkehr zur Normalität ermöglichen. Das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes nach § 1 Abs. 2 Satz 2 ist in geschlossenen Räumen verpflichtend. Ein Schutz des Verkaufspersonals ist durch die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu bewerten, so dass für das Personal keine Trageverpflichtung durch diese Verordnung festgelegt wird. Personal in Ladengeschäften kann somit durch andere Schutzeinrichtungen etwa Plexiglasscheiben oder ähnliches geschützt werden. Auf die Ausführungen zu § 1 Abs. 5 wird verwiesen. Der Vorlage eines negativen Testergebnisses oder der Durchführung eines Selbsttests vor Ort bedarf es nicht.

Soweit körpernahe Dienstleistungen erbracht werden, gilt der Absatz 3. Die Tätigkeit der Hundefriseure stellt keine körpernahe Dienstleistung dar.

(2) Von der Verpflichtung zum Führen eines Anwesenheitsnachweises ausgenommen sind die in Absatz 2 angeführten Handelsgeschäfte bzw. Verkaufsstellen, die die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sichern und damit der Grundversorgung der Bevölkerung dienen. Diese Geschäfte zeichnen sich durch eine regelmäßige kurze Verweildauer aus und dienen der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch ein zielgerichtetes Einkaufen. Die Pflicht zum Führen des Anwesenheitsnachweises ist geeignet und erforderlich, um dem aktuellen Infektionsgeschehen zu begegnen.

Zu den privilegierten Läden bzw. Verkaufsstellen gehören der Einzelhandel für Lebensmittel, Wochenmärkte und Direktvermarkter für Lebensmittel sowie Pflanzen (z. B. Schnittblumen, Grabgestecke), Abhol- und Lieferdienste, die Getränkemarkte, Reformhäuser, Babyfachmärkte, die Apotheken, die Sanitätshäuser, die Gesundheitshandwerker (z. B. Orthopädie- und Zahntechniker), die Drogerien, die Optiker, die Hörgeräteakustiker, die Tankstellen, die Kfz-Teileverkaufsstellen, die Fahrradläden, den Zeitungs- und Zeitschriftenhandel, die Buchhandlungen, die Tierbedarfsmärkte, Futtermittelmärkte, Blumenläden, Gärtnereien, Garten- und Baumärkte, den Betrieb von Lebensmitteln im Reisegewerbe, den Online-Handel und den Großhandel. Die in § 7 Abs. 2 genannten Ladengeschäfte und Wochenmärkte erfüllen einen wichtigen Versorgungsauftrag. Gleiches gilt für Bio-, Bauern- oder Erzeugermärkte, die nach ihrem Warensortiment und dem gesamten Erscheinungsbild mit Wochenmärkten vergleichbar sind und nach der allgemeinen Verkehrsanschauung nicht unterschieden werden können. Auf Wochenmärkten können neben den in § 67 Abs. 1 GewO genannten Lebensmitteln, Produkten des Obst- und Gartenbaus, der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei sowie rohe Naturerzeugnisse auch andere Waren des täglichen Bedarfs feilgeboten werden, wenn dies die jeweilige Verordnung der Kommune nach § 67 Abs. 2 Satz 1 der Gewerbeordnung bestimmt hat. Die Befugnis hierzu ergibt sich aus § 1 der Verordnung zur Übertra-

gung der Ermächtigung nach § 67 Abs. 2 der Gewerbeordnung (vom 20. Mai 1992 (GVBl. LSA 1992, 372).

Der Großhandel ist dadurch gekennzeichnet, dass hier Zutritt und Verkauf nur für einen ausgewählten Kundenkreis (Wiederverkäufer, Gewerbetreibende, Handwerker, Angehörige der freien Berufe) erfolgt und für die Kunden ein Nachweis als Inhaber eines Gewerbebetriebes erforderlich ist.

(3) Die Öffnung von Dienstleistungsbetrieben der Körperpflege, wie Friseursalons, Barbieren, Massage- und Fußpraxen, Nagel-, Kosmetik-, Piercing- und Tattoostudios und ähnlicher Unternehmen ist zulässig, soweit die aufgeführten Maßgaben beachtet werden, weil für diese Dienstleistungen ein besonderer Bedarf in der Bevölkerung besteht. Die Öffnung betrifft nicht nur die Ladengeschäfte, sondern auch mobile Angebote, wie z. B. Friseurbesuche oder Fußpflege in Pflegeheimen, sind gestattet. Bestimmte medizinische Dienstleistungen, an denen ein besonderer Bedarf in der Bevölkerung besteht, bleiben unter strengen Voraussetzungen ebenfalls geöffnet. Dazu zählen die medizinische Fußpflege (Podologie), die durch Personen erbracht werden, die die Erlaubnis zur Berufsausübung nach § 1 Podologengesetz besitzen. Medizinische Leistungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden können ebenfalls durchgeführt werden.

Auch den Heilpraktikern und Angehörigen der ärztlichen Heilberufe bleibt es gestattet, ihre Praxen zu öffnen. Die angebotenen Leistungen stellen regelmäßig medizinisch intendierte Angebote dar, die notwendig sind um den gesundheitlichen Zustand der Patientinnen und Patienten wiederherzustellen oder zu verbessern.

Die zulässigen Einrichtungen dürfen nur öffnen, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln sowie Zugangsbegrenzungen nach § 1 Abs. 1 – hier ist durch telefonische oder elektronische Terminvergabe insbesondere dafür zu sorgen, dass der Abstand von 1,5 m zwischen den Kundinnen und Kunden eingehalten wird und nicht mehr als eine Kundin bzw. ein Kunde je 10 Quadratmeter Ladenfläche Zutritt erhält,
- die Kundinnen und Kunden einen geeigneten medizinischen Mund-Nasen-Schutz im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 2 tragen oder andere geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden – für den Normalfall haben die Kundinnen und Kunden einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu tragen; bei einigen Dienstleistungen ist dies nicht möglich, so dass entweder derartige Dienstleistungen nicht erbracht werden können oder ein anderer, gleichwertiger Schutz sichergestellt wird; dies könnte etwa durch Einhaltung größerer Abstände zu anderen Kundinnen und Kunden, separate Behandlungsräume, durch persönliche Schutzausrüstung für die Beschäftigten (medizinischer Mund-Nasen-Schutz,

Schutzbrille etc.) sowie die freiwillige Bereitstellung von Schnelltests für die Kundinnen und Kunden erfolgen und

- Führung von Anwesenheitsnachweisen entsprechend § 1 Abs. 6 – aufgrund der Herausgabepflicht an das Gesundheitsamt und der aus Datenschutzgründen bestehenden Verpflichtung zur Löschung nach 2 Monaten, bietet sich eine Führung von Nachweisen für die einzelnen Tage an.

Wie bereits in der Begründung zu § 1 Abs. 5 ausgeführt, sind für zahlreiche Branchen Arbeitsschutzstandards entwickelt worden. Dies gilt insbesondere auch für Friseure. Das von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) mitentwickelte Konzept stellt die Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes und des vom BMAS veröffentlichten SARS-CoV-2 Arbeitsschutzstandards und der SARS-CoV-2 Arbeitsschutzregel sicher. Von dem im BGW-Konzept beschriebenen Verzicht auf bestimmte Dienstleistungen kann jedoch auch abgewichen werden, wenn der erforderliche Schutz durch andere Maßnahmen sichergestellt wird. Die Erstellung von Testkonzepten für das Personal beurteilt sich nach den arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben.

(4) In Einkaufszentren ist eine Öffnung nur für die Ladengeschäfte sowie für deren gastronomische Einrichtungen unter den Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 und 2 erlaubt. Zur weiteren Kontaktminimierung und zur Verhinderung einer Ausbreitung der Krankheit COVID-19 ist es erforderlich Hygieneregeln, Zugangsbeschränkungen, Einlasskontrollen und Abstandsregelungen festzulegen. In Einkaufszentren ist Voraussetzung für eine Öffnung, dass nicht nur einzelne Ladengeschäfte die Auflagen des § 1 Abs. 1 erfüllen, sondern auch das Center insgesamt. Da die Einkaufszentren selbst nicht als Ladengeschäft zu subsumieren sind, findet die Verkaufsflächenbegrenzung keine Anwendung. Hier muss jedoch sichergestellt werden, dass sich nicht zu viele Menschen gleichzeitig in den Passagen aufhalten und bei Begegnungen ausreichend Platz für die Einhaltung der Mindestabstände verbleibt. Je nach Verkaufsfläche der geöffneten Ladengeschäfte dürfen Kunden in das Einkaufszentrum eingelassen werden. Für die Einkaufszentren ist bei der Berechnung ausschließlich § 1 Abs. 1 relevant. Soweit die Einkaufszentren die entsprechenden Auflagen nicht einhalten können, ist nur eine Öffnung der Geschäfte möglich, die ggf. durch separate Zugänge von außen betreten werden können.

Auf den Verkehrsflächen im Einkaufszentrum müssen die Kundinnen und Kunden wie in den Ladengeschäften einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz nach § 1 Abs. 2 Satz 2 tragen, wenn sich diese Verkehrsflächen in geschlossenen Gebäuden befinden. Gerade auf den Verbindungswegen zwischen den Geschäften kann trotz entsprechender Regelungen die Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Meter nicht immer sichergestellt werden. In den geschlossenen Gebäuden ist dies nach epidemiologischen Erkenntnissen als gefährlicher

einzuschätzen als in Fußgängerzonen unter freiem Himmel. Für die gastronomischen Einrichtungen wird auf die Einhaltungen der Voraussetzungen des § 6 verwiesen.

(5) Absatz 5 nimmt die Hausrechtsinhaber in die Pflicht, das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 2 zu überwachen. Für den Fall der Zuwiderhandlung sind Hausverbote auszusprechen.

Zu § 8 Sportstätten und Sportbetrieb:

(1) Entsprechend der Entwicklung der pandemischen Lage ist auch eine Neubewertung des Sportbetriebs erforderlich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Sportbetrieb auf und in allen öffentlichen und privaten Sportanlagen und Schwimmbädern regelmäßig eine Vielzahl von Menschen anzieht, eine räumliche Nähe der Sporttreibenden und zum Teil deren körperlichen Kontakt zur Folge hat. Um den 7-Tage-Inzidenzwert zu senken, bleiben Sportstätten und Sportbetriebe nach Maßgabe des § 28a Abs. 1 Nr. 8 des Infektionsschutzgesetzes weiterhin geschlossen, soweit keine Ausnahme einschlägig ist. Dies ist weiterhin notwendig, um die Kontaktreduzierung zu gewährleisten und nicht durch sportliche Aktivitäten auszuhöheln. Hierdurch soll ein weiteres Absenken der Infektionszahlen ermöglicht werden, um das Gesundheitssystem zu schützen und das gesellschaftliche Leben sowie die wirtschaftliche Betätigung nicht über Gebühr einzuschränken.

Unbenommen bleibt es auf den in Absatz 1 Satz 1 genannten Sportstätten und Einrichtungen den Sportbetrieb weiterzuführen, sofern eine der Ausnahmeregelungen nach Absatz 1 Satz 3 Nrn. 1 bis 10 vorliegt. Damit können öffentliche oder private Sportanlagen für den von den Ausnahmeregelungen des Absatzes 1 Satz 3 Nrn. 1 bis 10 umfassten Personenkreis geöffnet werden. Dies betrifft einerseits kommunale Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbädern, andererseits aber auch private Sport- oder Fitnessstudios. Mehrere Personengruppen können zeitgleich voneinander Personal-Training betreiben, wenn die Sportstätte in einzelne separate Sportstätten unterteilt ist, wie z. B. bei separaten Krafträumen. Das bedeutet allerdings auch, dass eine rein optische Abgrenzung in verschiedene Trainingsbereiche regelmäßig nicht ausreicht. Vielmehr muss eine räumliche Trennung zwischen den trainierenden Gruppen bestehen, damit ein Austausch von Tröpfchen und Aerosolen ausgeschlossen ist. Daher bedarf es regelmäßig einer raumhohen Abtrennung und eines verschließbaren Zugangs. Eine Abtrennung mittels einer (halbhohen) Trennwand, die lediglich den Austausch von Tröpfchen aber nicht Aerosolen verhindert, ist beispielsweise regelmäßig nicht ausreichend. Bei der Beurteilung, ob eine Sportstätte in separate Sportstätten unterteilt ist, kommt es auf die Beurteilung im Einzelfall an. Für Badeanstalten, Schwimmbäder, Heilbäder, Fitness- und Sportstudios sowie Kursen in Sport- bzw. Fitnessstudios oder Ballett- und Tanzschulen gilt § 4 Abs. 6.

Daneben ist auch der Sportbetrieb im Freien unter ständiger Anleitung einer Trainerin bzw. eines Trainers zulässig. Die Gruppengröße von maximal 25 Personen einschließlich der

Trainerin oder des Trainers darf nicht überschritten werden. Weiterhin könnte eine Mannschaft von Berufssportlern gemeinsam in einem ansonsten geschlossenen Fitnessstudio trainieren. Zu beachten ist dabei insbesondere, dass eine Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 bei der sportlichen Aktivität nicht getragen werden kann. Es ist jedoch erforderlich, dass die Freigabe der genutzten Sportstätte durch die Betreiberin oder den Betreiber vorliegt und die weiteren in Absatz 2 genannten Einschränkungen zwingend beachtet werden. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit gelten die in Absatz 1 Satz 3 Nrn. 1 bis 10 genannten Ausnahmen. Der Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesunderhaltung der Bevölkerung, weshalb in gewissem Umfang Möglichkeiten zum Sportbetrieb aufrechterhalten bleiben. Kontaktfreier Individualsport allein, zu zweit oder mit dem eigenen Hausstand ist im Hinblick auf die angestrebte Kontaktreduzierung unproblematisch und daher zulässig. Als Berufssportlerinnen und Berufssportler werden solche Sportlerinnen und Sportler bezeichnet, die mit der Ausübung einer Sportart Einkünfte erzielen, mit denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Sofern bei Mannschaftssportarten für die Mehrheit der Sportlerinnen und Sportler dieses Kriterium zu bejahen ist, können die entsprechenden Sportvereine und Unternehmen hierunter gefasst werden. Die Zulassung des Sportbetriebs von Kaderathletinnen und Kaderathleten erfolgt zur Vorbereitung auf die internationalen Sporthöhepunkte in den Jahren 2021 und 2022. Hierzu zählen insbesondere die Olympischen und Paralympischen Sommer- und Winterspiele. In Nummer 3 des Absatzes 1 werden Landeskader eines Landesfachverbandes des LandesSportBundes Sachsen-Anhalt e.V. oder eines Nachwuchsleistungszentrums miterfasst. Der Landeskader ist die erste offizielle Stufe im Kadersystem des Leistungssports, sodass es sich dabei überwiegend um Jugendliche handelt. Das Training der Landeskader stellt die wichtigste Basis für jede leistungssportliche Entwicklung dar. Die Schülerinnen und Schüler der Eliteschulen des Sports in Halle und Magdeburg verfügen i.d.R. über den Status eines Landeskaders. Mit der Wiedenzulassung des Präsenzunterrichts besteht daher die Notwendigkeit den Sportbetrieb für diesen Personenkreis zuzulassen, da der schulische und außerschulische Sportunterricht an den Eliteschulen des Sports eng miteinander verknüpft ist. In Nummer 4 ist der Trainingsbetrieb des organisierten Sports im Freien gestattet, sofern dabei die Gruppen aus maximal 25 Personen einschließlich der Trainerin oder des Trainers bestehen. In geschlossenen Räumen ist die Personenzahl auf 1 Person je angefangene 20 Quadratmeter, höchstens aber auf 10 Personen zuzüglich der Trainerin oder des Trainers begrenzt. Unter den organisierten Sport fallen dabei alle sportlichen Aktivitäten, die unter Anleitung eines Verantwortlichen geschehen. In diesen Fällen kann die Einhaltung der erforderlichen Hygiene- und Abstandsregeln konsequent gewährleistet werden. Zulässig ist damit unter Einhaltung der oben genannten Maßgaben beispielsweise der Sportbetrieb der Vereine, das Training mit Reitlehrerinnen und Reitlehrern ausschließlich im Freien. Eine Anknüp-

fung an die „Organisiertheit“ des Sportbetriebes bietet die Gewähr dafür, dass es klare Verantwortlichkeiten für die Einhaltung der Hygieneregeln gibt. Deshalb werden bloße Verabredungen nicht privilegiert. Eine Nutzung einer Sportstätte im Freien durch mehrere Sportgruppen ist nur zulässig, wenn eine klar voneinander abgetrennte räumliche Trennung der Sportplätze besteht. Die Zulässigkeit mehrerer Sportgruppen hängt davon ab, ob ein Kontakt zwischen den Sportgruppen zu jeder Zeit auf der Sportstätte ausgeschlossen werden kann. Die Hundeschulen unterfallen grundsätzlich dem Bereich des Sports und der Freizeit, unabhängig davon ob diese Tätigkeit in beruflicher Ausübung erfolgt. Demnach kann die Hundeerziehung in den Hundeschulen, sofern diese unter Anleitung eines Verantwortlichen geschieht, in Gruppentrainingsstunden von bis zu 25 Personen, einschließlich der Trainerin bzw. des Trainers durchgeführt werden. Genauso ist auch ein Training unter den Maßgaben der Nummer 5 oder als Einzeltraining im Wege der 1:1 Betreuung (Hundetrainer und Hundebesitzer) in geschlossenen Räumlichkeiten möglich.

Zudem ist nach Nummer 6 der organisierte kontaktfreie Sportbetrieb außerhalb des Trainingsbetriebs im Freien mit höchstens 25 Personen möglich. Davon umfasst ist auch der kontaktfreie Wettkampfsport wie beispielsweise Punktespiele im Tennis. In geschlossenen Räumen ist ein Training ohne Trainerin oder Trainer (o.ä. anleitende Person) weiterhin nur allein, zu zweit oder mit dem eigenen Hausstand zulässig. Bei der Ermittlung der Anzahl der Personen bleiben vollständig geimpfte und genesene Personen unberücksichtigt, da diese bereits unmittelbar dem Anwendungsbereich des § 8 der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung unterfallen. Bei der Sportausübung handelt es sich regelmäßig um eine private Zusammenkunft.

Die Prüfungen für den Ausbildungsberuf zum Fachangestellten für Bäderbetriebe werden zugelassen, um den Erfolg der Ausbildung nicht zu gefährden.

Ebenfalls der Gewährleistung des Zugangs zu Bildung und der Sicherstellung von Studienerfolgen dient die Ausnahme in Nummer 10, nach welcher die nach der einschlägigen Studienordnung notwendigen Veranstaltungen in Sportstudiengängen ermöglicht werden.

Den zuständigen Ressorts wird ermöglicht, ergänzende Regelungen zu treffen, um eine Unterscheidung zwischen Berufssportlern und Amateursportlern für den Einzelfall regeln zu können.

(2) Aufgrund der in der Begründung zu Absatz 1 beschriebenen Kontakterhöhung und Infektionsgefahr, sind Ausnahmen nur bei konsequenter Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln vertretbar. Deshalb ist der nach Absatz 1 Satz 3 ausnahmsweise zugelassene Sportbetrieb durch Auflagen eingeschränkt. Diese müssen kumulativ vorliegen.

(3) Die Sportanlage oder das Schwimmbad darf nur nach Freigabe durch die Betreiberin oder den Betreiber genutzt werden. Soweit für die Ausübung der vorgesehenen Sportart Empfehlungen des entsprechenden Sportverbandes zur Minimierung des Infektionsrisikos beste-

hen, sind diese zu beachten. Des Weiteren hat die Betreiberin oder der Betreiber die Höchstbelegung einer Sportstätte zu regeln, um insbesondere die Rahmenbedingungen für die Einhaltung der Abstandsregelungen nach Absatz 2 Nr. 1 zu ermöglichen. Die zulässige Höchstzahl der Anwesenden ergibt sich mithin aus der Größe der Sportstätte. Darüber hinaus kommen Regelungen zu Nutzungszeiten und zur Steuerung des Zutritts zur Sportstätte in Betracht. In jedem Fall muss die Nutzung von Toiletten, insbesondere die Gelegenheit zum Händewaschen, sichergestellt werden. Gerade soweit eine An- und Abfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgt, ist zum gefahrlosen Ab- und Anlegen des medizinischen Mund-Nasen-Schutzes nach § 1 Abs. 2 Satz 2 die Möglichkeit zum Waschen der Hände unabdingbar. Für das gastronomische Angebot wird auf die Regelung des § 6 verwiesen. Verantwortliche Person ist die Veranstalterin bzw. der Veranstalter, der ggf. von der Betreiberin bzw. dem Betreiber der Sportstätte abweichen kann. Es wird zudem auf die Ausführungen in § 4 Abs. 6 verwiesen.

(4) Absatz 4 enthält eine Sonderregelung für die Nutzung der Sportstätten und die Beschränkung des Sportbetriebs im Rahmen des Schulsports. Das Ministerium für Bildung kann hierfür eigene Regelungen treffen.

(5) Beim Sport nach Absatz 1 Satz 3 Nr. 5 und 6 sind zusätzliche Schutzmaßnahmen erforderlich. Um die Gefahr von Übertragungen des Coronavirus SARS-CoV-2 zu verringern, darf das Sportgelände nur betreten werden, wenn von der jeweiligen Person entweder vor Betreten des Geländes ein Selbsttest mit negativem Testergebnis durchführt oder eine Bescheinigung im Sinne des § 1 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 mit negativem Testergebnis mitgeführt wird. Im Rahmen des nach Absatz 1 Nr. 5 und 6 zulässigen Sport trifft die Testverpflichtung jede Person, d.h. die Trainerinnen und Trainer bzw. andere anleitende Personen, aber auch die Sporttreibenden selbst. Die Testpflicht der Trainerinnen und Trainer im Rahmen des nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 4 zugelassenen Sports entfällt.

Trainerinnen bzw. Trainer oder andere anleitende Personen haben ihr Testergebnis sowie das Testergebnis der Sporttreibenden zu dokumentieren, damit es auf Anforderung der unteren Gesundheitsbehörde vorgelegt werden kann. Um die Kontaktnachverfolgung zu gewährleisten, haben die Trainerinnen und Trainer bzw. andere anleitende Personen einen Anwesenheitsnachweis nach § 1 Abs. 6 zu führen. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen in § 1 Absatz 6 verwiesen.

Zu § 9 Krankenhäuser, Pflege- und Behinderteneinrichtungen:

Die Regelungen des § 9 sind im Rahmen des § 28a Abs. 1 Nr.15 des Infektionsschutzgesetzes getroffen wurden.

(1) Absatz 1 stellt klar, dass die allgemeinen Hygieneregeln auch für die in § 9 genannten Einrichtungen gelten. Mit der Erweiterung auf Pflegeeinrichtungen nach § 71 Abs. 1 und

2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) werden auch die ambulanten Pflegedienste erfasst. Dies erfolgt vor allem im Hinblick darauf, dass auch die Beschäftigten der ambulanten Pflegedienste der Testpflicht unterliegen sollen. Die Einhaltung bzw. Abweichung von der Abstandsregelung hat die Einrichtung für den jeweiligen Einzelfall vor Ort unter Zugrundelegung der räumlichen Gegebenheiten zu entscheiden. Zudem sind bestimmte Besuche immer von der Verpflichtung zur Einhaltung der Abstandsregelung nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 ausgenommen. Dies betrifft zunächst Schwerkranke, insbesondere bei der Sterbebegleitung durch nahestehende Personen und Urkundspersonen. In Anbetracht der besonders schwierigen Lage tritt das Interesse an der strikten Einhaltung des Mindestabstands hier hinter das individuelle Interesse an einer möglichst persönlichen Begleitung zurück. Bei nahen Angehörigen gilt die Regelung zum Mindestabstand nicht. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass gerade die Patientinnen und Patienten bzw. Bewohnerinnen und Bewohner in den genannten Einrichtungen menschliche Nähe benötigen und auch erhalten sollen, mithin die Aufhebung der Sonderregelung an dieser Stelle nicht als Besuchsbeschränkung verstanden werden soll. Bei der Durchführung medizinischer oder therapeutischer Versorgungen kann ein Abstand von 1,5 Metern naturgemäß meist nicht eingehalten werden. Dies wird ausdrücklich berücksichtigt.

Als letzter Ausnahmetatbestand zur Unterschreitung des Mindestabstands wurde die Seelsorge aufgenommen. Hierbei handelt es sich um eine besonders vertrauliche Interaktion, die mit der strikten Einhaltung des Abstandsgebots nur schwer umsetzbar und deshalb von diesem ausgenommen ist.

(2) Pflege- und Behinderteneinrichtungen sind in besonderem Maße durch die Pandemie gefährdet, weil in diesen Einrichtungen ganz überwiegend Risikogruppen leben. Um den Eintrag von Infektionen in diesen sensiblen Bereich zu verhindern, sind daher regelmäßige Tests auch des Personals notwendig. Gleiches gilt für die Beschäftigten von ambulanten Pflegediensten, weil diese regelmäßig eine Vielzahl von pflegebedürftigen Menschen der vulnerablen Zielgruppe betreuen. Alle Beschäftigten dieser Einrichtungen haben sich daher mindestens zweimal wöchentlich einem Test zu unterziehen. Eine Testpflicht besteht nicht, wenn eine Ausnahme nach § 1 Abs. 4 vorliegt. Dabei ist auch das Personal von Leiharbeitsfirmen einzubeziehen. Das Risiko eines unbemerkten Eintrags von SARS-CoV-2-Infektionen durch das Personal steigt mit dem Infektionsgeschehen und den diffusen Ausbruchereignissen. Die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen begünstigen eine schnelle Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus trotz etablierter Hygiene- und Schutzkonzepte. In Abwägung des Infektionsschutzes zur bestehenden Belastung des Personals der Einrichtungen und der notwendigen Aufrechterhaltung der Versorgung bedeutet eine Testpflicht für Beschäftigte zweimal wöchentlich pro Person eine verstärkte Kontrolle und damit eine erhöhte Sicherheit. In Anbetracht der Gefahren für Leib und Leben, insbesondere der vulnerablen Personen, ist

eine Testpflicht angemessen. Die Einrichtungen können auf Grundlage der Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 (Corona-Testverordnung- TestV) des BMG vom 8. März 2021, die durch Artikel 1 der Verordnung vom 4. Mai 2021 (BAnz AT 04.05.2021 V1) geändert worden ist

(https://www.gesetze-im-internet.de/coronatestv_2021-03/TestV.pdf) ein einrichtungs- oder unternehmensbezogenes Testkonzept erstellen und die Kosten der PoC-Antigen-Tests wie folgt abrechnen:

- Pflegeeinrichtungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 gegenüber der Pflegeversicherung,
- Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung; die notwendigen, für die Testung anfallenden zusätzlichen Personalkosten bis zur Höhe von 6 Euro je Test werden vom Land erstattet.

Im Falle eines positiven Testergebnisses hat die Einrichtungsleitung umgehend das zuständige Gesundheitsamt zu informieren, um sich über das weitere Vorgehen abzustimmen. Absatz 2 legt die Organisation der erforderlichen Testungen in die Verantwortung der jeweiligen Einrichtungen. Die Einrichtungen, die auf der Grundlage eigener Testkonzepte die Beschäftigten mit einem Schnelltest testen, können über die negativen Testergebnisse eine Bescheinigung ausstellen, die als Nachweis i.S.v. § 1 Abs. 3 Satz 1 anzusehen ist. Die Bestätigung durch die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber kann dann in anderen Einrichtungen, Angeboten oder Betrieben als Nachweis vorgelegt werden.

(3) Die Erfahrungen zeigen, dass ein Ausbruchsgeschehen mit SARS-CoV-2 innerhalb einer Einrichtung schwer zu kontrollieren ist und viele Menschenleben gefährdet. Insbesondere in Pflegeeinrichtungen sind wiederholt Ausbruchsgeschehen mit schwerwiegenden Folgen für Leib und Leben sowie die Freiheit der Bewohnerinnen und Bewohner aufgetreten. In den vollstationären Einrichtungen ist sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern als auch den Beschäftigten jedoch bereits ganz überwiegend ein vollständiges Impfangebot gemacht worden. Die Anzahl der Ausbrüche in den Einrichtungen hat dadurch abgenommen. Deshalb ist es nunmehr möglich, die Besuchsregelung zu erweitern. Bei dem vorliegenden Infektionsgeschehen in Sachsen-Anhalt sind jedoch weiterhin Kontaktreduzierungen geboten, weil jeder Besuch von außen das potenzielle Risiko einer Infektionseintragung in die Einrichtung birgt. Bewohnerinnen und Bewohner können deshalb von zeitgleich fünf Personen aus höchstens zwei Hausständen Besuch erhalten. Bei der Ermittlung der Anzahl der Personen werden vollständig geimpfte und genesene Personen nicht berücksichtigt. Diese unterfallen als „ähnliche soziale Kontakte“ dem unmittelbaren Anwendungsbereich des § 8 der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung.

Zum Schutz dieser besonders vulnerablen Personengruppen stellt die Beschränkung des Zugangs weiterhin eine geeignete und erforderliche Schutzmaßnahme dar. Dadurch kann das Eintragen des Erregers in die Einrichtung vermeiden werden und so das Gesundheits-

system vor einer Überlastung geschützt werden. Zusätzlich wird das Erkrankungsrisiko des betreuenden und medizinischen Personals verringert und dadurch eine Weiterversorgung der zu betreuenden Personen sichergestellt. Dadurch tragen die Maßnahmen für die erfassten medizinischen Einrichtungen auch zur Aufrechterhaltung der Versorgungskapazitäten bei. Die Besuchsregelungen sind auch angemessen. Die Regelungen reduzieren die Gefahren für Leib und Leben der Besucher und gewährleisten immer noch soziale Kontakte. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass interne Veranstaltungen in den Einrichtungen nicht untersagt sind.

In den entsprechenden Einrichtungen gilt ferner, dass Besucherinnen und Besuchern nur Zutritt zu den Einrichtungen gewährt werden darf, wenn sie einen aktuellen negativen Coronatest (insbesondere Schnelltest) nachweisen können. Die Einrichtungen haben Tests vorzuhalten und die Testungen durchzuführen. Klarstellend wird durch diesen Zusatz deutlich gemacht, dass die Einrichtungen verpflichtet sind, die Besucherinnen und Besucher zu testen, insofern keine Ausnahme nach § 1 Abs. 5 vorliegt. Die Testung aller Besucherinnen und Besucher dient als Schutzmaßnahme einerseits dem Leib und Leben sowie der Freiheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Andererseits sichert die Testung den Bewohnerinnen und Bewohnern ein bestimmtes Maß an sozialen Kontakten zu und verhindert eine soziale Isolation. Die Einrichtungen können sowohl die Sachkosten für die Beschaffung der PoC-Antigen-Tests sowie die zusätzlich im Zusammenhang mit der Durchführung der PoC-Antigen-Testungen, insbesondere die anfallenden Personalkosten, entsprechend der o.a. Test-VO abrechnen.

Das Ergebnis des Tests hat die Einrichtung auf Verlangen der Getesteten oder des Getesteten schriftlich zu bestätigen. Die Bestätigung eines negativen Testergebnisses durch die testende Einrichtung können damit beispielweise Personen, die therapeutische, seelsorgerische oder medizinische Maßnahmen einschließlich Impfungen durchführen, in anderen Einrichtungen als Nachweis vorlegen. Die Bestätigung kann auch als Nachweis für Angebote, Einrichtungen oder körpernahe Dienstleistungen, die ein negatives Testergebnis fordern, verwendet werden. Das medizinische bzw. pflegerische Personal, das die Tests durchführt oder überwacht, kann eine besondere Gewähr dafür bieten, dass die Tests ordnungsgemäß durchgeführt werden.

Um eine Kontaktnachverfolgung zu gewährleisten, haben die Einrichtungen einen Anwesenheitsnachweis nach § 1 Abs. 6 zu führen. Besucher haben einen unbenutzten medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, der von der Einrichtung gestellt wird. Für das betreuende und medizinische Personal gelten die Ausführungen in der Begründung zu § 1 Abs. 4. Die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel enthält auch Hinweise darauf, dass entsprechend der Höhe des Infektionsrisikos, das sich aus der Gefährdungsbeurteilung ergibt, auch filtrierende Halbmasken (mindestens FFP2) als persönliche Schutzausrüstung erforderlich sein können.

Dies wird in Heimen mit positiv getesteten Personen regelmäßig der Fall sein. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen des Arbeitsschutzes auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gelten.

Im Rahmen von Besuchsregelungen sollten Besuche in Pflegeeinrichtungen zur Vermeidung von Infektionsgefahren unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Richtlinien und Empfehlungen des Robert Koch-Instituts und unter Berücksichtigung des Rechts der Bewohnerinnen und Bewohner auf Teilhabe und soziale Kontakte organisiert und durchgeführt werden.

(4) Es besteht die Möglichkeit der Einrichtungsleitung in Pflegeheimen im Benehmen mit dem Gesundheitsamt ein Besuchsverbot im Falle einer bestätigten COVID-19-Erkrankung zu verhängen. Die eingefügte ausdrückliche Erwähnung hat klarstellenden Charakter. Bisher wurde ein Betreten der in Absatz 1 genannten Einrichtungen für den Fall einer bestätigten COVID-19-Erkrankung ebenfalls durch die zuständigen Gesundheitsämter verhindert. Die betroffenen Personen sind ohnehin unter Quarantäne zu stellen und dadurch am Verlassen des Hauses gehindert.

Daneben wird der Einrichtungsleitung die Möglichkeit eingeräumt, ein Besuchsverbot für maximal drei Tage zu verhängen, wenn ein begründeter Verdachtsfall einer COVID-19-Infektion vorliegt. Ein begründeter Verdachtsfall einer Covid-19-Infektion liegt immer bei positiven Ergebnissen von Antigen-Tests, die noch einer Überprüfung durch den PCR-Test bedürfen, der Vornahme von PCR-Tests bis zum Vorliegen der Ergebnisse und bei unmittelbarem Kontakt mit einer auf SARS-CoV-2 positiv getesteten Person, vor.

Der Heimleitung wird hierdurch ermöglicht, flexibel auf das aktuelle Infektionsgeschehen zu reagieren und entsprechende Schutzmaßnahmen für die Bewohnerinnen und die Bewohner zu treffen. Die Erhöhung der Anzahl der Neuinfizierten kann so verringert und eine weitere Verbreitung des Coronavirus vermieden werden. Die Dauer des Besuchsverbots ist dabei auf maximal drei Tage zu beschränken, sodass die Beeinträchtigungen für die Bewohnerinnen und Bewohner möglichst gering gehalten werden.

(5) Es wird klargestellt, dass der Zutritt von Personen, welcher aus Gründen der Wahrnehmung der rechtlichen Betreuung oder hoheitlicher Aufgaben, der Seelsorge, der Rechtsberatung sowie aus therapeutischen oder medizinischen Zwecken erfolgt, insbesondere in Einrichtungen die ein Besuchsverbot nach Absatz 4 erlassen haben, stets erlaubt ist und auch bei einer bestätigten COVID-19-Infektion in der Einrichtung nicht eingeschränkt werden darf. Dieser wird dabei nicht als Besuch angerechnet, sodass es den Bewohnerinnen und Bewohnern in diesen Fällen trotzdem möglich ist, Besuch durch eine Person zu erhalten. Es gilt auch für diesen Personenkreis die Verpflichtung einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und einen PoC-Antigen-Test durchzuführen, sofern keine Ausnahme von den Verpflichtungen besteht.

(6) Aufgrund des derzeitigen Infektionsgeschehens ist in Absatz 6 festgelegt, dass den Leistungsberechtigten die Anwesenheit in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung und in den Tagesförderstätten vorübergehend freigestellt ist. Eine derartige Ausnahmeregelung ist erforderlich, da die Menschen mit Behinderung zu den besonders gefährdeten und daher besonders schützenswerten Personengruppen gehören können und schwere Krankheitsverläufe vermieden werden sollen. Die Vorlage eines ärztlichen Attestes für die Zeit der Abwesenheit ist nicht erforderlich. In diesem Zeitraum steht den Leistungsberechtigten der Anspruch auf Werkstattentgelt weiterhin zu, solange das arbeitnehmerähnliche Rechtsverhältnis zwischen Werkstattbeschäftigten und Werkstatt weiter besteht. Das Werkstattentgelt wird dabei in voller Höhe, d. h. Grundbetrag, Steigerungsbetrag und Arbeitsförderungsgeld gezahlt, sofern nicht in der jeweiligen Entgeltordnung eine Kürzung der Steigerungsbeträge bei freiwilliger Abwesenheit vorgesehen ist.

Zusätzlich wird den Betreibern dieser Einrichtungen empfohlen, im Rahmen ihrer Hygienekonzepte den in den Fördergruppen betreuten Menschen sowie den in der Werkstatt Beschäftigten im Benehmen mit den Werkstatträtern, Testangebote zu unterbreiten. Hierfür können auch die im Rahmen der Verfügbarkeit, vom Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte zugelassenen Selbsttests in Betracht gezogen werden. Durch eine Unterbreitung eines derartigen Testangebots kann zusätzlich sichergestellt werden, dass ein Eintrag und die Weiterverbreitung des SARS-CoV-2-Virus in den Einrichtungen mit besonders schutzbedürftigen Personengruppen verhindert wird.

Zu § 10 Psychiatrische und geriatrische Tageskliniken, heilpädagogische und interdisziplinäre Frühförderstellen, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, psychosomatische Rehabilitationskliniken, Tages- und Nachtpflege, Beratungsleistungen, Einrichtungen des Maßregelvollzugs und der forensischen Nachsorge:

Für Werkstätten, Tagesförderstätten und ambulante Leistungen für Menschen mit Behinderungen sind flächendeckend weiterhin keine Beschränkungen erforderlich und auch nicht verhältnismäßig. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Einschränkungen im Leistungsangebot für Menschen mit Behinderungen deren Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe stark einschränken. Ebenso können unterbliebene Leistungen der individuellen Förderung negative Auswirkungen für die persönliche Entwicklung der Leistungsberechtigten haben. Die Regelungen des § 10 erscheinen ausreichend, um in Werkstätten und Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen wichtige Hygieneregeln weiterhin zu implementieren. Sie stützen sich auf den § 28a Abs. 1 Nr. 15 des Infektionsschutzgesetzes.

(1) Der Schutz der Patientinnen und Patienten, der Untergebrachten, der Klientinnen und Klienten sowie der Beschäftigten bleibt vordringliches Ziel. Deshalb kann die Leistungserbringung der genannten Einrichtungen nur unter strikter Einhaltung der allgemeinen Hygienere-

geln nach § 1 Abs. 1 sowie unter Berücksichtigung der Vorerkrankungen der Patientinnen und Patienten im Hinblick auf einen möglicherweise schweren Verlauf von Covid-19 durchgeführt werden.

(2) Auch für Beratungsdienstleistungen wird in Absatz 2 klargestellt, dass auch diese unter Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln zu erbringen sind.

(3) Im Maßregelvollzug können neu aufgenommene Patientinnen und Patienten sowie Untergebrachte mit erkennbaren Symptomen einer COVID-19-Erkrankung oder jeglichen Erkältungssymptomen nach ärztlichem Ermessen in Quarantäne genommen werden.

Zu § 11 Gemeinschaftseinrichtungen nach §§ 33 Nrn. 1, 2, 3 und 5 des Infektionsschutzgesetzes:

Die Regelungen zu Gemeinschaftseinrichtungen beruhen auf § 28a Abs. 1 Nr. 16 des Infektionsschutzgesetzes.

(1) In Satz 1 werden die Gemeinschaftseinrichtungen definiert. Nach § 1 Abs. 1 gelten die allgemeinen Hygieneregeln auch für diese. In Satz 2 und 3 wird den Gemeinschaftseinrichtungen und den Heimen der Kinder- und Jugendhilfe die Unterschreitung des in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 geregelten Mindestabstands gestattet, soweit der Betrieb der Gemeinschaftseinrichtung oder die pädagogische Zielrichtung des Angebotes oder der Maßnahme dies erfordern. Die Differenzierung von Gemeinschaftseinrichtungen zu anderen Einrichtungen in Hinblick auf die Möglichkeit der Unterschreitung des Mindestabstands beruht auf ihrer besonderen Relevanz für die Gesellschaft. Gerade in Kindertageseinrichtungen und Schulen erfüllt der Staat den ihm obliegenden Bildungsauftrag für Kinder und Jugendliche. Deren Recht auf Bildung (Art. 7 GG) war gegen Infektionsschutzbelange als Ausfluss des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) abzuwägen.

(2) Zu den erforderlichen kontaktreduzierenden Maßnahmen gehört daher auch eine Beschränkung der Ausbreitung in besonders relevanten Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Kindertagespflegestellen wo Kinder und Betreuungspersonen auf engen Raum in Kontakt miteinander treten. Das Mittel der Einrichtungsschließung ist aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit kritischer Infrastrukturen durch Ausnahmen zur Notbetreuung zu flankieren. In Kindertageseinrichtungen kommt es zu zahlreichen Kontakten zwischen den Kindern und dem Betreuungspersonal. Nach bisherigen Erkenntnissen erkranken Kinder zwar nicht schwerer an COVID-19, sie können, wenn auch im geringeren Umfang als Erwachsene – ohne Symptome zu zeigen – Überträger des SARS-CoV-2 sein. Bei der Mutation des Coronavirus B.1.1.7 gibt es erste Erkenntnisse, dass diese sich bei Kindern leichter verbreiten kann. Kinder sind zugleich besonders schutzbedürftig. Dabei ist die Übertragungsgefahr bei Kindern besonders hoch, da kindliches Verhalten regelmäßig einen spontanen engen

körperlichen Kontakt der Kinder untereinander mit sich bringt. Das Einhalten disziplinierter Hygieneketten ist zudem abhängig vom Alter und der Möglichkeit zur Übernahme von (Eigen-) Verantwortung und bedarf daher bei Kindern noch einer entwicklungsangemessenen Unterstützung durch Erwachsene. Diese Unterstützung kann in Kindertageseinrichtungen mit einer Vielzahl an betreuten Kindern seitens der Betreuungspersonen nicht immer ununterbrochen sichergestellt werden. Damit steigt die Gefahr, dass sich Infektionen innerhalb der Gemeinschaftseinrichtungen verbreiten und diese nach Hause in die Familien getragen werden. Aus diesen Gründen ist nach Abwägung aller Umstände weiterhin eine allgemeingültige Anordnung erforderlich, um die Verbreitung der Infektion durch Kinder zu verhindern. Die Kindertageseinrichtungen sind für die Entwicklung der Kinder und deren Zukunft besonders bedeutsam. Aus diesem Grund können deshalb auch diese Einrichtungen vor dem Hintergrund des aktuellen Infektionsgeschehens wieder für den eingeschränkten Regelbetrieb öffnen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration kann von dieser Regelung abweichen.

(3) Schulen können öffnen. Gerade in den Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft erfüllt der Staat den ihm obliegenden Bildungsauftrag für Kinder und Jugendliche. Deren Recht auf Bildung aus Art. 25 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt war gegen Infektionsschutzbelange als Ausfluss des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art. 5 Absatz 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt abzuwägen. Das Recht auf Bildung rechtfertigt es, diese Einrichtungen zu einem früheren Zeitpunkt wieder zu öffnen als andere Einrichtungen. Zusätzlich fungiert die Schule gleichermaßen als Ort sozialer Kontakte für Kinder und Jugendliche. Das praktizierte Wechselmodell an den Schulen kann den staatlichen Bildungsauftrag nicht auf Dauer in der gleichen Qualität wie die reguläre Beschulung gewährleisten. Insbesondere in sozial schwachen oder weniger bildungsaffinen Familien besteht beim Fernunterricht die Gefahr, von der durchschnittlichen Lernentwicklung abgehängt zu werden. Hinzu kommt, dass die Eltern nicht in Schulen betreuter Kinder häufig nicht oder nur in deutlich geringerem Umfang ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Gerade bei Personen, deren Arbeitskraft bei der Bewältigung der Krisenfolgen sehr förderlich wäre, aber mangels Kinderbetreuung nicht zur Verfügung steht, wiegt dieser Umstand besonders schwer. Der Unterricht findet dabei als Präsenzunterricht unter Befreiung von der Präsenzplicht statt. Mit der Möglichkeit der Befreiung von der Präsenzplicht an den weiterführenden Schulen, können die Schülerinnen und Schüler dem Präsenzunterricht fernbleiben. Dieser Personengruppe konnte bisher noch kein Impfangebot unterbreitet werden. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler bzw. volljährige Schülerinnen und Schüler können dadurch entscheiden, ob sie dem Unterricht fernbleiben, beispielsweise wenn Personen in einem Haushalt leben, die ein besonders hohes Risiko für einen schweren Verlauf einer Covid-19-Erkrankung haben.

Das Ministerium für Bildung regelt das Nähere zur Ausgestaltung durch Erlass nach § 12 Abs. 3.

(4) Für den Schulen angegliederte Wohnheime und Mensen gelten die Regelungen für Schulen nach Absatz 3 Satz 2 entsprechend. Entscheidend ist, dass die geltenden Schulregelungen, insbesondere zur Gruppenbildung, auch bei der Unterbringung im Wohnheim und der Verpflegung in der Mensa eingehalten werden, um im Falle einer Corona-Infektion den Quarantänekreis bestimmbar und begrenzbare zu halten.

(5) Ferienlager müssen zur Durchsetzung der Kontaktreduzierung und zur Senkung der Infektionszahlen geschlossen bleiben. In Ferienlagern kommen regelmäßig Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Landesteilen und Bundesländern zusammen, so dass das Infektionsrisiko erhöht ist.

(6) Auf dem Schulgelände und innerhalb des Schulgebäudes besteht nach Absatz 6 überall dort, wo der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann, grundsätzlich die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 1. Für die genannten Personengruppen gilt die Verpflichtung auch während der Unterrichtszeiten. Unter den Begriff der Schulen fallen ferner alle Berufsschulen, weiterbildende Schulen und Träger der Erwachsenenbildung.

Eine Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in Schulen ist erforderlich um einen Anstieg des Infektionsgeschehens zu verhindern. Aufgrund der engen körperlichen Nähe und längeren Verweildauer besteht regelmäßig ein erhöhtes Infektionsrisiko. Zur Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrags ist es notwendig, derartige weitgehende Maßnahmen zu treffen, um den Ablauf des Regelbetriebs mit Präsenzunterricht fortlaufend zu ermöglichen. Dies geschieht unter Abwägung des Rechts auf Bildung aus Art. 7 GG gegen Infektionsschutzbelange als Ausfluss des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs. 2 GG. Der Hauptübertragungsweg von SARS-CoV-2 ist nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen feine Tröpfchen aus der Atemluft durch Husten, Niesen, Sprechen und Atmen. Das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung minimiert die Ausscheidung von Atemwegssekrettröpfchen, wodurch die Ausbreitung des Virus in der Bevölkerung durch infizierte Personen, insbesondere derer, die noch keine Symptome entwickelt haben, vermindert werden kann. Die Mund-Nasen-Bedeckung hat dabei vor allem den Zweck, andere Schülerinnen und Schüler, den Lehrkörper und weitere Personen vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 zu schützen.

Die in § 1 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 5 geregelten Ausnahmefälle bleiben weiterhin von dieser Vorschrift befreit. Ebenso gilt eine Ausnahme für alle Bereiche der Einrichtungen zu denen ausschließlich das pädagogische, administrative oder technische Personal Zutritt hat. In diesen Fällen besteht keine erhöhte Infektionsgefahr, da ein enger räumlicher Kontakt nicht besteht und die Hygiene- und Abstandregeln des § 1 Abs. 1 eingehalten werden können.

(7) Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit gilt die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 Satz 1 nicht für den in Absatz 7 genannten Personenkreis. Die Verhaltensweisen der Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 sind tendenziell denen von erwachsenen Personen ähnlicher, als denen von Kindern. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass sie gleichermaßen wie Erwachsene Träger von SARS-CoV-2 sein können und das Virus auf andere Personen übertragen können. Insbesondere der Bereich der Primarschulen zählt nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht zu den Haupttreibern der SARS-CoV-2-Pandemie. Es bleibt den Schülerinnen und Schülern der nicht von der Tragepflicht umfassten Jahrgangsstufen unbenommen freiwillig eine Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 Satz 1 innerhalb des Klassenverbandes im Unterricht zu tragen. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 Satz 1 nicht im Bereich des Schulsports, da dieser mit einer körperlichen Belastung für die Schülerinnen und Schüler verbunden ist.

Weitergehende Maßnahmen der zuständigen Gesundheitsbehörden, insbesondere bei hohen Inzidenzzahlen, sind jederzeit möglich. Dies gilt auch für die Regelung des Absatzes 7. Es ist für die unteren Gesundheitsbehörden ebenso möglich, über die im „Rahmenplan für die Hygienemaßnahmen, den Infektions- und Arbeitsschutz an Schulen im Land Sachsen-Anhalt während der Corona-Pandemie“ getroffenen Entscheidungen hinausgehende Maßnahmen anzuordnen.

(8) Den von der Trageverpflichtung des Absatz 6 umfassten Personen sollen ausreichend Pausen von der Tragezeit ermöglicht werden. Deshalb soll bei Pausen im Freien der Einhaltung des Mindestabstands Vorrang vor dem Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 Satz 1 eingeräumt werden.

(9) Nach Absatz 9 dürfen die Schülerinnen und Schüler sowie das Schulpersonal das Schulgelände grundsätzlich nur betreten, wenn sie sich zweimal in der Woche an den Schulen mittels Selbsttests testen. Zum Schulpersonal im Sinne der Verordnung gehören insbesondere:

- Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher an Landesschulen, pädagogische Fachkräfte, kirchliche Lehrkräfte aufgrund von Gestellungsverträgen, Studienreferendarinnen und Studienreferendare,
- Schül assistentinnen und Schül assistenten, Assistentinnen und Assistenten aus dem Programm PAD,
- Begleitpersonen bei Schülerbeförderung, Inklusionsbegleiter und Inklusionsbegleiterinnen, notwendige Sprach- und Integrationsmittlerinnen/-mittler, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am FSJ, Unterstützerinnen und Unterstützer aus dem Programm „Teach first“, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter,

- Hausmeisterinnen und Hausmeister, Schulsekretärinnen und Schulsekretäre, Schulverwaltungsassistentinnen und Schulverwaltungsassistenten, technische Assistentinnen und Assistenten.

Die Schulen organisieren die Selbsttests und stellen den zu testenden Personen die Selbsttests kostenfrei zur Verfügung. Die konkrete Ausgestaltung der Testung obliegt damit der jeweiligen Schule unter Berücksichtigung der Vorgaben in dieser Verordnung sowie der Erlasse des Ministeriums für Bildung. Es obliegt insbesondere der Schule zu bestimmen an welchen Tagen eine Testung der jeweiligen Personen stattfindet. Der Selbsttest muss vor Ort durchgeführt werden. Eine Testung vorab zu Hause oder die Vorlage einer qualifizierten Selbstauskunft ist nicht ausreichend. Ein Selbsttest muss dann nicht vor Ort durchgeführt werden, wenn eine Person einen Nachweis eines PCR-Tests oder Schnelltests, der zum Zeitpunkt der letzten von der Schule für diese Person angebotenen Testung nicht älter als 24 Stunden war, vorlegt und der jeweilige Test ein negatives Testergebnis aufweist. Das Ministerium für Bildung kann von der Durchführung des Selbsttests vor Ort für Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf abweichen. Ohne Testung mit negativem Testergebnis ist der Zutritt grundsätzlich zu versagen. Sofern der jeweiligen Schule keine hinreichende Anzahl von Selbsttest zur Verfügung stehen sollte, darf die Schule ohne vorherige Testung betreten werden. An den Schulen sollten gut sichtbar angebrachte Hinweise auf die Zutrittsregelung angebracht werden. Die Verpflichtung zur Durchführung eines Selbsttests oder die Vorlage einer Bescheinigung eines PCR-Tests oder Schnelltests besteht nicht in den Fällen, in denen eine Ausnahme nach § 1 Abs. 4 vorliegt. Mithin ist diesen Personen der Zutritt zum Schulgelände ohne Testung gestattet. Auf die Ausführungen zu den Ausnahmen von der Testpflicht in der Begründung zu § 1 Abs. 4 wird verwiesen.

Schulen sind derzeit vom Infektionsgeschehen besonders betroffen. Aufgrund einer Vielzahl an Personenkontakten sowie der räumlichen und übrigen Rahmenbedingungen im Schulbetrieb besteht eine erhöhte Gefahr, dass sich eine größere Gruppe mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 infiziert. Die durchgängige Umsetzung der Hygienekonzepte stellt besonders für jüngere Schulkinder eine besondere Herausforderung dar. Um einen möglichst kontinuierlichen Betrieb von Schulen gewährleisten zu können, erfordert die aktuelle Situation die Einführung einer Testpflicht an Schulen. Die Zutrittsregelung ist als Auflage für die Fortführung des Schulbetriebs nach § 28a Abs. 1 Nr. 16 des Infektionsschutzgesetzes eine geeignete Maßnahme, um den Eintrag des Virus in die Schulen zu verhindern, die Infektionsrisiken in den Schulen zu verringern und schließlich Neuinfektionen zu vermeiden. Durch die Zugangsregelung soll vermieden werden, dass nachweislich infizierte – asymptomatische – Personen am Schulunterricht teilnehmen und in der Schule andere Personen anstecken. Diese Auflage ist erforderlich. Ein gleich wirksames, aber weniger belastendes Mittel, um dieses Infektionsrisiko zu vermeiden, besteht nicht. Die Verpflichtung zum Tragen einer

Mund-Nasen-Bedeckung stellt keine gleich wirksame Maßnahme in diesem Sinne dar. Die Zugangsregelung und die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung unterscheiden sich in ihrer Wirkungsweise und ergänzen sich. Während durch die mit der Zutrittsregelung verbundenen Testung, zumindest Personen mit einer hohen Viruslast, der Kontakt zu anderen Personen in der Schule verhindert wird, werden durch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung ein Teil der Tröpfchenpartikel aufgefangen und das Risiko der Weiterverbreitung des Virus beim konsequenten Tragen dieses textilen Schutzes verringert. Das Betreten des Schulgeländes durch infizierte Personen kann durch das Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung hingegen nicht verhindert werden.

Schließlich ist die Zutrittsregelung auch angemessen. Einerseits werden die Grundrechte der Schüler und Schülerinnen sowie des Schulpersonals, insbesondere die allgemeine Handlungsfreiheit und das allgemeine Persönlichkeitsrecht, durch die Zutrittsregelung nur wenig beeinträchtigt. Das Schulgelände darf auch dann betreten werden, wenn vor Ort ein Selbsttest vorgenommen wird, der nicht mit Kosten für die getestete Person verbunden ist. Bei diesen Tests erfolgt ein Abstrich lediglich im vorderen Nasenbereich. Den zu testenden Personen steht es jedoch frei, einen Nachweis eines PCR-Tests oder Schnelltests, der nicht älter als 24 Stunden ist, mit negativem Testergebnis vorzulegen. Nach § 4a TestV sind auch sogenannte Bürgertestungen kostenfrei möglich. Andererseits erfüllt der Staat seine Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG in Verbindung mit Art 1. Abs. 1 GG, indem er Gesundheit und Leben der anwesenden Personen in den Schulen vor Neuinfektionen schützt und das Infektionsgeschehen eindämmt. In Anbetracht der mittlerweile leichteren Übertragbarkeit der Mutation des Coronavirus B.1.1.7, die nach derzeitigen Erkenntnissen auch bei Kindern und Jugendlichen besteht, ist der erweiterte Schutz durch die Zutrittsregelung besonders bedeutsam. Außerdem kann die Zugangsregelung dazu beitragen, den Präsenzunterricht aufgrund des – durch die Zugangsregelung – geringeren Infektionsrisikos zu ermöglichen bzw. Schließungen von Schulen zu vermeiden, wodurch das Recht auf Bildung der Schülerinnen und Schüler gestärkt wird.

Die Testergebnisse werden durch die Schulen dokumentiert. Die Dokumentation ist nach drei Wochen nach der jeweiligen Testung zu löschen oder zu vernichten. Hierdurch soll die Organisation der Zutrittsregelung ermöglicht und die gegebenenfalls notwendige Kontaktnachverfolgung der Gesundheitsämter gewährleistet werden.

Personen, bei denen ein positives Testergebnis vorliegt, haben das Schulgelände zu verlassen. Die Schulleitung hat, sofern nach einer Selbsttestung eine positiv getestete Person oder deren Personensorgeberechtigten keine PCR-Testung veranlassen, die zuständige Gesundheitsbehörde über das Testergebnis zu informieren.

Das Nähere zur Ausgestaltung der Zutrittsregelung, insbesondere Ausnahmen für die Teilnahme an schriftlichen Leistungsnachweisen und Prüfungen und zur Ausgestaltung der

Testpflicht für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf, wird durch das Ministerium für Bildung durch Erlass geregelt.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass Blutspendetermine in Schulen nicht von der Testverpflichtung nach Absatz 9 umfasst sind.

(10) Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler stattfinden dürfen. Jugendliche müssen im Sinne einer gelingenden Berufsorientierung die Möglichkeit bekommen, Unternehmen auch in praktischer Erfahrung kennenzulernen. Diese dienen der praktischen Orientierung und dazu, Unternehmen mit künftigen Fachkräften zusammenzuführen. In Beachtung der formulierten Prämissen sollen daher betriebliche Praktika sicher und auf freiwilliger Basis stattfinden können.

Zu § 12 Ermächtigung zum Erlass abweichender oder ergänzender Regelungen:

Die Ermächtigung der jeweiligen Ministerien beruht auf § 32 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes. In § 12 werden Ermächtigungen zum Erlass abweichender oder ergänzender Regelungen weitgehend zentral zusammengeführt, um die Systematik der Verordnung übersichtlicher zu gestalten und die Struktur durch Verzicht von Einzelregelungen zu straffen. Außerdem soll den zuständigen Fachministerien ermöglicht werden, für ihren jeweiligen Sachbereich spezielle und sachgerechte Regelungen zu erlassen.

Mit der Änderung in Absatz 1 wird klargestellt, dass es dem Justizressort auch möglich ist, für die Ausbildung und Prüfung der Anwältinnen und Anwälte der Justiz- und Justizvollzugsberufe spezielle und sachgerechte Regelungen zu erlassen. Diese sind zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Justiz ebenso notwendig.

In Absatz 3 wird klargestellt, dass auch im Bereich von Klassenarbeiten, Klausuren und zur Durchführung des Präsenzunterrichts, insbesondere der Aufhebung der Befreiung von der Präsenzplicht und des praktischen Unterrichts an berufsbildenden Schulen, abweichende Regelungen möglich sind, um den Bildungserfolg nicht zu gefährden. Aufgrund der bereits seit längerem andauernden Schulschließungen und dem Ausweichen auf Distanzunterricht werden ggf. Sonderregelungen zur Versetzung und zu den Abschlüssen erforderlich, die mit der Regelung ermöglicht werden. Dies gilt ebenso für Sonderregelungen zu Prüfungen einschließlich Regelungen zur Durchführung von Zwischen- und Abschlussprüfungen für die zuständigen Fachressorts. In Absatz 4 wird der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur ermächtigt, abweichende Regelungen, insbesondere zur Ausgestaltung des Betriebs der Kultureinrichtungen unter Pandemiebedingungen zu regeln.

Der Kulturbereich ist ebenso wie die Rechtspflege und die Wissenschaft verfassungsrechtlich besonders geschützt ist. Dieser Schutz gilt – wie in § 28a des ISG näher ausgeführt ist – gleichermaßen für den Werk- und den Wirkbereich. Die Untersagung und Beschränkung des Betriebs von Kultureinrichtungen oder von Kulturveranstaltungen sind insbesondere grund-

rechtsrelevant mit Blick auf die Kunstfreiheit nach Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, der die künstlerische Betätigung selbst (Werkbereich), aber auch die Darbietung und Verbreitung des Kunstwerks (Wirkbereich) umfasst und damit auf Seiten der Veranstalter wie auch der Künstlerinnen und Künstler selbst wirksam wird. Bei Untersagungen oder Beschränkungen im Bereich der Kultur muss der Bedeutung der Kunstfreiheit ausreichend Rechnung getragen werden. Beschränkungen insbesondere des Wirkbereichs können in einer volatilen Pandemielage mit dem Ziel einer Reduzierung von Infektionszahlen erforderlich sein, um den Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit angemessen gewährleisten zu können. Theater, Museen, Bibliotheken, Konzerthäuser, Kinos u.a. sind mehr als reine Vergnügungsorte, es sind die Orte, an denen Kunst, die nach der Verfassung unter besonderem Schutz steht, präsentiert wird.

Mit der Wiedereröffnung der ersten Kultureinrichtungen besteht auch für den Kulturbereich Anlass, im Anschluss an die in § 12 bereits bestehenden Regelungen für die anderen Ressorts und ihre Geschäftsbereiche auch für die Kultur nähere Bestimmungen treffen zu können. In Absatz 5 wird klargestellt, dass Näheres zur Ausgestaltung des Betriebs von Einrichtungen insbesondere auch notwendige Vorbereitung von Zwischen- und Abschlussprüfungen der Kammern und anderer überbetrieblicher Bildungsstätten umfassen und hierfür Sonderregelungen festgelegt werden können. In den Kammern und überbetrieblichen Bildungsstätten werden u.a. Aus- und Weiterbildungskurse durchgeführt, mit denen die Teilnehmenden an demnächst stattfindenden Prüfungen zur Erlangung formeller Bildungsabschlüsse herangeführt werden (Gesellenprüfungen, Meisterprüfungen, Techniker). Dabei handelt es sich um Maßnahmen die Voraussetzung für die Prüfungszulassung sind. Eine Verschiebung dieser notwendigen Kurse würde das Risiko bergen, dass nicht alle Voraussetzungen für die bereits anberaumten Prüfungen rechtzeitig erworben werden können und sich die Ausbildungszeiträume aus diesem Grund in einem nicht hinnehmbarem Umfang verlängern würden. Daher können unter engen Voraussetzungen (z. B. kleine Gruppen, Wechsel- und Hybridunterricht) durch die zuständigen Ministerien Ausnahme geregelt werden. Um auch kurzfristig auf das dynamische Infektionsgeschehen reagieren zu können, kann das zuständige Ministerium Regelungen zur Betreuung in Kindertageseinrichtungen erlassen.

Zu § 13 Weitere Öffnungsschritte:

§ 13 regelt die kontrollierten und stufenweisen Öffnungsschritte der Landesregierung perspektivisch für die Zukunft. Ziel dieser vorgenommenen Öffnungsschritte ist es, bei sinkenden Inzidenzen den Bürgerinnen und Bürgern in ihren vielfältigen Lebensbereichen sowie allen Branchen Perspektiven zu eröffnen ohne dabei die epidemiologische Lage aus dem Blick zu verlieren und den Erfolg des Impffortschritts zu gefährden. Die Öffnungsschritte gelten dabei für den jeweiligen Landkreis oder die jeweilige kreisfreie Stadt. Grundlage der Öff-

nungsschritte ist unter anderem der Beschluss der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer vom 3. März 2021 (MPK-Beschluss). Mit diesem wurde bereits ein erstes gemeinschaftliches Konzept ausgearbeitet, welches Öffnungsschritte in den verschiedenen Lebensbereichen vorsah, die jeweils von einem stabilen Infektionsgeschehen abhängig gemacht werden. Die Landesregierung kann sich bei einer Öffnungsstrategie grundsätzlich für ein stufenweises Vorgehen entscheiden, um im Rahmen einer engmaschigen Kontrolle zu beobachten, wie sich einzelne Öffnungsschritte auf das Infektionsgeschehen auswirken. Mit einem solchen gestuften Öffnungskonzept für weitere Lockerungsschritte bei klar definierten stabilen Inzidenzen unter 50 bzw. unter 35 kommt die Landesregierung ihrer Verpflichtung nach, als Verordnungsgeber fortwährend die Verhältnismäßigkeit der getroffenen Maßnahmen zu überprüfen. Angesichts der vorgesehenen Öffnungsschritte ist es gleichzeitig erforderlich, das pandemische Geschehen im Blick zu behalten und sowohl die Öffnungen als auch die bestehenden Einschränkungen kontinuierlich auf Anpassungsbedarfe und Optimierungsmöglichkeiten zu überprüfen, um dem verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung zu tragen. Die Beobachtung des Infektionsgeschehens in den kommenden Wochen ist unabdingbar, da aufgrund der stufenweisen Öffnung der bislang geschlossen zu haltenden Einrichtungen mit einer verstärkten Mobilität in der Bevölkerung zu rechnen ist. Verständlicherweise besteht der Bedarf, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die aufgrund der Schutzmaßnahmen in den vergangenen Monaten untersagt waren.

Maßgeblich kommt es für die Öffnung im Rahmen des § 13 auf die Sieben-Tage-Inzidenz an. Hierbei handelt es sich um ein Kriterium, welches klar und trennscharf ist. Bei der Entscheidung, lokale Öffnungsschritte zu ermöglichen hat die Landesregierung jedoch auch die weiteren Kriterien, wie die Auslastung des Gesundheitssystems berücksichtigt. Durch die kurze Geltungsdauer der Verordnung konnten aufgrund der positiven Entwicklung der epidemiologischen Lage weitere Öffnungsschritte und damit eine Reduzierung der Eingriffsintensität erfolgen. Sofern die Regelung des § 8 COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung direkt gilt oder in dieser Verordnung ausdrücklich vorgesehen ist, dass vollständig geimpfte und genesene Personen nicht berücksichtigt werden, bleiben diese bei der maximalen Personenanzahl unberücksichtigt.

(1) Absatz 1 ermöglicht den Landkreisen und kreisfreien Städten, sofern die Sieben-Tage-Inzidenz lokal über einen Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Tagen unter dem Schwellenwert von 50 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner liegt, bestimmte Angebote oder Einrichtungen für den Publikumsverkehr zu öffnen. Das Unterschreiten des Schwellenwerts von 50 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner ist ein maßgeblicher Orientierungswert für Lockerungen nach dem Infektionsschutzgesetz, da in diesem Fall eine Kontaktnachverfolgung regelmäßig ermöglicht werden kann. Vor dem Hintergrund der bundesweit, aber auch insbeson-

dere in Sachsen-Anhalt sinkenden Anzahl an Neuinfektionen erscheinen die Öffnungsschritte des Absatzes 1 verhältnismäßig. Insbesondere die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes, die Einhaltung der maximalen Personen- und Zugangsbeschränkungen und die Vorlage eines negativen Testergebnisses bieten einen zusätzlichen Schutz vor Infektionen, sodass eine Weiterverbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 verhindert werden kann. Bei den vorgesehenen Öffnungsschritten hat die Landesregierung insbesondere Branchen und Einrichtungen berücksichtigt, die bereits seit längerer Zeit geschlossen oder in ihrem Betrieb stark eingeschränkt sind. Darüber hinaus sind bei der Planung und Abwägung der Öffnungsschritte einerseits die gesellschaftlichen Belange der Bevölkerung andererseits die wirtschaftlichen Interessen der Betriebe miteingeflossen, sodass neben der Erweiterung des Personenkreises bei privaten Zusammenkünften oder besuchen in Pflegeeinrichtungen auch die Öffnung weiterer Kultur- und Freizeiteinrichtungen möglich ist. Beispielsweise professionell Messen und Ausstellungen, Spezialmärkte, Planetarien und Sternwarten, Tanzlustbarkeiten oder Stadt- bzw. Naturführungen dürfen unter Auflagen öffnen. Professionell organisierte Veranstaltungen sind bei Unterschreiten einer Inzidenz von 50 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner sowohl in geschlossenen Räumen als auch im Freien mit nunmehr 50 Teilnehmern gestattet. Gleichmaßen ist den bereits geöffneten Literaturhäusern, Theatern (einschließlich Musiktheater), Kinos, Konzerthäusern- und Veranstaltungsorten eine Erhöhung der Teilnehmerzahl auf 200 Besucher in geschlossenen Räumen und 300 Besucher im Freien erlaubt, sofern zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten wird. Dies wird bei festen Sitzplätzen dadurch gewährleistet, dass die Besetzung mit je einem freien Sitz rechts und links sowie reihenweise versetzt freien Plätzen (Schachbrettmuster) erfolgt. Soziokulturelle Zentren, Bürgerhäuser und Angebote der Mehrgenerationenhäuser können bis zu einer Gruppengröße von höchstens 10 für den Publikumsverkehr öffnen. Auch Prostitutionsstätten, Prostitutionsfahrzeuge und die Prostitutionsvermittlung dürfen betrieben werden. Zuletzt sind beim Sportbetrieb von Berufssportlerinnen und Berufssportlern sowie beim Sportbetrieb von Kaderathletinnen und Kaderathleten im Freien höchstens 100 Personen, in geschlossenen Räumen höchstens 50 Personen zugelassen. Grundsätzlich gilt für alle Angebote und Einrichtungen die Verpflichtung die allgemeinen Hygieneregeln und Zugangsbeschränkungen einzuhalten, einen Anwesenheitsnachweis im Sinne des § 1 Abs. 6 zu führen sowie die Vorlage eines negativen Testergebnisses oder eines negativen Selbsttest, sofern in der entsprechenden Nummer nicht ausdrücklich eine Ausnahme vorgesehen ist. Die Testverpflichtung besteht ausdrücklich nicht bei privaten Zusammenkünften und in den Kindertageseinrichtungen. Die gastronomische Versorgung in den oben genannten Einrichtungen und bei Veranstaltungen ist zulässig. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 6 verwiesen.

(2) Absatz 2 ermöglicht den Landkreisen und kreisfreien Städten, sofern die Sieben-Tage-Inzidenz lokal über einen Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Tagen unter dem Schwellenwert von 35 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner liegt, weitere Angebote oder Einrichtungen für den Publikumsverkehr zu öffnen sowie die Teilnehmerzahl der bereits geöffneten Angebote zu erhöhen. Die durch die Landesregierung zu treffenden Schutzmaßnahmen orientieren sich an den Grundsätzen der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit um einen fairen Ausgleich zwischen dem Allgemeininteresse des Infektionsschutzes einerseits und dem Recht der Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheitsrechte uneingeschränkt wahrnehmen zu können andererseits, sodass bei einer landesweit sinkenden Anzahl an Neuinfektionen unter 35 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner breitflächig angelegte Öffnungsschritte erfolgen können. Dies ergibt sich auch aus § 28a Abs. 3 Satz 6 des Infektionsschutzgesetzes, wonach bei der Unterschreitung eines Schwellenwertes von 35 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen Schutzmaßnahmen, die die Kontrolle des Infektionsgeschehens unterstützen, zu treffen sind. Unterhalb einer Inzidenz von 35 Neuinfektionen können weitere Einschränkungen wegfallen, so dass eine größere ökonomische und soziale Entfaltung und Normalisierung des öffentlichen Lebens möglich wird. Diese sind allerdings gleichwohl notwendig, um dem Infektionsgeschehen möglichst effektiv entgegenzutreten bzw. zumindest eine Erhöhung der Anzahl an Neuinfektionen zu vermeiden. Aus der Gesetzesbegründung zum Infektionsschutzgesetz ergibt sich, dass einfache Maßnahmen, die nicht näher definiert sind, zwingend erforderlich sind. Zusätzlich können nach § 28a Abs. 3 Satz 11 Infektionsschutzgesetz bei Unterschreitung eines Schwellenwertes die Maßnahmen aufrechterhalten bleiben. § 28a Abs. 3 Satz 1 Infektionsschutzgesetz lässt auch absehbare Änderungen des Infektionsgeschehens durch ansteckendere, das Gesundheitssystem stärker belastende Virusvarianten nicht unberücksichtigt. Obwohl es sich bei der Unterschreitung des Schwellenwertes von 35 um die Stufe mit der niedrigsten Inzidenz handelt, ist dies nicht gleichbedeutend mit der Aufhebung aller Schutzmaßnahmen. Vielmehr bedeutet dies, dass das jeweilige Gesamtkonzept von Schutzmaßnahmen schwerpunktmäßig nicht auf Untersagungen oder Verbote setzt, sondern im Wesentlichen die weniger eingriffsintensiven Beschränkungen oder Auflagen vorsieht. Zusätzlich können bei Unterschreitung eines Schwellenwertes die in Bezug auf den jeweiligen unterschrittenen Schwellenwert genannten Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Umfangs als auch ihre Dauer solange aufrechterhalten werden, wie dies zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS CoV-2 erforderlich ist. Um nach den Lockerungen einen erneuten Anstieg der Neuinfektionen zu vermeiden, ist demnach die Öffnung der Bereiche mit Auflagen, wie der Einhaltung von Zugangsbeschränkungen oder der Durchführung einer Testung im Sinne des § 1 Abs. 3 zur Vermeidung von Neuinfektionen, verbunden.

Unter den in Absatz 2 genannten Voraussetzungen ist unter anderem der Aufenthalt im öffentlichen Raum und private Zusammenkünfte mit höchstens zehn weiteren Personen zulässig. Die Personen des eigenen Hausstandes sind dabei mitzuzählen. Das bedeutet, dass es einem Hausstand bestehend aus vier Personen (Eltern und zwei Kindern über 14 Jahre) möglich ist, sechs weitere Personen zu treffen. Kinder unter 14 Jahren bleiben bei der Personenzahl unberücksichtigt, hierzu gelten die Ausführungen in § 2 Abs. 1 und Abs. 6. Professionell organisierte Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen etc. sowie die Öffnung von Kultureinrichtungen und soziokulturellen Zentren und Mehrgenerationenhäusern sind nunmehr mit einer erhöhten Teilnehmerzahl in geschlossenen Räumen und im Freien gestattet. Dies gilt gleichermaßen für professionell organisierte Sportveranstaltungen. Darunter sind auch alle von Vereinen organisierten Sportveranstaltungen zu verstehen. Außerdem sind wieder Konzerte oder Proben von Gesangsgruppen, Chören, Orchestern und Musikgruppen im Freien und in geschlossenen Räumen möglich. Bei Konzerten oder Proben von Gesangsgruppen und Chören ist der nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 erforderliche Mindestabstand von zwei Metern einzuhalten. Aufgrund des niedrigeren Infektionsrisikos gilt dies nicht für Proben von Orchestern und Musikgruppen im Freien und in geschlossenen Räumen, sodass diesbezüglich die allgemeinen Abstandsregeln in § 1 Abs. 1 Anwendung finden. Der gemeinschaftliche Gesang ist im Freien und in hinreichend großen geschlossenen Räumen (z. B. Gemeindehäuser oder Säle) gestattet. Sofern die Orchester durch Gesang begleitet werden, ist ein Mindestabstand von 2 Metern zu den Singenden einzuhalten.

Der von Vereinen und Tanzschulen etc. angebotene Unterricht im Paartanz kann mit fünf Paaren und einer Trainerinnen bzw. einem Trainer, soweit der Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen den Tanzpaaren sichergestellt wird, sowie in größeren Räumen unter Einhaltung der Personenbegrenzung von einer Person je 20 angefangene Quadratmeter, durchgeführt werden.

Bei den Trauungs-, Trauer- und Bestattungszereemonien ist fortan der Teilnehmerkreis nicht mehr ausdrücklich vorgegeben, sondern als Orientierungspunkt gilt die zulässige Personenanzahl von 50 Personen.

In zoologischen und botanischen Gärten sowie Tierparks ist die Öffnung von Streichelgehegen sowie Tierhäusern oder anderen Gebäuden gestattet. Eine Testpflicht nach § 1 Abs. 3 besteht nicht generell bei Zutritt des Zoos, sondern ausschließlich vor Betreten der Tierhäuser u.a. Angebote. Der Zoo an sich kann nach wie vor ohne eine Testung betreten werden. Die Organisation der Testverpflichtung vor Ort ist durch die Einrichtung selbst sicherzustellen und kann beispielsweise durch verschiedenfarbige Bändchen etc. gewährleistet werden.

Der Betrieb von Saunen ohne Aufgüsse ist erlaubt. Auf das Wedeln in der Sauna sollte zudem verzichtet werden.

Die in Nummer 11 genannten privaten und öffentlichen Bildungseinrichtungen dürfen ihre Angebote ohne Beschränkung der Gruppengröße anbieten, sofern die Besucherinnen und Besucher ein negatives Testergebnis vorlegen oder durchführen. Wahlweise ist es in § 4 Abs. 4 Nr. 8 genannten Einrichtungen weiterhin gestattet, ohne Testung für den Publikumsverkehr zu öffnen. In diesem Fall gilt allerdings nach wie vor die maximale Teilnehmerzahl von 10 Personen zuzüglich der Lehrkraft.

Zu Freibädern darf der Zutritt auch ohne Testung gewährt werden. Sofern ausschließlich die Außenbereiche von Heilbädern oder anderen Badeanstalten geöffnet werden, findet die Regelung auch für diese Anwendung.

Reisebusreisen, Stadtrundfahrten sowie vergleichbare touristische Angebote dürfen fortan wieder durchgeführt werden, wenn sichergestellt ist, dass vor dem erstmaligen Zutritt zum Fahrzeug und dann regelmäßig alle 48 Stunden eine Bescheinigung über ein negatives Testergebnis vorgelegt oder ein Selbsttest vor Ort durchgeführt wird.

Weitere Erleichterungen finden sich im Sportbereich, im Rehabilitationssport, in Freizeitparks, in Spaß- und Freizeitbädern, in den Ladengeschäften und in der Gastronomie.

Der Betrieb von Ferienlagern ist zulässig. Beim Betrieb von Ferienlagern darf vom Abstandsgebot abgewichen werden; dies umfasst auch die dafür genutzten Beherbergungs- und Sportstätten. Ergänzende Empfehlungen werden durch das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium ergehen, um den Betreibern von Ferienlagern eine Hilfestellung zu geben. Zusätzlich können auch Ferienfreizeiten außerhalb von klassischen Ferienlagern durchgeführt werden. Voraussetzung für die Öffnung der genannten Angebote sind die Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln und Zugangsbeschränkungen, das Führen eines Anwesenheitsnachweises sowie die Vorlage eines negativen Testergebnisses oder eines negativen Selbsttest. Ergänzend zu den Hygieneregeln und Zugangsbegrenzungen steht mit der Testung ein weiteres wichtiges Instrument zur Begleitung einer möglichst sicheren Öffnung zur Verfügung. Die Testverpflichtung gilt für alle Einrichtungen oder Angebote, sofern in der jeweiligen Vorschrift nichts Gegenteiliges geregelt ist. Demnach besteht diese ausschließlich nicht für private Zusammenkünfte, den Besuch von Streichelgehegen in Tierparks, die in § 4 Abs. 4 Nr. 8 genannten Bildungseinrichtungen, sofern eine Gruppengröße von zehn Personen zuzüglich Lehrkraft nicht überschritten wird, den Zutritt zu Freibädern, den Zutritt zum Außenbereich von Gaststätten und den Verzehr im Umkreis des Abgabeorts sowie in den Ladengeschäften. Die gastronomische Versorgung in den oben genannten Einrichtungen und bei Veranstaltungen ist zulässig. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 6 verwiesen.

(3) Absatz 3 legt fest, dass die Lockerungen in Absatz 1 und Absatz 2 nicht mehr gelten, wenn die Sieben-Tage-Inzidenz in dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt an drei aufeinander folgenden Tagen den jeweils festgelegten Schwellenwert überschreitet. Sie treten

dann am Tag nach der Bekanntmachung durch den Landkreis oder die kreisfreie Stadt außer Kraft. Sofern der jeweils festgelegte Schwellenwert von 50 bzw. 35 Neuinfektionen bereits an einem Tag überschritten wurde, beginnt die Zählung erneut und der Schwellenwert muss wieder an fünf aufeinanderfolgenden Tagen unterschritten werden. Die Lockerungen gelten dann bereits nicht mehr.

(4) Die jeweiligen Rechtswirkungen der Absätze 1 bis 3 treten am nächsten Tag nach der ortsüblichen Bekanntmachung durch den Landkreis oder die kreisfreie Stadt ein. Die Fristen gemäß Absatz 1 bis 4 können auch vor Inkrafttreten dieser Verordnung beginnen.

Zu § 14 Verordnungsermächtigung:

(1) Die Landesregierung kann die ihr obliegende Ermächtigung, Rechtsverordnungen zu erlassen, gemäß Art. 80 Abs. 1 S. 4 GG i. V. m. § 32 des Infektionsschutzgesetzes auf andere Stellen übertragen. In der Ermächtigungsnorm ist somit nach Artikel 80 Abs. 1 S. 4 GG vorgesehen, dass Ermächtigungen durch Rechtsverordnung weiter übertragen werden können (sog. Subdelegation). Durch die Subdelegation werden in § 14 daher die Landkreise und kreisfreien Städte durch die Landesregierung ermächtigt, abstrakt-generelle Regelungen durch Rechtsverordnungen zu treffen, um auf das jeweilige regionale Infektionsgeschehen reagieren und die Schutzmaßnahmen entsprechend anpassen zu können. Die Verordnungen sind dabei für einen Bezirk oder Teile des Bezirks der Gebietskörperschaft zu treffen. Der Begriff „Bezirk“ wird in Anlehnung an § 94 Abs. 1 SOG LSA und § 28a Abs. 3 des Infektionsschutzgesetzes verwendet. Die Rechtsverordnungen können dadurch für das gesamte Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt, für Gemeinden oder nur für Gemeindeteile getroffen werden. Dies ist erforderlich, da das Infektionsgeschehen regionale Unterschiede aufweisen kann. Die Organzuständigkeit für die Erledigung der Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches obliegt dem jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten (Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder Landrätin bzw. Landrat), sodass dieser die Rechtsverordnungen erlassen kann.

Die Landkreise und kreisfreien Städte können weitergehende Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie durch Rechtsverordnung erlassen. Die Schutzmaßnahmen sind entsprechend § 28a Abs. 3 des Infektionsschutzgesetzes an dem Schutz von Leben und Gesundheit und der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems auszurichten. Die Möglichkeiten zur Eindämmung hängt dabei nicht nur von der Inzidenz ab. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit ist ein gestuftes Vorgehen geboten, das sich an der aktuellen regionalen epidemiologischen Lage orientiert. Maßgebliche Beurteilungskriterien sind unter anderem der R-Wert, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems, insbesondere die Belegung der Intensivbetten, oder die Art und Verbreitung von als besorgniserregend eingestuftem Virusvarianten des Coronavirus. Davon unberührt bleibt den Landkreisen und kreisfreien Städten die

Möglichkeit, Anordnungen im Einzelfall durch Allgemeinverfügungen zu erlassen, die einen bestimmten – klar abgrenzbaren – Adressatenkreis betreffen. Dazu zählen beispielsweise die Beschäftigten bestimmter Betriebe (z. B. Fleischverarbeitungsbetriebe), bei denen es aufgrund der örtlichen Gegebenheiten vermehrt zu Infektionsausbrüchen kommt. Unberührt von § 14 bleiben landeseinheitliche Maßnahmen bei landesweit übergreifenden oder gleich gelagerten Infektionsgeschehen. Für die Rate der Neuinfektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 je 100 000 Einwohner ist die Veröffentlichung des Robert Koch-Instituts auf der Internetseite <https://www.rki.de/inzidenzen> maßgeblich.

(2) Die Landkreise und kreisfreien Städte werden nach Absatz 2 zusätzlich ausdrücklich dazu ermächtigt, an Orten mit großer touristischer Anziehungskraft, durch Rechtsverordnung, ein Betretungsverbot für Gemeinden, Gemeindeteile oder bestimmte öffentlich zugängliche Orte zu erlassen. Unter den Begriff der „öffentlich zugänglichen Orte“ fallen insbesondere Skipisten, Rodelhänge, Wanderwege, Aussichtspunkte, Parkplätze und Zufahrtsstraßen, enge Gassen oder Marktplätze. Die derzeitige epidemiologische Lage und die schweren bzw. tödlichen Krankheitsverläufe erfordern derartige Maßnahmen, um eine weitere Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus zu verhindern. Mit der Gefahr von Menschenansammlungen an beliebten Ausflugszielen geht eine erhebliche Infektionsgefahr einher, wobei die Nachverfolgbarkeit der Infektionsketten aufgrund der unterschiedlichen und nicht bekannten Personengruppen faktisch nicht gewährleistet werden könnte. Um diesen Ansammlungen präventiv entgegenzutreten zu können, werden die Landkreise und kreisfreien Städte daher für Gemeinden, Gemeindeteile oder bestimmte öffentlich zugängliche Orte ermächtigt, ein Betreten zu untersagen. Die Festlegung muss sich dabei auf bestimmte konkret zu benennende Orte beziehen, die nach Erfahrung der Kommunen auf Grund ihrer Anziehungskraft größere Menschenansammlungen erwarten lassen. Die Regelung ist eine weitere Möglichkeit zur Einschränkung tagestouristischer Reisen. Dabei ist es nicht ausschlaggebend, welche Inzidenz im verordnenden Landkreis vorherrscht und woher die Touristen kommen, die sich an den Orten ansammeln.

Zu § 15 Modellprojekte:

Diese Regelung trägt den Absprachen Rechnung, die die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder getroffen haben. Die am 3. März 2021 vereinbarte Öffnungsstrategie legt einen besonderen Schwerpunkt auf digitale Plattformen als Mittel, um die zuständigen Behörden zu entlasten sowie Kontakte infizierter Personen effektiv und schnell zu identifizieren. Im Rahmen von zeitlich befristeten Modellprojekten ist vorgesehen, dass in einigen ausgewählten Regionen, mit strengen Schutzmaßnahmen und einem Testkonzept einzelne Bereiche des öffentlichen Lebens öffnen können, um die Umsetzbarkeit von Öffnungsschritten unter Nutzung eines konsequenten Testregimes zu untersu-

chen. Je besser der direkte Datenaustausch zwischen den Behörden einerseits und möglichen Kontaktpersonen sowie von Geschäften und Einrichtungen andererseits, desto schneller können Infektionscluster und Infektionsketten über viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hinweg erkannt und eingedämmt werden.

(1) Die Regelung des Absatzes 1 ermöglicht dem zuständigen Ministerium, auf Antrag der Landkreise und kreisfreien Städte über die Beschränkungen der Verordnung hinaus die Öffnung von Veranstaltungen, Einrichtungen oder Angeboten als Modellprojekt zu genehmigen. Weil es sich um Modellprojekte handelt, ist das Öffnen nur zeitlich befristet zu genehmigen. Aus Absatz 3 folgt, dass eine Genehmigung ausgeschlossen ist, wenn im Zeitpunkt der Genehmigung die Rate der Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 in den vorangegangenen sieben Tagen kumulativ den Wert von 100 je 100 000 Einwohner überschreitet. Das Genehmigungsverfahren ist ein Verwaltungsverfahren. Genehmigungsbehörde ist das Ministerium, das nach dem Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche für die jeweilige Veranstaltung, Einrichtung oder das jeweilige Angebot zuständig ist. Für Modellprojekte, die beispielsweise im Bereich des Amateurfußballs die Teilnahme von Zuschauern ermöglichen wollen, ist das Ministerium für Inneres und Sport zuständig. Modellprojekte, die den Besuch von Konzertveranstaltungen ermöglichen wollen, müssen von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur genehmigt werden. Für Modellprojekte in den Bereichen Handel, Gastronomie und Beherbergung ist das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung zuständig. Modellprojekte von Volkshochschulen im Bereich der Erwachsenenbildung sind vom Ministerium für Bildung zu genehmigen. Für Modellprojekte mit Kindern und Jugendlichen wie das Durchführen eines Kinder- und Jugendzirkusses ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration zuständig. Bei der Entscheidung über den Antrag sind die epidemiologische Lage, die infektionshygienischen Bewertung der unteren Gesundheitsbehörde, die Auslastung des Gesundheitssystems sowie der mögliche Erkenntnisgewinn zu berücksichtigen.

In der beizufügenden infektionshygienischen Bewertung sind mit Blick auf die in Absatz 2 beschriebenen Ziele und Anforderungen auch die Sicherheits- und Schutzmaßnahmen, das Testkonzept und das Verfahren zur Nachverfolgung von Kontaktpersonen, die dem Modellprojekt zugrunde liegen, zu bewerten. Zudem soll sie mögliche Auswirkungen des Modellprojekts auf die Dynamik des Infektionsgeschehens beleuchten.

(2) In Absatz 2 sind die Ziele und Zwecke des Modellprojekts sowie die notwendigen Inhalte beschrieben. Ein Modellprojekt im Sinne dieser Vorschrift erfordert, dass auch Untersuchungen des Infektionsgeschehens erfolgen, um als Mehrwert neue Erkenntnisse bzgl. Öffnungsstrategien zu erlangen. Die Genehmigung einer Öffnung allein aufgrund eines niedrigen Inzidenzwertes scheidet aus. Erprobt werden können auch Testkonzepte und digitale Systeme,

die die Kontaktnachverfolgung für die zuständigen Behörden ermöglichen bzw. verbessern. Je besser der direkte Datenaustausch zwischen den Behörden einerseits und möglichen Kontaktpersonen sowie von Geschäften und Einrichtungen andererseits, desto schneller können Infektionscluster und Infektionsketten über viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hinweg erkannt und eingedämmt werden. Aufgrund der damit verbundenen Verarbeitung auch von besonders sensiblen Gesundheitsdaten ist es durchaus ratsam, auch den Landesdatenschutzbeauftragten in die vorbereitende Planung der Modellprojekte einzubeziehen. Mit Blick auf die Ziele und Zwecke der Modellprojekte soll im Antrag dargestellt werden, wie die Projektevaluation erfolgt. Das ist erforderlich, um festzustellen, welche Wirkungen – auch auf die Infektionsdynamik – das Projekt hatte, ob andere davon profitieren können und das Projekt eventuell weiterzuentwickeln ist. Es bleibt den Landkreisen und kreisfreien Städten unbenommen, die Modellprojekte hierfür wissenschaftlich begleiten zu lassen. Aus Gründen der Transparenz ist Beginn und Ende des Modellprojekts in geeigneter Form öffentlich bekannt zu machen.

(3) Unbeschadet des Wegfalls der Voraussetzungen für die Durchführung eines Modellprojekts durch bundesrechtliche Regelungen ermöglicht Absatz 3 die Aufhebung der Genehmigung bei Vorliegen der darin genannten tatbestandlichen Voraussetzungen. Bezüglich des Schwellenwertes ist allein auf die Daten des Robert Koch-Instituts für das Gebiet des jeweiligen Land- oder Stadtkreises abzustellen. Bei der Genehmigung handelt es sich um einen Verwaltungsakt, sodass die allgemeinen Vorschriften über die Aufhebung aus §§ 48 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetz Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) gelten. Die Aufhebung steht im Ermessen des Ministeriums, das die Genehmigung erteilt hat. Das Überschreiten des Schwellenwertes an fünf aufeinander folgenden Tagen muss nicht zur Aufhebung der Genehmigung führen. Für das auszuübende Ermessen können auch andere Gesichtspunkte wie beispielsweise die Entwicklung des Infektionsgeschehens, Restlaufzeit des Projekts oder die Ressourcenbelastung des Gesundheitssystems bedeutsam sein.

Wenn die Genehmigung aufgehoben ist, muss der Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um das Projekt schnellstmöglich zu beenden.

Zu § 16 Wahlen und Abstimmungen:

(1) Die Regelung beschreibt den Anwendungsbereich für die Wahlhandlung, Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses bei der Landtagswahl am 6. Juni 2021 sowie bei gleichzeitig stattfindenden Direktwahlen einschließlich stattfindender plebiszitärer Elemente sowie sonstiger Sitzungen der Wahlausschüsse.

(2) Bei Wahlen und Abstimmungen bedarf es aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie der Beachtung der allgemeinen Hygieneregeln, um den Infektionsschutz der Wählerinnen

und Wähler als auch der Wahlvorstände bestmöglich sicherzustellen und dem Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit hinreichend Rechnung zu tragen. Da es bei der Wahl zu einer Vielzahl von Kontakten kommt, ist es erforderlich, entsprechende Infektionsschutzmaßnahmen zu ergreifen. Gerade im Hinblick auf die Landtagswahl ist es zur Wahrung der Einheitlichkeit der Wahl geboten, eine landesweit einheitliche Regelung zu treffen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Ansammlung von mehr als fünf Personen (§ 1 Abs. 1 Nr. 3) während des Wahlgeschäfts mit Warteschlangen mitunter nicht generell vermieden werden kann. Dies ist letztlich entsprechend der vorhandenen Örtlichkeiten umzusetzen. Die von den Gemeinden zu erstellenden Hygienekonzepte für die Wahlräume (§ 41 LWO), haben die entsprechend erforderlichen Maßnahmen, wenn sich Warteschlangen nicht vermeiden lassen, vorzusehen (Zugangsbeschränkungen, Abstandsmarkierungen, verstärkte Lüftung etc.).

(3) Im Wahlgebäude besteht zur Vermeidung von gesundheitlichen Risiken die Verpflichtung zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung im Sinne von § 1 Abs. 2 Satz 2. Die Ausübung des Wahlrechts wird durch die Verpflichtung, einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, nicht eingeschränkt. Die Regelung sieht differenzierte Ausnahmen von dieser Verpflichtung sind nach Maßgabe des § 1 Abs. 2 Satz 3 Nrn. 1 und 2 sowie für Personen, die durch ärztliche Bescheinigung nachweisen, dass ihnen das Tragen eines medizinischen Mund-Nasenschutzes aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, vor. Zudem besteht für die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, rechtzeitig im Vorfeld auf die Alternative der Briefwahl auszuweichen (§ 23 Abs. 4 LWO). Im Übrigen gilt eine Verpflichtung zur Handdesinfektion vor Betreten des Wahlraumes und die Abstandspflicht von 1,5 Metern zum Schutz vor einer Infektion.

(4) Die Wahlhandlung und die Ergebnisermittlung sind öffentlich. Jedermann hat aufgrund der differenzierten Regelungen in Absatz 3 und 4 hinreichend Gelegenheit als Wahlbeobachter tätig zu sein. Aufgrund der Besonderheit der pandemischen Situation ist es erforderlich, dass Personen, die die Wahlhandlung oder die Auszählung der Ergebnisse beobachten wollen, ihre Daten zur Kontaktnachverfolgung angeben. Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter halten sich in der Regel länger im Wahlraum auf, als die Stimmabgabe bei den Wählerinnen und Wählern andauert. Zudem kann die Kontaktnachverfolgung der Wählerinnen und Wähler notfalls auch mittels Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis sichergestellt werden.

Sofern eine Wahlbeobachterin oder ein Wahlbeobachter aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung oder aus den Gründen nach § 1 Abs. 2 Satz 3 Nrn. 1 und 2 vorliegenden Gründen keinen Mund-Nasen-Schutz tragen muss, so ist der Aufenthalt zum Schutz der übrigen anwesenden Personen zeitlich zu begrenzen. Die Festlegung der maximalen Zeitdauer von 15 Minuten am Stück ohne adäquaten Schutz – jeweils in mehrfach zu gewährleistenden Zeitfenstern – orientiert sich dem Grunde nach an den Hinweisen zur Kontaktnachverfolgung

des Robert-Koch-Instituts (Stand 30.4.2021). Ausnahmen bestehen, wenn die von der Maskenpflicht befreite Person dem Wahlvorstand eine Testung nach § 1 Abs. 3 Nr. 1 und 2 (PCR-Test, oder PoC-Antigen-Test) mit negativem Testergebnis, dass nicht älter als 24 Stunden ist, vorlegt oder nach Nr. 3 einen Antigen-Test zur Eigenanwendung (Selbsttest) vor Ort vornimmt. Der vor Ort durchzuführende Selbsttest nach § 1 Abs. 3 Nr. 3, der von den Betroffenen selbst mitzubringen ist, ist unter Aufsicht eines Mitglieds des Wahlvorstandes oder einer vom Wahlvorstand beauftragten Hilfsperson vorzunehmen. Ausnahmen hiervon ergeben sich nach § 1 Abs. 4.

(5) Personen, die nach Nr. 1 selbst Symptome einer Corona-Infektion aufweisen, können aufgrund der Infektionsgefahr nicht zur Wahl bzw. zur Wahlbeobachtung im Wahllokal zugelassen werden. Für Wähler besteht die Möglichkeit, kurzfristig auch noch einen Wahlschein bis 15 Uhr am Wahltag formlos (z. B. per E-Mail) zu beantragen – auch mit Hilfe einer bevollmächtigten Person. Insoweit können auch plötzlich erkrankte Personen ihr Wahlrecht noch per Briefwahl ausüben, §§ 23 Abs. 4 Satz 3, § 24 Abs. 5 LWO. Der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit nach Art. 5 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt überwiegt insoweit.

Auch gilt ein Zutrittsverbot nach Nummer 2 für Personen, die keinen medizinischen Mund-Nasen-Schutz oder eine partikelfiltrierende Halbmaske tragen, ohne dass dafür eine ärztliche Bescheinigung vorliegt bzw. eine Ausnahme nach § 1 Abs. 2 Satz 3 Nrn. 1 und 2 besteht. Ersatzmasken werden in den Wahllokalen vorgehalten. Jeder und jedem Wahlberechtigten wird damit die Gelegenheit der Wahlrechtsausübung gewährt. Das Recht des Einzelnen findet seine Schranken in kollidierendem Verfassungsrecht. Hierzu gehört auch die mit dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in Art. 5 Abs. 2 S. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt der staatlichen Gewalt auferlegte objektive Pflicht, sich schützend und fördernd vor Leben und körperliche Unversehrtheit der Menschen zu stellen (vgl. LVG 4/21, Rn. 114). Zudem besteht die Möglichkeit, auf die Alternative der Briefwahl auszuweichen.

Für Personen, die sich auf Grundlage des Öffentlichkeitsgrundsatzes im Wahlgebäude aufhalten (z.B. Wahlbeobachter) und ihre Kontaktdaten nicht angeben wollen (Nr. 3), gilt zudem ein Zutrittsverbot, wenn sie nicht bereit sind, ihre Daten zur Kontaktnachverfolgung zur Verfügung zu stellen. In diesen Fällen kann diesen Personen die Wahlbeobachtung aus Infektionsschutzgründen nicht gestattet werden, da sonst eine Kontaktnachverfolgung unmöglich wäre.

Zu § 17 Ordnungswidrigkeiten:

Gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 24 und Abs. 2 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1, § 28a Abs. 1 und § 32 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes werden in Absatz 1 konkrete Tatbestände

beschrieben, die als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden können. Aufgrund der Gefahren für eine Vielzahl von Menschen, insbesondere vulnerable Personengruppen, geht der Bundesgesetzgeber für Verstöße gegen die in § 28 Abs. 1 Satz 1 und § 28a Abs. 1 Infektionsschutzgesetz, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 32 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz, angeordneten Maßnahmen von einem Unrechtsgehalt aus, der im Bereich des Ordnungswidrigkeitenrechts zu ahnden ist. Dementsprechend wurden aus Gründen der Transparenz und in Umsetzung einer Warnfunktion die entsprechenden Tatbestände der Verordnung benannt.

Absatz 2 enthält den Hinweis, dass ein Bußgeldkatalog als Anlage zur Verordnung veröffentlicht wird.

Zu § 18 Vollzug:

Durch § 18 wird Klarheit dahingehend geschaffen, dass neben den primär zuständigen Gesundheitsbehörden unter den dort beschriebenen Umständen auch die Sicherheitsbehörden nach § 89 Abs. 2 SOG LSA tätig werden können. Dies kommt insbesondere auch dann in Betracht, wenn die Gesundheitsbehörde aufgrund vorübergehender Überlastung nicht in der Lage ist, tätig zu werden.

Zu § 19 Anwendungsbereich:

(1) In Absatz 1 wird auf die sogenannte „Bundes-Notbremse“ in § 28b des Infektionsschutzgesetzes hingewiesen. Liegt die Inzidenz an drei aufeinander folgenden Tagen über 100, gelten ab dem übernächsten Tag die in § 28b des Infektionsschutzgesetzes genannten zusätzlichen Maßnahmen. Wenn die Inzidenz über 165 steigt, schließen zusätzlich die Schulen (kein Präsenzunterricht mehr) und Kitas mit Ausnahme der Notbetreuung. Sinkt in dem entsprechenden Landkreis oder der kreisfreien Stadt die 7-Tage-Inzidenz unter den Wert von 100 bzw. 165 an fünf aufeinanderfolgenden Werktagen, treten dort ab dem übernächsten Tag die Maßnahmen wieder außer Kraft.

Sieht diese Verordnung strengere Regelungen vor, dann gelten diese Regelungen weiterhin. Im Übrigen gelten die Regelungen dieser Verordnung uneingeschränkt an dem übernächsten Tag, nachdem die 7-Tage-Inzidenz in dem jeweiligen Landkreis oder der jeweiligen kreisfreien Stadt einen Wert von 100 an fünf aufeinanderfolgenden Werktagen unterschreitet.

(2) Absatz 2 weist auf die Ermächtigung der Bundesregierung in § 28c des Infektionsschutzgesetzes hin, durch Rechtsverordnung für Personen, bei denen von einer Immunisierung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 auszugehen ist oder die ein negatives Ergebnis eines Tests auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorlegen können, Erleichterungen oder Ausnahmen von Ge- und Verboten auch von dieser Verordnung, zu regeln.

Insbesondere sind durch die am 9. Mai 2021 in Kraft getretene COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung des Bundes unmittelbar Ausnahmen für vollständig geimpfte Personen sowie genesene Personen vorgesehen. Dies gilt u.a. für die Kontaktbeschränkungen in § 2 Abs. 1 und 6 .

Zu § 20 Sprachliche Gleichstellung:

Die Klausel zur sprachlichen Gleichstellung stellt klar, dass die Personen- und Funktionsbezeichnungen in der Verordnung jeweils in männlicher und in weiblicher Form gelten.

Zu § 21 Inkrafttreten, Außerkrafttreten:

(1) Die Dreizehnte SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung tritt am 25. Mai in Kraft.

(2) In Anbetracht der schwerwiegenden Grundrechtseingriffe wird die Verordnung ständig auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft und an das aktuelle Infektionsgeschehen angepasst. Deshalb tritt die Verordnung am 29. Juni 2021 außer Kraft.